Zentren beruht und nicht auf überwiegenden Rohwarenausfuhren (vgl. Kap.1, Exkurs 7).
Aus einem angestrebten sozialen und ökologischen Umbau ergeben sich darüber hinaus weitreichende Umstrukturierungen auch internationaler Handelsströme (Energie, Landwirtschaft, Chemie etc), über deren Wirkung für den Gesamthandel hier nicht spekuliert werden soll, von denen aber wenigstens für einige zentrale Bereiche klar ist, daß der Warenaustausch vermindert würde. Im Inland nicht zugelassene Produkte und Verfahren (z.B. Waffen und Giftstoffe) sollten auch nicht exportiert werden.
Binnenorientierung kann natürlich nicht heißen, daß dann die übrige Welt gleichgültig ist. Auch nach der Realisierung wesentlicher Dimensionen des Umbaus wären die internationalen Wirtschaftsverflechtungen und ökologischen Abhängigkeiten so gewichtig, daß die Rücksicht auf internationale Zusammenhänge (Welthandel, Rohwarenpreise, Technologietransfer, Hilfe für die Dritte Welt etc.) und der Einsatz für weltweiten sozialen und ökologischen Umbau zentral mitbestimmend auch in die innere Politik einzugehen hätte.

2.3. Kapitalverkehrsregulierungen

An verschiedenen Stellen dieser Arbeit taucht das Problem auf, daß bei unreguliertem ("freien") privaten Kapitalverkehr Politiken, die den Interessen von Vermögensbesitzern[12] widersprechen, nicht möglich sind, da die "Herrschaft des Kapitalverkehrs" (Sievert 1986) den außenwirtschaftlichen Spielraum minimiert und binnenwirtschaftliche Politiken konterkarieren kann. Die Bundesbank nennt dies "die mit einem freien Kapitalverkehr auch angestrebten Zwänge zu einer in allen Ländern auf Stabilität gerichteten Politik" (Deutsche Bundesbank 1988a, S.73).
Es stellt sich die grundlegende Alternative für jede (alternative) Wirtschaftspolitik, die Interessen der (Geld)Vermögensbesitzer

---

allerdings für kleinere oder größere Länder sehr unterschiedlich stellen; daher auch die dringende Notwendigkeit für regionale Zusammenschlüsse in der Dritten Welt.

[12] Vermögen besitzen in diesem Zusammenhang alle ökonomischen Agenten, die über Vermögen disponieren können, das in andere Währungen transformierbar ist. In allerdings sehr unterschiedlichem Umfang sind dies in einer Geldwirtschaft fast alle - besonders Finanzinstitute, Unternehmen, reiche Einzelpersonen etc. Aufgrund von Transaktions- und Informationskosten sind faktisch aber nur die größeren Geldvermögen ökonomisch interessant.

entweder als Nebenbedingung immer zu berücksichtigen oder den privaten grenzüberschreitenden Kapitalverkehr zu regulieren. Erstere Strategie führt unweigerlich zur Hinnahme des "Diktats" des Weltmarkts und in der Folge zum Versuch, im Rahmen der solcherart gegebenen Bedingungen das Bestmögliche zu erreichen. Auch in diesem Fall gibt es sicherlich Spielräume der Wirtschaftspolitik - vor allem gab und gibt es sie in der Bundesrepublik - , die jedoch unter bestimmten Bedingungen schlagartig in Restriktionen umschlagen können.

Abgesehen von der Einschränkung außenwirtschaftlicher Spielräume mehr oder minder alternativer Politik muß der unregulierte private Kapitalverkehr sowohl kurz- als auch langfristig als entscheidender Instabilitätsfaktor für einzelne Länder und auch die gesamte Weltwirtschaft angesehen werden. Unseres Erachtens ist daher der Anfang der siebziger Jahre eingeschlagene Weg zunehmender Deregulierung der Kapitalmärkte eine Sackgasse wirtschaftlicher Entwicklung.

Die weitere Herausbildung integrierter internationaler Geld- und Kapitalmärkte insbesondere bei Existenz unterschiedlicher konkurrierender Weltwährungen ist klar abzulehnen, weil dadurch immer stärkere äußere Finanzmarktzwänge etabliert werden, die politisch nicht mehr zu kontrollieren sind. Aber die Gefahren der gegenwärtigen Entwicklung liegen nicht nur darin, daß sich übernationale, scheinbar rein sachlich bestimmte Finanzmärkte ausbilden, sondern auch darin, daß immer breitere Bereiche faktisch nicht mehr kontrollierbaren Geschäftslebens etabliert werden, in denen bereits jetzt die internationale Bandenkriminalität blüht und gedeiht.[13] Schließlich dient ein beachtlicher Teil des internationalen Kapitalverkehrs auch dem Ausweichen vor Steuerbelastungen - zumeist der gewöhnlichen Einkommensteuer auf Kapitalerträge. Solange solche grenzüberschreitenden Transaktionen innerhalb des gleichen Währungsraums verbleiben, ergeben sich zwar keine Wechselkurseffekte; jedoch bereiten diese Anlagen nicht nur fiskalische, sondern auch gewisse geldpolitische Probleme, da sie sich außerhalb der inneren Geld- und Kapitalmarktregulierungen befinden (vgl.

---

[13] Es ist hierzulande weitgehend unbekannt, daß in den USA, gewitzt durch die Erfahrungen mit dem organisierten Verbrechen in den zwanziger und dreißiger Jahren, die Geld- und Kapitalmärkte wesentlich strikter überwacht und kontrolliert werden als im Rest der Welt, insbesondere auch als in Europa, und daß bei internationalen Verhandlungen über illegale Transaktionen, Steuerhinterziehung etc. die Bundesrepublik und die Schweiz als härteste Verteidiger der "Freiheit" gegen die USA agieren.

Kap. 1, Exkurs 3).
Regulierungen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs waren bis vor wenigen Jahren eine Selbstverständlichkeit und waren notwendige Bestandteile des quasi ordnungspolitischen Instrumentariums. In den Außenwirtschafts- bzw. Zentralbankgesetzen aller souveränen Staaten dieser Welt, soweit sie eine eigene Währung haben, sind Vollmachten für die Währungsbehörden enthalten, mit denen im Notfall der gesamte Außenwirtschaftsverkehr kontrolliert, reglementiert, verordnet etc. werden kann. Diese Eingriffsmöglichkeiten sind keineswegs nur Ausfluß staatlicher Machtentfaltung, durch die quasi "natürliche" Marktfreiheiten beschränkt werden sollen, sondern es handelt sich um ökonomisch notwendige Elemente der heutigen Zentralbankgelder wie der DM, die in ihrer Existenz und Funktionsweise untrennbar an staatliche Souveränität gebunden sind. Konstitutiver Bestandteil dieser rechtlichen Absicherung eines Wirtschafts- und Währungsraums nach außen sind die Außensteuergesetze.
Auch internationale vertragliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel im Rahmen des IMF oder noch mehr der EG bestehen, ändern im Grundsatz nichts an diesen Handlungsmöglichkeiten, weil sie erstens immer Ausnahmeklauseln beinhalten und zweitens im Konfliktfall keine spezielle Sanktionsmöglichkeit bestände.
Die außenwirtschaftlichen Vollmachten sind kein Überbleibsel aus vergangenen Zeiten, sondern sie sind auch und gerade unter den heute weithin vollzogenen "Deregulierungen" großer Teile des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs erforderlich, um im Notfall Kapitalbewegungen, die auf den heutigen offenen Märkten sich viel plötzlicher und massiver entfalten können, ohne größeren Schaden abwehren zu können. Die Währungsgeschichte der letzten zwanzig Jahre bietet genug Beispiele für destabilisierenden Kapitalbewegungen, bedingt durch ökonomische, aber mehr noch durch politische Konstellationen, durch die der Zustand des Vertrauens für Währungen schlagartig verändert wurde.
Die Außenwirtschaftsbeziehungen sollten wie vor dem "Zusammenbruch" des Systems von Bretton Woods 1973 politisch reguliert werden. In mancher Hinsicht sind sogar intensivere Regulierungen nötig, da in den fünfziger und sechziger Jahren die Stabilität von Kapitalbewegungen allein aufgrund der noch intakten Hegemonie der USA größer war als danach und gleichzeitig das Volumen weltwirtschaftlich disponibler Geldvermögen seitdem gewaltig zugenommen hat. Grenzüberschreitender Kapitalverkehr ist kein Wert an sich.

Zur äußeren Absicherung des jeweiligen Währungsgebietes, sei dieses die Bundesrepublik oder die EG insgesamt, ist daher eine Regulierung des Kapitalverkehrs unbedingt erforderlich, um eigene Handlungsspielräume zu erhalten oder zu etablieren.[14]
Wir bezeichnen die von uns gemeinten politischen Eingriffe als "Kapitalverkehrsregulierungen", nicht "Kapitalverkehrskontrollen", weil es im wesentlichen um die Regulierung von Märkten geht, nicht um ihre Verwaltung. Wie innerhalb eines Wirtschaftsgebietes sollten sich die Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen auch auf dem Feld der Außenwirtschaft grundsätzlich der indirekten Mittel der Gestaltung von Marktformen, Regulierung von Gesamtgrößen und Preisbeeinflussungen durch Abgaben und Subventionen beschränken, da durch solche Mittel das Marktgeschehen transparent und gestaltbar bleibt bzw. erst wird und dadurch der administrative Aufwand begrenzt bleibt.
Zur Unterbindung des kurzfristigen spekulativen Kapitalverkehrs, in dessen Rahmen derzeit vielfach nur für Stunden oder Tage erhebliche Geldvermögen zwischen den Währungen wechseln, erscheint eine Devisenumsatzsteuer, wie von Tobin (1978) oder Dornbusch (1986a) vorgeschlagen, als ein effizientes Instrument. Das Ziel einer solchen Steuer besteht darin, "to throw some sand in the wheels of our excessively efficient international money markets" (Tobin 1978, S. 154). Eine solche Steuer würde kurzfristige Kapitalbewegungen äußerst unattraktiv machen. So würde beispielsweise eine kurzfristige spekulative Geldanlage im Ausland bei einer Devisenumsatzsteuer von 2% eine zumindest um 4% höhere Verwertung bedingen, wobei diese Differenz sich ergeben muß entweder aus einem höheren Zinsertrag, was aber in kurzen Zeiträumen so gut wie ausgeschlossen ist, oder aus Spekulationsgewinnen aufgrund von Wechselkursänderungen, worauf diese Geschäfte ja großenteils hinzielen. Eine Spekulation auf geringe Wechselkursänderungen würde dadurch entfallen, auf größere erheblich erschwert, weil mit wesentlich größerem Risiko verbunden.[15] Die Steuer würde bei allen Devisen-

---

[14] Für Keynes war im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen klar, daß nationale Autonomie der Wirtschaftspolitik nur mittels Kapitalverkehrsregulierungen realisiert werden kann, die er dann konsequenterweise in vielfältigen Formen empfahl. Seine Vorstellungen reichen dabei von rein nationalen Strategien - wenn Kooperation nicht möglich ist - bis zum Keynes-Plan für das Bretton-Woods-System als weltwirtschaftliche Lösung (vgl. als Übersicht Lück 1939; Herr 1986a).

[15] Ein nicht unwesentlicher Teil des heutigen kurzfristigen Kapitalverkehrs vollzieht sich im Rahmen von Kurssicherungsoperationen für Leistungstransaktionen. Diese Sicherungsgeschäfte sind über-

markttransaktionen Anwendung finden. Dies bedeutet, daß nicht unterschieden werden müßte zwischen Leistungs- und Finanztransaktionen sowie innerhalb der letzteren zwischen kurz- und längerfristigen Geschäften. Leistungsverkehr (Waren und Dienstleistungen)[16] und langfristiger Kapitalverkehr würden durch eine Devisensteuer nur gering belastet, während die kurzfristige Spekulation erheblich an Attraktivität einbüßen würde.[17]
Zweck der Devisenumsatzsteuer ist es, den Zeithorizont internationaler Kapitalbewegungen zu verlängern und dadurch kumulative, sich selbst verstärkende kurzfristige Spekulationswellen zu verhindern. Die ökonomischen Akteure sollen gezwungen werden, sich bei den Währungsdispositionen an den längerfristig zu erwartenden Wechselkursen zu orientieren. Möglicherweise kann eine Devisenumsatzsteuer dann auch die stabilisierende Spekulation stärken (vgl. Kap. 1, Exkurs 6). Ein weiterer Effekt wäre, daß der Zinsverbund zwischen den Staaten bzw. Währungsgebieten durch die Steuer gelockert würde. Dies gilt vor allem wiederum für den kurzfristigen Zinssatz, auf den die Zentralbanken den direktesten Einfluß haben und der dann in größerem Maße wieder autonom bestimmt und dadurch zur gesamtwirtschaftlichen Steuerung eingesetzt werden könnte, ohne negative außenwirtschaftliche Effekte inkauf nehmen zu müssen.[18]

---

haupt nur notwendig, weil die flexiblen Wechselkurse große Risiken mit sich bringen. Sie sind daher die Folge der erst in den siebziger Jahren entstandenen Unsicherheiten. Die Kosten dieser Sicherungsgeschäfte können daher auch als privat realisierte Kosten des gegenwärtigen Wechselkursregimes angesehen werden, wie eine Art Versicherung. In dieser Sichtweise handelt es sich bei der Devisenumsatzsteuer um eine gesamtwirtschaftlich rationellere Ausgestaltung einer solchen Sicherung, weil dann Kurssicherungsgeschäfte über kürzere und mittlere Fristen nicht mehr notwendig sind und die freiwerdenden Gelder anderweitig verwendet werden können. Kosteneinsparung durch Regulierung, genau das war schon immer der Sinn staatlicher Markteingriffe und würde auch hier zutreffen.

16 Es wäre möglich, Waren und Dienstleistungen im Rahmen der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer entsprechend zu entlasten.

17 Es ist denkbar, die Tobin-Dornbusch-Steuer nur auf finanzielle Transaktionen anzuwenden, jedoch würde dies die Notwendigkeit mit sich bringen, die verschiedenen Transaktionsarten zu unterscheiden, was angesichts der üblichen Zahlungs- und Handelsverfahren äußerst schwierig wäre und sinnvoll nur durchführbar, wenn der gesamte Devisenhandel anders strukturiert würde.

18 "Es gibt zwei Hauptgründe für diesen Vorschlag. Einerseits soll er die Marktteilnehmer dazu bewegen, den langfristigen Rahmenbedingungen grössere Bedeutung beizumessen als unmittelbaren Spekulationsgelegenheiten. Andererseits soll er durch die Schaffung eines grösseren Zinsgefälles zwischen den verschiedenen Währungen mehr Freiraum für die nationale Geldpolitik erwirken." (To-

Eine spezielle Variante einer Devisenumsatzsteuer hat Dornbusch (1986a) vorgeschlagen. Um die Autonomie der nationalen Geldpolitik zu erhöhen, soll eine variabel einsetzbare Steuer eingeführt werden, mit der die Zinssatzdifferenzen zwischen den Währungen ausgeglichen werden können. Diese "real interest equalisation tax" würde ebenfalls kurzfristige Kapitalbewegungen erschweren und speziell die Autonomie der nationalen Geldpolitik erhöhen.
Besonders effektiv erscheint das Instrument der Devisenumsatzsteuer, wenn für beide bzw. alle betroffenen Währungen die Steuer erhoben wird, da dann die Ausweichmöglichkeiten minimiert werden. Innerhalb des europäischen Währungssystems (vgl. Kap. 4), in dem alle Staaten zur Erhebung einer solchen Steuer verpflichtet wären, erscheinen die Umgehungsprobleme minimal. Es ist hier wie bei der Einkommensteuerpflicht multinationaler Konzerne. Ist der Einkommensteuersatz in allen Staaten gleich hoch, so sind Steuervermeidungsstrategien durch Einkommensverlagerungen sinnlos.
Die Devisenumsatzsteuer - eventuell mit einem höheren Steuersatz - sollte auch bei den Außenbeziehungen eines Europäischen Währungssystems Anwendung finden. In diesem Fall wären die Kontrollmöglichkeiten geringer, da die Steuererhebung nur in einem Land stattfinden würde. Gewisse Probleme würden Devisenmarkttransaktionen mit Staaten bereiten, die sich nicht an der Steuer beteiligen - etwa die exterritorialen Xeno-Zentren in Asien oder New York. In diesem Fall müßten die finanziellen Transaktionen mit solchen Steuerfreizonen direkter kontrolliert werden.[19]
Die Devisenumsatzsteuer hat natürlich auch eine fiskalische Seite, neben ihrer Lenkungswirkung dient sie der Einnahmenerzielung. Sie kann durchaus als eine geeignete Methode der Steuererhebung begriffen werden und hätte die gleiche Berechtigung wie andere indirekte Steuern.[20]

---

bin 1988)

[19] Selbstverständlich müßten die bislang innerhalb Europas existierenden Xeno-Märkte (hauptsächlich in London und Luxemburg) den Regulierungen des europäischen Systems unterworfen werden. Da Xeno-Märkte fast ausschließlich der Steuerhinterziehung dienen und der Vermeidung von Kosten, die mit rational als sinnvoll erachteten Regulierungen - etwa Mindestreserveverpflichtungen - einhergehen, kann es keine Gründe dafür geben, Xeno-Märkte weiter aufrechtzuerhalten.

[20] Innerhalb der EG sollte auch die Börsenumsatzsteuer beibehalten bzw. wieder eingeführt und erhöht werden, um die destabilisierende, vor allem kurzfristige Spekulation mit Wertpapieren zu unterbinden und auch hier eher langfristige Kalküle zum Zuge kommen zu lassen. Der gegenwärtige amerikanische Finanzminister Brady hat vor kurzem eine anders konstruierte börsenbezogene Steuerregelung

Eine Devisenumsatzsteuer versagt allerdings bei langfristigem Kapitalverkehr, der durch die verschiedenen Dimensionen der Vermögenssicherungsqualität von Währungen bestimmt wird und auch politisch motivierte Kapitalbewegungen einschließt. Es ist auch für den grenzberschreitenden langfristigen Kapitalverkehr grundsätzlich nicht davon auszugehen, daß er stabilisierend wirkt. Im Falle von gravierenden Instabilitätsprozessen durch umfangreichen Kapitalzu- oder -abfluß sind im Ausnahmefall weitere direkte Eingriffe erforderlich. Dies dürfte weniger innerhalb eines Europäischen Währungssystems, das sich durch zumindest minimale wirtschaftspolitische Kooperation auszeichnet, der Fall sein, sondern vor allem bei den Finanzbeziehungen mit der übrigen Welt. In einer solchen Situation sind die bereits jetzt dafür vorhandenen und rechtlich abgesicherten Instrumentarien wie Strafzinsen, hohe Mindestreserveverflichtungen der Banken, Depotpflicht, Informationspflichten u.ä. einzusetzen.

Besondere Probleme werden in diesem Zusammenhang durch die multinationalen Konzerne aufgeworfen. Kurz- wie langfristiger Kapitalverkehr werden zu erheblichen Anteilen innerhalb der Konzernstrukturen dieser übernationalen wirtschaftlichen Organisationen abgewickelt. Dabei agieren die Finanzabteilungen etlicher dieser Multis wie internationale Banken, sie verfügen über hohe Reserven und sind weltweit finanziell tätig. Es sollte daher überlegt werden, ob es nicht sinnvoll wäre, nicht nur den multinationalen Konzerne, sondern allen Großunternehmen und Konzernen vorzuschreiben, explizite Bankgeschäfte nur in rechtlich selbständigen Unternehmen durchzuführen, um dadurch die Geschäftsvorgänge transparenter zu machen. Multinationale Konzerne - vor allem wenn sie über die EG hinausreichen - sind in den seltensten Fällen in produktionstechnischen Effizienzkriterien begründet; hoher Forschungsaufwand und Vermeidung von Parallelentwicklungen lassen sich auch im Rahmen von Kooperationsformen realisieren.[21]

---

vorgeschlagen, um spekulative Engagements zu erschweren (vgl. Handelsblatt v. 28.10.88), nämlich einen verminderten Steuersatz für Kapitalgewinne innerhalb der Einkommenssteuer, wenn Aktien länger als ein Jahr gehalten werden. Nicht so sehr der konkrete Vorschlag ist hier von Interesse, sondern die Tatsache, daß dokumentiert wird, daß Maßnahmen gegen die Spekulation nicht nur von Außenseitern diskutiert werden. In den USA gab es übrigens eine derartige Steuerregelung in den dreißiger Jahren. Vgl. auch das Plädoyer für eine Anti-Spekulations-Steuer aus dieser Zeit von Keynes (1936, S. 135).

[21] Es kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden, daß sich in den letzten Jahren die Konzentrations- und Zentralisationspro-

Gegen Kapitalverkehrsregulierungen jedweder Form lautet der Standardeinwand, daß sie leicht zu umgehen und daher nicht praktikabel seien. Sicherlich entstehen Kontrollkosten und Reibungsverluste verschiedener Art, jedoch sind diese Kosten zu vergleichen mit den Kosten, die aus dem unregulierten Kapitalverkehr herrühren. Letzere erscheinen uns ungleich höher. Kapitalverkehrsregulierungen treffen unweigerlich die international agierende ökonomische Agenten. Besonders bei den Finanzinstitutionen, deren Geschäftsentwicklung seit den siebziger Jahren weitgehend auf der Ausnutzung der Maschen und Lücken in den Regulierungsnetzen gekennzeichnet ist, dürften solche Vorschläge nicht auf Gegenliebe stoßen.[22] Ordnungspolitisch und in der praktischen Umsetzung kommen durch Kapitalverkehrsregulierungen keinerlei Probleme herein, die nicht auch bereits bei der Steuererhebung auftreten. Auch steuerliche Belastungen widersprechen den Interessen der Steuerpflichtigen, ohne daß daraus der Schluß gezogen würde, Steuern dann eben nicht mehr zu erheben. Ein Blick in die Geschichte ist auch hier hilfreich. Vor und auch noch lange nach Einführung der Einkommensteuer wurde in langen Debatten deren Unpraktikabilität ins Feld geführt.[23]

---

zesse im Unternehmenssektor drastisch beschleunigt haben und die schwachen Barrieren in Form der Wettbewerbsgesetze immer mehr durchbrochen werden. Da ein enger Zusammenhang zwischen der makroökonomischen und der mikroökonomischen Regulierung besteht, wäre demgegenüber eine radikale Neudefinition von Wettbewerbsgesetzen und ihre Umsetzung erforderlich.

[22] "No doubt, since the vast majority gross capital flows have to do with minimizing, avoiding or outright evading taxes, there won't be massive support for such a policy on the part of the financial institutions. But the proposals compete with alternatives that are no more persuasive: a world central bank, coordinated fiscal policy etc. The key point of these proposals, in the end, is to highlight that short-term capital flows may be a major destabilizing factor in the world macro economy." (Dornbusch, Frankel 1987b, S. 48)

[23] "The record on capital controls is hard to interpret. The common argument is that they are circumvented the moment they are imposed, but of course the same argument was used for the income tax when it was first suggested as an important source of revenue. Some evasion is inevitable; the question is whether the controls substantially work" (Dornbusch 1986a, S. 223f).

3. Außenwirtschaftliche Handlungsspielräume der Bundesrepublik

Außen- oder weltwirtschaftlich ist es eine unzulässige Abstraktion, die Bundesrepublik isoliert zu betrachten, da sie in allen wichtigen Handels- und Finanzfragen Zentrum eines mehr oder minder umfangreichen, wenn auch jeweils wechselnden "Länderblocks" ist und dessen Kräfte gebündelt repräsentiert. Das betrifft nicht nur jeweils Teile der EG, sondern auch des übrigen Europa außerhalb des RGW. Diese "Gruppierungen" - vor allem EG und EWS - sind nicht bloß formell oder politisch, sondern drücken mehr oder minder weitgehende ökonomische Interdependenzen aus, durch die nationale Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt und auf Dimensionen notwendig gemeinsamer (oder autonom-abgesicherter) Politik verwiesen wird (Kap. 4).
Bei aller notwendigen Betonung der außenwirtschaftlichen Spielräume, über die gerade die Bundesrepublik kurz- und mittelfristig auch allein verfügt, ist doch davon auszugehen, daß die außenwirtschaftliche Absicherung einer weitergehend veränderten inneren (Reform-)Politik isoliert nicht einfach zu realisieren und durchzustehen wäre, selbst wenn eine deutliche politische Mehrheit dafür existieren würde. In Kap. 4 wird auch deshalb dargestellt, wie eine Umgestaltung von EG und insbesondere EWS diesen existierenden internationalen Verflechtungen Rechnung tragen und zugleich zu einer besseren Absicherung divergierender nationaler Reformpolitiken genutzt werden kann.

3.1. Die Bundesrepublik in der Weltwirtschaft

Zwar besteht die Weltwirtschaft heute mehr denn je aus autonomen Nationalstaaten, bzw. wirtschaftlich ausgedrückt: Währungsgebieten, aber erstens sind diese in sehr unterschiedlicher Intensität miteinander verflochten und zweitens sind die Größenunterschiede enorm, von Zwergstaaten bis zu halben Kontinenten. In diesem Zusammenhang kommt es weniger auf die Bevölkerungszahl insgesamt an, dann wären China oder Indien führend, auch nicht allein auf die Wirtschaftsleistung als solche, dann wäre die UdSSR auch wirtschaftlich einflußreich, sondern auf den Anteil an der weltweiten Marktproduktion und mehr noch auf die spezifische realwirtschaftliche und monetäre/finanzielle Rolle innerhalb der internationalen Geldwirtschaft bzw. der kapitalistisch dominierten Weltwirtschaft. Die Bundesrepublik, für sich alleine genommen, ist zwar von der

Bevölkerungszahl her eher im mittleren Bereich angesiedelt, wirtschaftlich aber in fast jeder Dimension ein Riese. Das gilt sowohl für den technologischen Standard und die Entwicklungsdynamik der meisten Industriezweige[1] als auch für die internationale Bedeutung der DM. Die wirtschaftlich hegemoniale Rolle innerhalb Europas und die Funktion als Gegengewicht zum Dollar hängt für die DM allerdings vor allem eng zusammen mit der spezifischen Variante bundesrepublikanischer Stabilitätspolitik (Kap. 1.2 und Exkurs 2).
Außenwirtschaftliche Handlungsspielräume der Bundesrepublik können realistisch nicht in dem herrschenden Bild der Bundesrepublik als mittleres Land in der weiten Weltwirtschaft beschrieben und gewertet werden. Die Bundesrepublik ist keineswegs primär Opfer von außen diktierter Weltmarktbedingungen, technischer und wirtschaftlicher Zwänge, denen gegenüber es nur Anpassung oder Abstieg im Wettlauf der Nationen geben könne. In Forschung und Entwicklung, in den zentralen technologischen Produktionsbereichen und in der Produktivitätsentwicklung nimmt sie eine der führenden Stellungen ein. Die Position der Bundesrepublik als einer der drei dominierenden Pole der Weltwirtschaft wurde jedoch primär aufgrund der günstigen internen wie weltwirtschaftlichen Bedingungen zur Verfolgung einer stabilitätsorientierten handelsmerkantilistischen Politik und der nichtkooperativen Weltwirtschaftsstrategie errungen. Durch diese Strategie wird der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum anderer Staaten eingeengt, da ein restriktiv agierendes Land vermittelt über die Marktmechanismen - bei unreguliertem Kapitalverkehr und auch bei flexiblen Wechselkursen - expansiv agierenden Ländern letztlich ihren Restriktionskurs aufzwingen kann (vgl. dazu die Analyse in Kap. 1). So ist es der Bundesrepublik gelungen, den größten Teil Europas in einen DM-Club zu verwandeln und das ökonomische Entwicklungstempo zu bestimmen. In dieser Hinsicht steht die Bundesrepublik somit für einen weltwirtschaftlich durchaus mitentscheidenden Länderblock.
Die Bundesrepublik war und ist zunehmend mehr ein Störfaktor der Weltwirtschaft, da sie aufgrund ihrer einzigartigen Orientierung

---

[1] Es wird hier vom sektoralen Strukturwandel abgesehen, da dieser nichts Neues ist und immer dazu geführt hat, daß es neben aufsteigenden auch absteigende Branchen und Wirtschaftszweige gibt. Die seit dem Ende der siebziger Jahre laut angeschwollenen Klagelieder über den Rückstand der hiesigen Industrie in den Hochtechnologie-Bereichen, über den Verfall der Innovationsdynamik und Wettbewerbskraft waren so irrational, daß selbst die Regierung sich dazu veranlaßt sah, dem mit Tatsachen über Technologie- und Außenhandelserfolge entgegenzutreten.

auf absolute Preisstabilität und Exportüberschüsse (vgl. Dornbusch 1987) im Wettbewerb der Währungen auch für den Dollar als Weltgeld zum Maßstab geworden ist. Besonders im Rahmen des seit den siebziger Jahren etablierten Multiwährungsstandards sind die restriktiven Wirkungen dieser Politik sehr weitreichend. Die ökonomische Macht einer zweiten Weltreservewährung wie der DM - auch wenn ihre Bedeutung im Verhältnis zum immer noch ersten Weltgeld in Bezug auf die relative Größe des Kapitalmarkts eher gering blieb - ist asymmetrisch. Die Politik der Bundesrepublik konnte und kann zu einer gewaltigen Störquelle der Weltwirtschaft werden, ohne daß sie selbst isoliert in der Lage wäre, die Weltwirtschaft umfassend zu steuern. So wäre die Bundesrepublik nicht in der Lage gewesen, nach 1982 wie die USA als weltwirtschaftliche "Konjunkturlokomotive" zu wirken.[2] Sie war allerdings zuvor der entscheidende restriktive Gegenspieler der USA und zwang diese 1979 in eine Politik der Krisenverschärfung (vgl. Kap. 1.3.).
Es soll nicht bestritten werden, daß eine weltwirtschaftliche Führungsstellung, wie sie die Bundesrepublik mittlerweile einnimmt, gerade im monetären Bereich schnell "verspielt" ist. So wird im Falle restriktiver Wirtschaftspolitik anderer Währungspole mit Reservecharakter der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum für die Bundesrepublik wesentlich stärker eingeschränkt als für ein anderes Land mit einer Währung ohne Anlagecharakter. Vor allem eine "mittlere" Währung wie die DM wäre von Portfolioumschichtungen zwischen den Währungen in besonderem Maße betroffen, so daß eine Gefahr eskalierender Kapitalflucht durchaus existiert. Es kann aber nicht Selbstzweck für die Bundesrepublik sein, ihre nationale Währung zur internationalen Reservewährung auszubauen, obwohl oder besser weil eine solche Rolle unmittelbar auch wirtschaftliche und damit politische Macht bündelt. Selbst die Bundesbank übernahm diese Rolle nur unwillig, da sie auch mit erheblichen Einschränkungen des nationalen Handlungsspielraums und Kosten verbunden ist und insbesondere auch in Widerspruch geraten kann mit den bundesrepublikanischen Exportinteressen. Im Falle alternativer wirtschaftspolitischer Optionen sollte die Rolle der DM als internationale Reservewährung aufgegeben bzw. die DM in ein demokratisch strukturiertes europäisches Währungssystem integriert werden; dies

---

[2] Allerdings ist bei solchen Überlegungen zu berücksichtigen, daß eine bundesrepublikanische Expansionspolitik von großen Teilen Europas mitgemacht würde - so wie jetzt die Restriktion - , so daß durchaus eine beträchtliche Wirkung erzielt werden könnte. Das muß aber nicht immer so sein.

ist auch eine Bedingung für die Entwicklung eines demokratischen Europäischen Währungssystems (vgl. Kap. 4). Für den Produktionsstandort Bundesrepublik könnten sich dadurch die außenwirtschaftlichen Bedingungen sogar noch verbessern, da (die so oft beklagten) Belastungen und Restriktionen entfielen, die mit der Rolle der DM als internationaler Anlagewährung zusammenhängen.
Es kommt hinzu, daß die Karte des exportorientierten Wachstums bei zunehmender Übernahme von partiellen Weltgeldfunktionen durch die DM immer weniger sticht, da Weltreservewährungen unter Aufwertungsdruck stehen und als Gläubigerländer tendenziell zu Importüberschußländern werden müssen - es sei denn, die Leistungsbilanzungleichgewichte eskalieren mit ihren letztlich destabilisierenden Folgen weiter wie seit Jahren. Radikale Exportorientierung erscheint somit als wenig beschäftigungsfördernd, da es kaum noch nicht überschuldete Weltgegenden gibt,[3] die noch neue, zusätzliche Kredite bekommen können, um damit hiesige Industrieerzeugnisse zu kaufen.
In dieser Sicht ist auch der seit Jahren anhaltend hohe Exportüberschuß kein Plus für die Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik. Grob gerechnet entsprechen dem Überschuß im Außenverkehr von Waren und Dienstleistungen[4] etwa eine Million Arbeitsplätze. Es handelt sich dabei nicht um die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, die direkt oder indirekt für die Ausfuhr arbeiten - dies tun etwa 8 bis 9 Millionen, ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik - , sondern um den globalen Saldo der Beschäftigung,[5] den die Bundesrepublik durch ihren Exportüberschuß gewonnen hat.
Da der Außenbeitrag der Bundesrepublik zu Anfang der achtziger

---

[3] Ausnahmen scheinen die Sowjetunion und der Iran, die daher auch entsprechend umworben werden.

[4] Ohne Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden etc.), da diese keinen Bestandteil der Gesamtproduktion, sondern übertragenes Einkommen repräsentieren. Der Überschuß der Handelsbilanz (1987: 117 Mrd. DM; Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank) wird teilweise durch das Defizit bei den Dienstleistungen (insbesondere Reiseausgaben) ausgeglichen, so daß der Außensaldo von Waren und Dienstleistungen zusammen 100 Mrd. DM beträgt. Ein gewisser Überschuß ist hier strukturell erforderlich, um die Geldübertragungen in Höhe von 28 Mrd. DM (private Renten und Pensionen, Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte und Zahlungen an internationale Organisationen) zu finanzieren. Der Rest ist Kapitaleport in allen Formen. Er beträgt 72 Mrd. DM, was 3,6% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Grob geschätzt sind dafür knapp 1 Mill. Personen erwerbstätig (3,6 % von 26 Mill. Erwerbstätigen).

[5] Saldo zwischen der Zahl der Beschäftigten, die für die die inländische Letzte Nachfrage direkt und indirekt tätig sind, und derer, die für die Gesamtnachfrage, einschließlich der des Auslands beschäftigt sind.

Jahre in etwa ausgeglichen war, bedeutet diese Zahl, daß seitdem eine Beschäftigungszunahme (oder dadurch verhinderte Abnahme) in der Größenordnung von einer Million Personen zulasten des Auslandes stattgefunden hat.
In dem Augenblick, in dem es - möglicherweise im Zusammenhang einer "Aufwertungskrise", die durch die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik provoziert wird - zu einer außenwirtschaftlichen Anpassung in dem Sinne käme, daß Aus- und Einfuhren sich angleichen würden, fallen diese auf Kosten des Auslands gewonnenen zusätzlichen Arbeitsplätze weg.[6] Dabei wird abgesehen von weiteren, indirekten Wirkungen eines solchen Prozesses, die sich in Form weiterer indirekter Schrumpfungen einstellen würden.[7]
Selbst bei erfolgreichem Export von Erwerbslosigkeit kann nicht zwingend von einem beschäftigungspolitischen Erfolg gesprochen werden, nämlich dann nicht, wenn der Exporterfolg primär über eine intern restriktive Politik erreicht wurde. Dies ist jedoch in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren in mehr oder weniger ausgeprägter Form der Fall. Im Unterschied zu den fünfziger und sechziger Jahren war der Export in dieser Zeit kein industrieller Wachstumsmotor mehr, da die Bundesrepublik zur Verteidigung des Exportüberschusses ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum hinnahm (vgl. Kap. 1, Exkurs 2). Eine binnenwirtschaftlich zentrierte Strategie wäre für die Bundesrepublik sicherlich mit weitaus höheren (Netto)Beschäftigungseffekten verbunden gewesen. Darin zeigt sich, daß der Kern einer handelsmerkantilistischen Strategie nicht im hohen Beschäftigungsstand liegt, sondern im Aufbau einer internationalen Gläubigerstellung und der Eroberung der daraus abgeleiteten Macht.
Gegenposten der genannten Leistungsbilanzüberschüsse war ein entsprechender Kapitalexport (vgl. Kap. 1), durch den im Laufe der

---

[6] Wenn eine solche Anpassung vor allem zulasten der Ausfuhren ginge, wären Zweige wie Fahrzeugbau, Maschinenbau, Chemie u.ä. betroffen, bei einer Anpassung über die Einfuhren vor allem Landwirtschaft, Bergbau, Stahl, einige Verbrauchsgüterbereiche. Über die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung in diesen Sektoren und in der Gesamtwirtschaft entscheidet natürlich nicht nur der Außenhandel, sondern die Gesamtkonjunktur. Dadurch werden aber die genannten Beschäftigungsanteile und -wirkungen nur überlagert, nicht verhindert.

[7] In den im Rahmen der Input-Output-Rechnungen üblichen Beschäftigungszuordnungen auf die Endnachfragebereiche wird ein augenblickliches Querschnittsbild gegeben; im Prozeß selbst würde aber auch aufgrund der geschrumpften Einkommen der private Verbrauch tangiert und damit ein nach innen gerichteter, kontraktiver Multiplikator ingang gesetzt.

Jahre ein ansehnliches Auslandsvermögen (netto) angesammelt wurde, das eine Grundlage der finanziellen Führungsstellung der Bundesrepublik und Bundesbank darstellt. Je mehr die Bundesrepublik zu einem Gläubigerland wird, desto schwieriger wird es, eine positive Handelsbilanz aufrechtzuerhalten. Wer eine Gläubigerstellung aufbaut, ist früher oder später gezwungen, auch wie ein Gläubiger die Vermögenserträge wieder auszugeben, da andernfalls den Schuldnern die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes unmöglich gemacht wird. Gläubigerstaaten müssen daher früher oder später zu Importüberschußländern werden - möglicherweise bei noch positiver Leistungsbilanz - , da ansonsten der weltwirtschaftliche Saldenausgleich nicht funktionieren kann und krisenhafte Anpassungen erzwingt. In diesem Sinne läuft die seit langem von der Bundesrepublik verfolgte Außenwirtschaftsstrategie - entgegen der proklamierten primären Exportorientierung - letztlich auf einen bundesrepublikanischen Importüberschuß hinaus. Somit läuft die herrschende Entwicklungslogik für die Bundesrepublik in ihren immanenten Konsequenzen hinaus auf Importüberschüsse, geringere Beschäftigung und verstärkte interne soziale Differenzierung. Vermögende und (in stabilen Verhältnissen) Beschäftigte können von einer solchen Strategie durchaus profitieren, während die sozialen Kosten von einer - allerdings relevanten - Minderheit getragen werden.

Stabilitätspolitik bestimmt sich nicht aus sich selbst heraus, sondern ist international immer nur der Gegensatz, der Gegenpol ("Stabilitätsanker"), in einem Umfeld von Instabilität/Inflation. Wenn aber neben den USA auch große Teile Europas, früher eine der Hauptquellen inflationärer Prozesse, mittlerweile ebenfalls "Stabilitätspolitik" betreiben, wenn auch nicht so konsequent und so erfolgreich wie die Bundesrepublik, so verschwinden die inflationären Gegenpole, durch die eine Stabilitätsinsel zuallererst eine solche wird. Wenn dann die scheinbar so bewährte Politik fortgesetzt wird, bleibt zur Erhaltung des Status` eines Stabilitätsankers nur die Flucht in immer radikalere Restriktionspolitik,[8] um den Maßstab für andere Währungen immer härter zu setzen.

Eine solche Strategie der Bundesrepublik impliziert entweder harte Zerreißproben in der EG oder einen agressiven gemeinsamen Handels-

---

[8] Galt noch vor einigen Jahren auch in diesem Land eine Preissteigerungsrate von 2 oder selbst 3 Prozent noch als Ausdruck von Stabilität, so wird heute offen ein konstantes Preisniveau angestrebt.

merkantilismus der EG nach außen. Eine derartige europäische Strategie unter Führung der Bundesbank würde jedoch weltwirtschaftlich zusätzliche Destabilisierungen erzeugen und müßte auf diesem Maßstab betrieben auch sehr negativ auf ihre Urheber zurückschlagen (Kap. 4).

Leistungsbilanzüberschüsse oder -defizite werden durch entsprechenden Kapitalverkehr (in allen seinen Formen) finanziert bzw. überhaupt ermöglicht. Im Falle struktureller Salden entstehen immer größere Auslandsguthaben und -schulden, die durch die damit verknüpften Zinszahlungen die Tendenz zu Leistungsbilanzungleichgewichten weiter verstärken. Je länger derartige Prozesse anhalten, desto größer muß der Umschwung der Leistungsbilanzen im Anpassungsprozeß dann ausfallen.

Der weltwirtschaftliche Konjunkturaufschwung der achtziger Jahre war getragen durch die Nachfrageexpansion in den USA, von deren direkten und indirekten Sogwirkungen auch die Bundesrepublik maßgeblich profitierte. Die bundesrepublikanische konjunkturelle Trittbrettfahrerrolle war in den letzten fünf Jahren sogar besonders stark ausgeprägt. Eine Grundlage des amerikanischen Aufschwungs war die hochschnellende Staatsverschuldung, die gewissermaßen an die Stelle der Verschuldung der Driten Welt trat, die für den vorherigen Konjunkturaufschwung in den siebziger Jahren ähnlich wichtig gewesen war. Diese Schuldenkonjunktur der USA steht jetzt kurz vor ihrem Ende, eine andere "Konjunkturlokomotive" ist nicht in Sicht.

Außenwirtschaftlich haben die USA in den achtziger Jahren hohe Leistungsbilanzdefizite hinnehmen müssen, weil einesteils die Dritte Welt in der Schuldenkrise zu Überschüssen gezwungen ist und anderenteils viele Länder Europas und auch Japan mittels harter Restriktionspolitik und Unterbewertung verhinderten, daß es zu der in früheren Konjunkturzyklen üblichen Anpassung der Leistungsbilanzen nach einigen Jahren kam (vgl. Kap. 1). Der durch diese Blockade aufgestaute weltwirtschaftliche Anpassungsbedarf macht eine krisenhafte "Bereinigung" fast unvermeidlich.

Mittelfristig besteht jedoch nicht nur die Gefahr eines zeitweiligen Konjunkturabschwungs oder einer weltwirtschaftlichen Depression, sondern die zwingende Notwendigkeit einer drastischen Verminderung der Leistungsbilanzungleichgewichte der großen Wirtschaftsräume. Unterstellt, daß die Dritte Welt ihren Überschuß

eher noch ausweitet[9] (vgl. Kap. 1.4 und Exkurs 7), bedeutet die Notwendigkeit der massiven Reduktion des US-Defizits, im Extremfall auch der Übergang in einen Überschuß, zwingend, daß neben den ostasiatischen Überschußländern auch Westeuropa und besonders die Bundesrepublik ihre Außenhandelsüberschüsse drastisch vermindern bzw. sogar Handelsdefizite hinnehmen müssen. Nur unter dieser Voraussetzung könnte mittelfristig der offene globale Welthandel aufrechterhalten werden, an dem nach allen Bekundungen Regierung und Wirtschaft so viel liegt.

3.2. Eine andere Außenwirtschaftspolitik

Die Bundesrepublik wäre gut beraten, wenn sie aus wohlverstandenem Eigeninteresse, ganz ohne alle sozialen und ökologischen Bestrebungen, in der heutigen hochverflochtenen und sensibel reagierenden Weltwirtschaft eine andere Wirtschaftspolitik als in den letzten Jahrzehnten betreiben würde.
Eine Abkehr von der übertrieben restriktiven Politik, beruhend auf dem Stabilitätsdogma vor allem der Bundesbank und der Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung, und damit eine Aufgabe der bisherigen Einengung der wirtschaftspolitischen Spielräume anderer Länder ist erforderlich, weil sich auf dem bisherigen Weg statt einer Stabilisierung des Entwicklungsprozesses Instabilitäten sowohl im Innern als auch weltweit häufen und Depressionsgefahren verstärkt werden. Der Aufbau von internationalen finanziellen Machtpositionen behindert zudem die Etablierung internationaler demokratischer Organisation und Regulierungen auf überstaatlicher Ebene.
Vieles spricht wie oben ausgeführt dafür, daß die äußeren Bedingungen für weitere Exporterfolge der Bundesrepublik schon in nächster Zeit nicht mehr gegeben sind und die weltwirtschaftlichen Zwänge, die mit der Rolle als Gläubigerland verknüpft sind, allenfalls noch eine leicht positive Leistungsbilanz zulassen. "Aufwertungskrisen" der DM, also krisenhafte Anpassungen an die skizzierten außenwirtschaftlichen Notwendigkeiten, sind für die Zukunft wahrscheinlicher als je zuvor - wenn die Umkehr nicht bewußt vollzogen wird. Eine an den Realitäten orientierte Politik muß daher bereits jetzt darauf hinwirken, daß dieser weltwirtschaftlich

---

9 Eine Alternative besteht darin, der Dritten Welt die Schulden zu streichen und eine neue Runde der Kreditvergabe zu beginnen. Eine solche Entwicklung ist jedoch eher unwahrscheinlich.

vorprogrammierte und notwendige Umschwung nicht nochmals, wie 1979/80, in einer hysterischen Form als Krise der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie etc., also "einzelwirtschaftlich" fehlinterpretiert wird.
Der von globalen Marktprozessen vorprogrammierte Abbau der Exportüberschüsse der Bundesrepublik kann auf zwei unterschiedlichen Wegen erfolgen. Versteift sich die Bundesrepublik auf ihre bisherige Strategie der Unterbewertung und verfolgt eher restriktive Geld- und Fiskalpolitik, verschärfte Kostensenkungen, Lohnbegrenzungen, Deregulierungen etc. so wäre dies ein sicherer Beitrag zu einer weltwirtschaftlichen Depression, weil es ausgeschlossen erscheint, daß es nochmals externe Wachstumspole geben wird, die Handelsüberschüsse der Bundesrepublik aufzunehmen vermögen.
Die weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten, zu einem Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse der Bundesrepublik zu kommen, fallen zusammen mit den inneren Notwendigkeiten für einen binnenwirtschaftlichen sozialen und ökologischen Umbau. Ein bloßer außenwirtschaftlich aufgezwungener, krisenhafter Anpassungsprozeß würde bei schrumpfender Ökonomie die ökologischen Probleme nicht einmal mildern und die sozialen Probleme erheblich verschärfen. Aber auch eine bloße Wiederbelebung des bisherigen Wachstumstyps wäre mit gravierenden negativen sozialen und Umwelteffekten verbunden - so sehr damit auch die kurzfristigen weltwirtschaftlichen Probleme für sich genommen gemildert wären.
Im Falle einer alternativen Politik geht es darum, die beträchtlichen Spielräume, die gerade die Bundesrepublik im internationalen wirtschaftlichen Kräfteparallelogramm besitzt, in anderer Weise als bisher zu nutzen. Es ist von dem Versuch abzugehen, schrittweise eine weitreichende internationale Machtposition für die DM innerhalb Europas und auch der Welt aufzubauen, und stattdessen binnenwirtschaftlich und auch international für einen sozialen und ökologischen Umbau einzutreten. Dies würde die Aufgabe der bisherigen handelsmerkantilistischen Strategie der Bundesrepublik und den Übergang zu außenwirtschaftspolitischer Kooperation implizieren.
Die außenwirtschaftliche Absicherung einer sozialen und ökologischen Umgestaltung, soweit diese das inländische Kostenniveau erhöht, könnte prinzipiell durch eine entsprechende Abwertung der Währung erfolgen. Da die DM aber zur Zeit deutlich unterbewertet ist, bestehen hier durchaus erhebliche Spielräume innerhalb des gegenwärtigen Wechselkursgefüges. Sozial und ökologisch bedingte

Kostensteigerungen wären für die Bundesrepublik also leichter als für andere Staaten zu verkraften; sie wären genau die adäquate Form, zu einer nicht krisenhaften Anpassung der Außenbilanzen zu kommen. Soziale Verbesserungen und Umweltschutz in der Form technischer Zusatzmaßnahmen oder Substitutionen sind Kostenfaktoren, die von Unternehmen und/oder Konsumenten zu tragen sind. Die Realisierung solcher Maßnahmen bleibt daher nicht ohne Einfluß auf die Stellung der bundesrepublikanischen Industrie im internationalen Wettbewerb. Dieser reine Kostenaspekt ist aber gerade für die Bundesrepublik eher als nicht zentral einzuschätzen, da ein hoher Anteil ihres Exports aus Produkten besteht, Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern, die vor allem wegen Qualität und Image eine geringe Preiselastizität haben. Gerade für einen Produktionsstandort wie die Bundesrepublik ist es darüber hinaus zentral, noch viel weiter in diese Richtung zu gehen, noch viel mehr die eigenen Möglichkeiten auszunutzen, um Trends zu setzen und Entwicklungen zu beeinflussen.

Auch wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Bundesrepublik und speziell die Bundesbank eine ganz andere finanzielle Widerstandkraft als andere Länder entfalten könnte, so wären doch unter den heutigen Bedingungen die Handlungsmöglichkeiten im Falle einer weiterreichenden Reform, die Vermögensinteressen verletzt, zwar weitergehender als zumeist behauptet wird, aber doch so begrenzt, daß relativ rasch zu härteren, nicht mehr marktkonformen Mitteln - vor allem Kapitalverkehrsregulierungen - gegriffen werden müßte. Auch aus diesem Grund präferieren wir ein EG/EWS-Sicherungsnetz, um die DM in ein europäisches Währungssystem auch mit übernationalen Institutionalisierungen, Regulierungen und Kooperation einzubauen, durch welche die Marktkräfte aufgesplittert und kanalisiert werden können.

4. Demokratische Optionen für die Währungsintegration der EG

Die Europäische Gemeinschaft (EG) - in den siebziger und frühen achtziger Jahren nach zahllosen Krisen, Konflikten und Blockaden vom Zerbrechen bedroht, in der Öffentlichkeit kaum noch ernst genommen und immer wieder totgesagt - wurde in den letzten Jahren eher unerwartet wiederbelebt. Durch den Beitritt von Portugal, Spanien und Griechenland gewann die EG nochmals an Gewicht in der Weltwirtschaft, während der wirtschaftliche, weniger der politische Einigungsprozeß wieder in Gang kam. Zentrale Schlagworte sind dabei neben der Krise und eher zähen Reform des gemeinsamen Agrarmarktes die beiden eng zusammenhängenden Themen europäischer "Binnenmarkt" und "Europäisches Währungssystem".
Zum besseren Verständnis des jetzigen Versuchs, die Integration zu vertiefen, empfiehlt sich ein kurzer Rückblick in die Geschichte der EG, da die gegenwärtigen Probleme und Konfliktlinien keineswegs neu sind.
Um 1970, nach der Realisierung der Zollunion[1] innerhalb der damaligen EWG, gab es eine sehr intensive Diskussion und teilweise auch politische Willensbildung über die weitere, bereits in den EWG-Verträgen vorgesehene Verwirklichung der "Wirtschafts- und Währungsunion".[2] Binnenmarkt und Währungseinheit sollten in Stufen noch vor dem Ende der siebziger Jahre erreicht sein. Die Unterbrechung des europäischen Einigungsprozesses um fast 15 Jahre ist eng verknüpft mit dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods 1973, der nicht nur die Rolle des Dollar, sondern auch die über den Dollar vermittelten Währungsbeziehungen innerhalb der EG beeinträchtigte. Wir meinen darüber hinaus zeigen zu können, daß einer der Verursachungskomplexe für das Auseinanderbrechen des Bretton-Woods-Systems innerhalb der EG zu suchen ist, nämlich in den unterschiedlichen wachstums- und stabilitätspolitischen Konzeptionen und Politiken der Bundesrepublik auf der einen Seite und damals Großbritannien und Italien, später auch Frankreich auf der anderen Seite. Die Politiken und realen Entwicklungen (Wachstums- und Inflationsraten vor allem) unterschieden sich zwischen diesen Ländern erheblich mehr als jeweils im Vergleich zu den USA. Aufgrund der spezifischen Konstruktion

---

[1] Abbau der inneren Zölle und gemeinsame Außenzölle, Übergang zum außenhandelsneutralen Mehrwertsteuersystem.
[2] Vergleiche die Übersicht in Franzmeier 1970, in der insbesondere erläutert werden: Werner-Plan, belgischer Regierungsplan, Schiller-Plan und und der Plan der EWG-Kommission.

des Weltwährungssystems stellte sich auch der Hegemonialkonflikt innerhalb der EG in unterschiedlichen spekulativen Dollarbewegungen europäischer Währungen dar, weil die DM als Hauptalternative zum Dollar fungiert.
Das damalige Zerbrechen des Festkurssystems auch zwischen europäischen Währungen war keineswegs zwangsläufiges Ergebnis der Krise um den Dollar, sondern die politisch gewählte Alternative zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik zumindest im europäischen Rahmen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der EG wäre dann aber eine Politik gemacht worden, in der Wachstum und Beschäftigung Priorität vor Preisstabilität gehabt hätten und die damit bessere Bedingungen für eine weltweite wirtschaftspolitische Kooperation zwischen den USA, Japan und der EG geboten hätte.[3] Damit ist auch klar, warum die Deutsche Bundesbank alles tat, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Sie setzte flexible Wechselkurse durch, die ihren eigenen geldpolitischen Spielraum vergrößerten, aber umgekehrt durch Wechselkursbewegungen und Kapitalströme die Handlungsmöglichkeiten der anderen Länder einengte.
Der gegenwärtig stattfindende erneute Annäherungsversuch hat sicherlich verschiedene Quellen. Die Situation in der Welt insgesamt hat sich mit den neueren Umrissen globaler Blockbildung geändert (vgl. Kap. 1.5.), gerade auch für die Bundesrepublik, die immer auf eine offene Weltwirtschaft insgesamt gesetzt hat und immer im Spannungsfeld zwischen der Orientierung auf Europa und der auf die USA und die von dieser dominierten Weltwirtschaft stand. Eine weitere Quelle besteht darin, daß die Hegemonie der DM und die Stabilitätspolitik der Bundesrepublik faktisch durchgesetzt ist, wenn auch damit keineswegs alle Widersprüche innerhalb der EG beseitigt sind.
Vor dem skizzierten historischen Hintergrund kann der gegenwärtige

---

[3] Es kann natürlich bezweifelt werden, daß eine solche Politik nicht nur für die einzelnen Länder, die ja dann Ende der siebziger (Großbritannien und Italien) oder Anfang der achtziger (Frankreich) scheiterte, sondern für die Gemeinschaft insgesamt erfolgreich hätte sein können, da sie ja nicht auf einer konsistenten Entwicklungskonzeption beruhte, sondern auf einem prekären sozialen und politischen Kräftegleichgewicht beruhte, das zwar eine soziale Reformpolitik erzwingen, sie jedoch nicht institutionell absichern konnte. Vor allem hätte auch ein europäischer Block die in Gang gekommene Inflationsbeschleunigung in den Griff bekommen müssen, was nach der langen Liste gescheiterter Anläufe gesamtwirtschaftlicher Einkommenspolitiken überhaupt nicht vorausgesetzt werden kann.

Neuanlauf zur Institutionalisierung der wirtschaftlichen Verflechtung in der EG auch so gesehen werden, daß die beiden Seiten (Hartwährungs- und Schwachwährungsländer) unter Ausnutzung der äußeren Zwänge versuchen, ihre jeweiligen Vorstellungen in der EG insgesamt durchzusetzen. Es ist aber nicht abzusehen, daß dies möglich ist, ohne daß Schmerzgrenzen auf einer der beiden Seiten überschritten werden, so daß harte Konflikte vorprogrammiert erscheinen. Vor den Währungsfragen im engeren Sinne ist kurz auf die Handelsstruktur und damit auf die realökonomischen Verflechtungen einzugehen, da hierin einer der Argumentationsstränge gründet, die zur wirtschaftspolitischen Orientierung auf die EG führen.

4.1 Die EG als Wirtschaftsraum

Gegebene Ausgangspunkte für das Thema regionaler Gliederung der Wirtschaft (Handels- und Leistungsaustausch) sind Nationalstaaten und damit Volkswirtschaften. Politisch ist der Nationalstaat ein souveränes Mitglied des Staatensystems; der Staat kann gar nicht allein aus sich heraus begriffen werden, sondern nur in seiner Abschließung und Machtentfaltung gegenüber anderen Staaten, eben nur als Teil eines spezifischen Staatensystems.[4]
Aus dem Zerfall der Weltwirtschaft nach 1929, den inneren politischen Kräfteverschiebungen nach 1945 und den Notwendigkeiten der nachholenden Industrialisierung und Modernisierung ergaben sich in Europa ähnliche Formen der politischen Regulierung und Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, dessen inhaltliche Ausgestaltung insgesamt im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr Staatsinterventionen implizierte, denn sie beinhaltete auch den Ausbau öffentlicher Dienste und Leistungen, von den Straßen bis zur Gesundheit.
Außenwirtschaftliche Absicherungen gegen die überlegene US-Industrie und vor allem zum Schutz der Landwirtschaft waren in Europa

---

[4] Für das Verständnis dieses neuzeitlichen Staatensystems sollte klar sein, daß es sich immer um hierarchisch geordnete Gleichgewichte bzw. dynamische Instabilitätsprozesse im Kern zwischen jeweils wenigen Polen oder Zentren gehandelt hat, bisweilen nur zwei. Die heutige Vielfalt von Staaten, die nicht mehr überformt, überlagert wird von einer eindeutigen globalen Hegemonialkonstellation und auch nicht mehr überall regionale Zwischenmächte aufweist, ist ein für die bürgerlichen Gesellschaften neues Phänomen, das sich in seinen Konsequenzen verstärkt bemerkbar machen wird, nachdem der Versuch der USA unter Reagan, die alte bipolare Welt wieder aufzurichten, an der Schwäche der USA und der UdSSR gescheitert ist.

allgemein üblich. Der Versuch der USA, im Rahmen der Nachkriegsneuordnung der Weltwirtschaft den Freihandel bzw. ein offenes, multilaterales Handelssystem durchzusetzen (ITO) scheiterte am europäischen Widerstand und es kam nur zu einem Notbehelf (GATT), in dem europäischer Protektionismus und regionale Zusammenschlüsse akzeptiert wurden.
Nicht nur die internationale Finanzverflechtung war nach dem Zweiten Weltkrieg zerfallen, sondern auch die internationale (innereuropäische) industrielle Funktionsdifferenzierung. Sie war auch vorher eher begrenzt auf bestimmte Grundstoff- und Produktionsgüterbereiche und in der Bedeutung selbst für mittlere Länder eher gering. Es kam hinzu, daß der Nachkriegsentwicklungstyp durch den Bauboom und die Massenkonsumentwicklung zunächst auch Produktionsbereiche stärkte, die nicht so direkt übernational verflochten waren.[5]
In dem langen Nachkriegswachstum hat sich das westliche Europa so grundlegend verändert wie nie zuvor in einer solchen Zeitspanne. "Realwirtschaftlich" ist der Strukturwandel von der traditionellen Welt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, Handwerk etc, in die einige Inseln moderner Industrie eingestreut waren, zur industriellen Massengesellschaft weitgehend abgeschlossen (Lutz 1984), auch wenn die letzte Umstellungskrise der Landwirtschaft noch bevorsteht bzw. wir mitten drin sind. Jetzt geht es nurmehr um den weiteren innerindustriellen Strukturwandel und um die Frage, ob bestimmte persönliche Dienste in Eigenarbeit, als private Unternehmen oder als öffentlicher Dienst installiert werden. Die überregionale industrielle Funktionsdifferenzierung und Teilung der Arbeiten ist in den industriellen Kernbereichen wie Maschinenbau, Fahrzeuge, Elektro, Chemie weit fortgeschritten.6 Direkt der Fall ist dies zwar nur in Teilen der genannten Kernbereiche, diese sind aber strukturbestimmend für die materielle Produktion und ihre Einflüsse reichen weit in die übrige Ökonomie. Es gibt bisher im Verbrauchsgütersektor hauptsächlich regionale

---

[5] Es gab intensiven Handel mit Grundstoffen, Maschinen, Fahrzeugen u.ä., wo die Bundesrepublik auch in Europa eine ganz wichtige Rolle spielte, aber nicht direkte industrielle Arbeitsteilung, die sich als Zwischenprodukthandel über die Grenzen hinweg niedergeschlagen hätte. Das kam gerade erst später.
[6] So gibt es gerade zum Beispiel im Maschinenbau in den meisten hochspezialisierten Sparten in der Regel je ein US-Unternehmen, eins in Japan und eins in Europa, zumeist in der Bundesrepublik. In den letzten zehn Jahren haben Frankreich und Italien ihre Bestrebungen industrieller Eigenständigkeit faktisch aufgegeben.

Produktion, die aber faktisch zentral gesteuert wird. Die EG ist somit bereits weitgehend wirtschaftlich verflochten, es braucht, zumindest innerhalb des kontinentalen Kerns, den Vergleich mit dem Grad der Verflechtung etwa zwischen den Bundesstaaten der USA keineswegs zu scheuen.
Obwohl solche wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Verflechtungen zum Teil auch gegenüber Japan und den USA (auch zwischen diesen) existieren, haben sie hier doch einen anderen Charakter und einen viel geringeren relativen Umfang. Direkte innerindustrielle Verflechtung ist hier noch eher die Ausnahme, auch wenn sie innerhalb einiger multinationaler Konzerne aufgebaut wird.[7]
Die Bedeutung des Außenhandels, gemessen als Anteile am Bruttosozial- oder Bruttoinlandsprodukt, ist für die europäischen Länder, insbesondere die kleinen, selbstverständlich ungleich höher als für Japan und die USA. Die hohen Anteile enthalten aber den Handels- und Leistungsaustausch innerhalb der EG.[8] Wenn nach der Bedeutung des Außenhandels für die EG gefragt wird, muß diese in "konsolidierter" Form betrachtet werden, also ohne die innere Handelsverflechtung. Außenhandelsquoten, die sich nur auf den Austausch mit Regionen außerhalb der EG beziehen, sind wesentlich niedriger und liegen in einer Größenordnung, die der Außenhandelsintensität der USA und Japans in etwa entspricht.

---

[7] Dies geschieht aber mehr in Richtung Dritte Welt

[8] Es kann hier nicht im Einzelnen durchgespielt werden, welche Länder genau mit der EG gemeint sind oder sein sollten. Im Zweifel handelt es sich um die jetzige EG und die europäischen Länder, die in Zukunft beitreten werden.

Relative Außenwirtschaftsverflechtung der Bundesrepublik, der EG (der Zwölf), der USA und Japan

1986	Einfuhr an Waren und Dienstleistungen				Ausfuhr an Waren und Dienstleistungen			
	insg.	dar.: Waren			insg.	dar.: Waren		
		insg.	aus der EG	von außerhalb		insg.	in die EG	nach außerhalb
	Prozent des Bruttoinlandsprodukts*							
BRD	24,5	21,2	9,7	11,5	27,7	27,1	13,3	13,8
EG(12)	26,1	22,6	9,5	13,1	26,9	22,8	9,7	13,1
USA	10,2	9,3	X	X	7,5	6,0	X	X
Japan	6,8	..	X	X	10,6	..	X	X

* Alle Angaben in jeweiligen Preisen; Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen

Quelle: Kommission der EG 1987 und eigene Berechnungen

Aus der Tabelle geht hervor, daß die "konsolidierte" wirtschaftliche Außenverflechtung der EG(12) - also der Warenverkehr der jetzigen zwölf EG-Mitgliedsländer mit der übrigen Welt (den Nicht-Mitgliedsländern) - keineswegs außerordentlich hoch ist. Die Relation der Wareneinfuhr zum Bruttoinlandsprodukt liegt mit knapp 10 Prozent fast gleich mit der entsprechenden US-Quote, Japan bleibt mit ca. 6 Prozent etwas darunter. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Warenausfuhr bietet ein etwas anderes Bild. Hier liegen die EG(12) und Japan mit 10 Prozent gleichauf, die USA mit

6 Prozent darunter. Die Unterschiede zwischen den Aus- und Einfuhrquoten für die USA und Japan - in umgekehrter Richtung - sind Ausdruck der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, also die Ausfuhrstärke Japans und die Ausfuhrschwäche der USA, die beide im wesentlichen als noch nicht überwundendene Folge der Phase des extrem hohen Dollarkurses in der ersten Hälfte der achtziger Jahre anzusehen sind. Insgesamt ergibt sich somit, daß die EG insgesamt keineswegs in höherem Grad vom Außenhandel abhängig ist als die USA oder Japan.
Es ist völlig ausgeschlossen, selbst bei radikal fortgesetzter Internationalisierung und Globalisierung der Produktion, daß eines der drei großen industriellen Zentren USA, Japan und EG (ähnliches gilt für die UdSSR, die VR China und wohl auch Indien) sich so weit vom internationalen Handel abhängig machen würde, daß es technologisch und in strategisch zentralen Produktionsbereichen auf andere "Blöcke" unmittelbar angewiesen wäre. Die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist gerade umgekehrt dahin gegangen, durch beschleunigte nachholende Prozesse in Japan und Europa den Vorsprung der USA zu mindern.
Es existieren also derzeit bzw. verdichten sich mehrere weltwirtschaftliche Regionen oder "Blöcke" mit zunehmend engerer interner und eher geringerer externer Handelsverflechtung. Wie dicht der Handel innerhalb und zwischen solchen Blöcken sein soll, läßt sich nicht abstrakt beantworten (vgl. Kap. 2.2.). Nach Internalisierung der Umweltbelastungen durch Transport gibt es auch kein handelsspezifisches, z.B. ökologisch begründetes Kriterium, aus dem eine bestimmte Handelsintensität abgeleitet werden könnte. Wohl aber gibt es sektorale Kriterien (Landwirtschaft, Energie etc.), auf die aber hier nicht näher eingegangen werden kann. Auch aus dem legitimen Bedürfnis der einzelnen Blöcke, grundlegend ihre Autonomie zu behalten, läßt sich nicht auf eine spezifische Intensität des Handels schließen.
Auch innerhalb der EG kann nicht abstrakt entschieden werden, wie zentral oder dezentral zu produzieren (und konsumieren) ist. Bekanntermaßen sind die sozialen und materiellen Gestaltungen von Wirtschaft/Arbeit und Leben, wie es sie jetzt gibt und wie sie sich in Europa immer mehr annähern, in sozialer und ökologischer Hinsicht nicht ideal. Es muß hier aber sehr klar unterschieden werden zwischen den Tatsachen und Prozessen europäischer Verflechtungen und Annährungen als solcher (auch zum Beispiel gerade ihren kulturellen Dimensionen), die einen gewaltigen Fortschritt ge-

genüber den alten Borniertheiten und Feindschaften bedeuten, und den spezifischen Ausprägungen dieser immer ähnlicher werdenden materiellen Arbeits- und Lebensweise.
Die Frage des sozial und ökologisch sinnvollen oder auch gebotenen Dezentralisierungsgrades kann nicht allgemein, grundsätzlich oder prinzipiell diskutiert werden, sondern nur unter Aufnahme der je bereichsspezifischen und regionalen materiellen Bedingungen, denn diese sind sehr unterschiedlich. Wenn ein hochspezialisierter Maschinenbaubetrieb ausreicht, um ganz Europa zu beliefern, so kann regionale Produktion sinnlos sein, ebenso in Fällen, wo Großtechnologie wesentlich billiger und umweltfreundlicher ist, allerdings unter Berücksichtigung von Transportkosten, die die ökologischen Schäden des Transports soweit möglich internalisieren (vgl. Kap. 2).[9]
Bezogen auf die Dezentralität der Wirtschaft und besonders der Industrie kommt es nicht nur auf die materiellen oder stofflichen Dimensionen an, sondern ebensosehr auf die sozio-ökonomischen Dimensionen. Dabei geht es um den Grad der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, also um die Frage, auf welcher Ebene die maßgeblichen Entscheidungszentren der Unternehmen und Konzerne angesiedelt sind, wobei vor allem die Banken und die großen Industrieunternehmen interessant sind.
Trotz aller internationalen Verflechtungen sind die Banksysteme bislang eindeutig national organisiert, jeweils gruppiert um die Zentralbank. Auch multinationale Bankenkonzerne haben bislang in Europa eine eher untergeordnete Bedeutung; aber auch ihre Existenz würde unter der Voraussetzung nationaler Währungen keinen fundamentalen Einschnitt für die Steuerungskapazität der Zentralbanken bedeuten. Es ist im Zusammenhang mit der Herstellung des Binnenmarkts 1992 geplant, auch die innereuropäischen Niederlassungsbeschränkungen für Kreditinstitute weitgehend aufzuheben. Die industrielle Konzernstruktur ist in letzter Zeit gerade mit Blick auf den "Binnenmarkt" in Bewegung gekommen. Der Verflechtungs- und In-

---

[9] Anders ist die Situation zu beurteilen für Landwirtschaft, Energie, Bau, Verkehr, Müll und Recycling etc.. Für diese Bereiche gibt es bereits detailliert ausgearbeitete alternative Konzepte, in denen in der Regel Dezentralisierung und Regionalisierung, allerdings weit unterhalb der Ebene der Nationalstaaten, eine bedeutsame Rolle spielen, wenn auch nicht schlechthin, sondern immer in Verbindung mit materiellen Veränderungen. Es ist nicht angebracht, aus der Situation in diesen Bereichen, die ja gerade durch die große Bedeutung räumlicher Dimensionen gekennzeichnet sind, direkt zu Generalisierungen zu kommen.

ternationalisierungsgrad scheint damit vor allem innerhalb Europas und besonders der EG weiter zuzunehmen.[10]
Bei der Entscheidung für die EG ist auch maßgebend, daß ökonomische und politische Entscheidungsstrukturen nicht auf verschiedenen (regionalen) Ebenen angesiedelt sein dürfen bzw. besser: die Politik in struktur- und entwicklungsbestimmenden Fragen nicht kürzer greifen sollte als die "Wirtschaft". Für die heute dominierende Produktions- und Lebensweise, ihrer materiellen Seite nach betrachtet, ist das nationalstaatliche Gehäuse mehr und mehr "überholt", erscheinen die Grenzen als eher zufällig und willkürlich. Auch für eine soziale und ökologische Umgestaltung ist der Nationalstaat in diesem materiellen Sinn eher zufällig, zumal die tatsächlich vorhandenen statlichen Gebilde ja auch sehr unterschiedlich groß sind und in ihrem Innern teils mehr dezentral, teils mehr zentralistisch.
Ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind je nach Bereich entweder größere Einheiten wie die EG - so in vielen Industriebranchen - oder deutlich kleinere Einheiten - so in den oben genannten Bereichen von Landwirtschaft bis Verkehr. Im Ergebnis bietet sich also eine Kombination von Zurücknahme des Zentralisierungsgrades in manchen Bereichen und verstärkte Zentralisierung in anderen an (vgl. Padoa-Schioppa 1988, S. 16ff). Im Währungsbereich - um den es im folgenden primär geht - ist sicherlich eine weitere Zentralisierung der Regulierung innerhalb der EG sinnvoll,[11] während beispielsweise die Verfügung über öffentliche Haushalte weiter dezentralisiert werden könnte. Allerdings muß es dann einen ganz strikten zentralen Finanzausgleich geben, da andernfalls Selbstverstärkungsmechanismen[12] noch mehr wirken, durch die reiche Re-

---

[10] In diesem Zusammenhang sind Unternehmensrecht und Wettbewerbspolitik mit entscheidend, auf die aber hier nicht näher eingegangen werden kann. Nur soviel: wenn Unternehmen EG-weit ohne Einschränkungen als ein Rechtssubjekt agieren können, dann wäre nationale Wirtschaftspolitik nicht mehr weit entfernt von jetziger Regionalpolitik. Es wäre also zur Erhaltung nationaler Autonomie eine Reform des Unternehmensrechts bzw. eine Neubildung von Unternehmensformen zu fordern, in der Konzerne, Unternehmen etc in Regionalgesellschaften untergliedert sind, steuerlich, statistisch etc., da sonst eine öffentliche Regionalpolitik undenkbar ist.
[11] Aber es gibt auch andere Bereiche, in denen eine Zentralisierung sinnvoll erscheint. Vergleiche hierzu beispielsweise die ganze Malaise der regionalen Wirtschaftsförderung, wo die Kommunen und zunehmend auch Länder gegeneinander ausgespielt werden und somit den wirtschaftlichen Zwangsmechanismen unterliegen, während die Wirtschaft zugleich noch kassiert in diesem weitgehenden "Nullsummenspiel".
[12] Selbst innerhalb der Bundesrepublik mit ihrem vergleichsweise

gionen immer reicher und arme immer ärmer.
Auf absehbare Zeit sind aber auch innerhalb der EG trotz aller Angleichungen der materiellen Lebensweisen die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Unterschiede so groß und die jeweiligen nationalen Institutionen und Organisationen so sperrig, angefangen bereits bei den Gewerkschaften, daß eine direkte Integration zu einem "Staat"[13] als eher unrealistisch und nicht wünschenswert erscheint.
Insgesamt erscheint die EG sowohl aufgrund der eher begrenzten Handelsverflechtung mit der übrigen Welt als auch aufgrund der internen Kohärenz der Produktionsstrukturen und Lebensweisen als materiell geeigneter Wirtschaftsraum, der intern zu einem wirtschaftspolitischen Kooperationsmodell in spezifischer Gestalt - vor allem der hier interessierenden Währungspolitik - entwickelt werden kann, während für die Welt insgesamt eine derartige politisch-ökonomische Verdichtung als unrealistisch erscheinen muß. Eine solche Option für ein weiterhin in sich differenziertes Europa bedeutet keine "Autarkiepolitik" gegenüber der übrigen Welt, keine Absage an interkontinentale und globale Beziehungen und Strukturen. Im Gegenteil, eine solche Gemeinschaft könnte wesentliche Anstöße für eine neue Weltwirtschaftsordnung geben (vgl. Kap. 5).
Die hohen ökonomischen und politischen Kosten eines Zerfalls der EG lassen es auch als eher wahrscheinlich erscheinen, daß der Einigungsprozeß, wenn auch erneute Unterbrechungen und Rückschläge nicht ausgeschlossen sind, weitergehen wird. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, die sich einen weitergehenden Bruch innerhalb der Gemeinschaft nicht leisten kann und die trotz ihrer Kompromißlosigkeit vor allem in Währungsfragen zu Kompromissen gezwungen sein dürfte. Auch die Autonomie der Bundesbank steht in diesem Integrationsprozeß zur Disposition; realistischerweise gibt es eine Gemeinschaft, die von allen akzeptiert werden kann, oder der Integrationsprozeß zerbricht. Denn bei aller ökonomischen Stärke und Dominanz der DM, politisch sind die großen westeuropäischen Staaten eher gleichwertig, so daß letztlich niemand gezwungen werden

---

gut funktionierenden Finanzausgleich kommt es dazu, daß prosperierende und stärker wirtschaftlich wachsende Regionen wie Baden-Württemberg und Bayern noch stärker wachsen, da sie mehr öffentliche Investitionen tätigen können, weil einige Steuereinnahmen (wie die Gewerbesteuer) höher sind und die Belastung durch Sozialhilfe u.ä. niedriger. In nördlichen Bundesländern wirkt eine umgekehrte Selbstverstärkung ins Negative.

[13] Langfristig geht die Entwicklung wohl eh in diese Richtung.

kann.
Eine Verlagerung aller gesamtwirtschaftlich relevanten Kompetenzen auf eine europäische Zentralinstitution ist allerdings auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.
Die folgende Diskussion über ein europäisches Währungssystem muß deshalb unseres Erachtens auch von der Voraussetzung ausgehen, daß aufgrund ökonomischer, sozialer und politischer Gegebenheiten eine partielle stabile Kooperationmöglichkeit innerhalb der EG bei gleichzeitiger Unmöglichkeit existiert, ein solches Modell auf Weltebene oder auch nur für die gesamte kapitalistische Welt zu etablieren.

4.2. Das gegenwärtige Europäische Währungssystem und die Diskussion um seine Weiterentwicklung

4.2.1. Die Rolle der Bundesrepublik innerhalb des EWS

Das Europäische Währungssystem[14] hat sich seit seinem Bestehen in einen zunehmend gefestigteren DM-Block transformiert. Das heißt, daß die Bundesrepublik eine Hegemonialrolle innerhalb des EWS einnimmt und sie damit für andere EWS-Länder sowohl in bezug auf Wachstum als auch Preisstabilität zur regulierenden Instanz geworden ist. Die Mechanismen, die es einer restriktiv agierenden Nation erlauben, früher oder später einer expansiver agierenden Nation ihre restriktive wirtschaftspolitische Orientierung aufzuzwingen, können hier knapp gefaßt werden, da sie schon in früheren Kapiteln ausführlicher erörtert wurden (Kap. 1, Exkurs 1).
In einem System fixierter Wechselkurse erzwingt der Wechselkursmechanismus einen mehr oder weniger ausgeprägten Gleichschritt der Wirtschaftspolitiken. Länder mit höherem Wachstum und/oder höherer Inflationsrate rutschen bei gegebenen Kursen gegenüber Ländern mit geringerem Wachstum und/oder niedrigerer Inflationsrate in zunehmende Leistungsbilanzdefizite. Das Defizit muß durch private Kapitalimporte und/oder Abbau von Devisenreserven und/oder öffentliche Kapitalimporte finanziert werden. Und hier liegt das Problem: Eine längere Periode von Leistungsbilanzdefiziten führt eine Nation in eine Netto-Schuldnerposition, die - vor allem bei Verschuldung in Auslandswährung - die "Kreditwürdigkeit" eines Staates schmälert. Private Kapitalimporte sind in aller Regel kein geeignetes

[14] Zur genauen Beschreibung der Institutionalisierungen im EWS vgl. den Anhang zu diesem Kapitel.

Instrument der Finanzierung anhaltender Leistungsbilanzdefizite. Für Vermögensbesitzer ist ein Leistungsbilanzdefizit zwar nicht der einzige Indikator zur Beurteilung eines Landes, jedoch ist ein Leistungsbilanzdefizit schon allein deshalb ein stark belastender Faktor des "Vertrauens" in eine Währung, da eine Abwertung des Defizitlandes nicht ausgeschlossen werden kann. Nur ein Wechselkurssystem, das absolut unveränderliche Wechselkurse garantiert und genügend Vertrauen in seine Beständigkeit besitzt, schließt negative Erwartungseffekte bei Leistungsbilanzdefiziten aus.[15] Leistungsbilanzdefizite lassen sich somit bei unveränderten Wechselkursen, wenn überhaupt, in der Regel privat nur über höhere Zinssätze finanzieren - das geringere Vertrauen internationaler Anleger muß durch höhere Zinsen kompensiert werden - , wobei auch dann die Kapitalimporte meist nur kurzfristigen Charakter haben dürften. Durch den eben beschriebenen Mechanismus ist jedoch schon ein Prozeß induziert, der die Anpassungslasten ausschließlich dem Defizitland aufbürdet: Der Zwang zu höheren Zinsen drosselt die inländische Investitionstätigkeit und damit Wachstum und Beschäftigung.

Bleiben zur Finanzierung von Defiziten der Abbau von Devisenreserven und öffentliche Verschuldung. Die Devisenreserven eines Landes sind immer begrenzt, so daß ein Abbau von Reserven nur kurzfristig möglich ist. Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors des Defizitlandes ist zwar eine Möglichkeit, fehlende private Kapitalimporte zu ersetzen - dies wurde etwa von Großbritannien Anfang der siebziger Jahre und von Frankreich nach 1981 in relevantem Umfang praktiziert - , jedoch bietet auch dieser Weg keine längerfristige Perspektive. Schließlich bleiben Unterstützungskredite ausländischer Zentralbanken, doch hier hat das EWS einen asymmetrischen Anpassungszwang der Defizitländer institutionalisiert (vgl. den Anhang zu diesem Kapitel).

Warum nicht den Außenwert der nationalen Währung abwerten, um dadurch ein Defizit der Leistungsbilanz zu beseitigen? In der Tat kam es auch innerhalb des EWS zu Wechselkursanpassungen.[16] Wech-

---

[15] Die USA, die über Jahre riesige Leistungsbilanzdefizite über private Kapitalimporte finanzieren konnten, erscheinen eher als Ausnahme. Diese Möglichkeit der USA hing unmittelbar mit der Rolle des Dollars als Weltgeld zusammen (vgl. Kap. 1.3.).

[16] Der Index des Außenwertes der DM erhöhte sich zwischen 1980 und 1987 - also in etwa während dem Entstehen des EWS bis heute - gegenüber dem Französischen Franc von 146,5 auf 210,7, dem Holländischen Gulden von 108,6 auf 111,9, der Italienischen Lira von 261,0 auf 399,9, der Dänischen Krone von 143,2 auf 175,7 und

selkursanpassungen, besonders wenn sie nicht von geld- und fiskalpolitische Maßnahmen im Defizit- und Überschußland begleitet werden, sind jedoch ein zweischneidiges Schwert, da sie die Stabilitätsbemühungen eines Hartwährungslandes zusätzlich fördern und bei Schwachwährungsländern das Problem der Inflation verschärfen. Abwertungen können unter bestimmten Bedingungen aber durchaus ein funktionierendes Mittel zur Bekämpfung oder gar Beseitigung von Leistungsbilanzdefiziten sein. Die wesentlichste Bedingung ist dabei die Kontrolle der Geldeinkommen im abwertenden Land, um eine Abwertungs-Inflations-Spirale ohne hinreichende Verbesserung der inländischen Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern. Das heißt, daß Preisniveauerhöhungen aufgrund höherer Importpreise nicht unmittelbar durch nominale Einkommenserhöhungen kompensiert werden. Politisch attraktiv ist eine Abwertung nicht, da sie die Realeinkommen wechselkursbedingt senkt und der Erfolg einer wechselkursorientierten Abwertung an die Akzeptanz einer solchen Realeinkommensreduktion gebunden ist. Daneben werden zumindest bei kontinuierlichen Abwertungen das Vertrauen in die abwertende Währung weiter zerstört und private Kapitalimporte zur Finanzierung existierender Leistungsbilanzdefizite noch schwerer. Die übelste aller Welten für ein Schwachwährungsland ist demnach die Konstellation von Leistungsbilanzdefizit, Abwertung, Erhöhung der inländischen Nominaleinkommen und damit kein oder ungenügender Abbau von Defiziten, weitere Abwertung und Kapitalflucht. Das "Spiel" zwischen Hart- und Weichwährungsländern ist ungleich, und beide Länder wissen dies, bevor das "Spiel" beginnt (vgl. Wyplosz 1988, S. 276), was die Strategie des Weichwährungslandes unmittelbar schon restriktiv prägen muß.

Innerhalb eines institutionalisierten Systems ist eine Abwertung auch politisch für die Regierung des Abwertungslandes problematisch. Dies gilt besonders innerhalb des EWS, in dem die Regierungen Wechselkursveränderungen aushandeln und das abwertende Land international und national als schwach und wirtschaftspolitisch gescheitert erscheinen muß. Das EWS hat somit starke politisch disziplinierende Mechanismen, die seinen "Vätern" Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing durchaus bewußt waren.[17]

---

dem Belgischen Franc von 115,7 auf 149,4.

[17] Vgl. dazu Schmidt 1986, S. 23: "Weil es im EWS nicht der Börse überlassen wird, die Wechselkurskonsequenzen aus falscher Geld- und Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten zu ziehen, weil vielmehr die Regierungen selbst eine Wechselkursanpassung beantragen und aushandeln müssen, weil sie bei Aufwertung von ihrer Industrie und

Der Standardfall des harten wirtschaftspolitischen Strategiewechsels zu restriktiver Wirtschaftspolitik läßt sich etwa so stilisieren: Ein Land gerät in anhaltende und sich verschlechternde Leistungsbilanzdefizite, die sich zunächst über die verschiedenen Kanäle noch problemlos finanzieren lassen. Die labile außenwirtschaftliche Konstellation bedarf dann eines mehr oder weniger zufälligen Ereignisses, um eine Währungskrise mit Kapitalflucht bzw. plötzlichem Versiegen von Kapitalimporten auszulösen. Der massive Druck auf den Wechselkurs, der bei institutionell fixierten Kursen meist einer Anpassung bedarf, erzwingt dann Austeritätspolitik.[18] Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß generell (jedoch aus institutionellen Gründen nochmals besonders stark ausgeprägt innerhalb des EWS) Mechanismen existieren, die eine asymmetrische Anpassung des Defizitlandes an die Wirtschaftspolitik des Überschußlandes erzwingen. Da die Bundesrepublik seit den siebziger Jahren innerhalb Europas und des EWS am restriktivsten agiert hat, hat sie alle anderen EWS-Länder einem permanenten Anpassungsdruck ausgesetzt und das EWS in einen DM-Block transformiert. Dieser Umstand wird noch dadurch verschärft, daß die Bundesrepublik nicht nur beim Wachstum, sondern auch bei den Lohnstückkosten in der Regel deutlich geringere Erhöhungen aufweist als die Schwachwährungsländer. Dies liegt einerseits an den Institutionalisierungen des Arbeitsmarktes - vereinheitlichte Gewerkschaftsbewegung, Tarifabschlüsse auf Branchenebene, juristisch genau fixierte Schritte bei Kampfmaßnahmen etc. - und der Weltmarktorientierung

---

bei Abwertung von ihren Konsumenten und Gewerkschaften gescholten werden, deshalb scheuen sie den dramatischen Akt, und deshalb haben sie ihr monetäres und ihr fiskalisches Verhalten seit dem Inkrafttreten des EWS diszipliniert (...). Mit anderen Worten: Das EWS hat durch den ihm innewohnenden Disziplinierungs-Mechanismus eine Konvergenz des ökonomischen Verhaltens der Mitgliedsstaaten herbeigeführt, die es in diesem Maße seit dem Zusammenbruch des weltweiten Bretton-Woods-Wechselkurssystems nicht gegeben hat."

[18] Zu diesem Ergebnis kommt auch eine neuere OECD-Studie, die die Gründe einschneidender nationaler Strategiewechsel untersucht. "It is one of the conclusions of this exercise that the current account as such seems to have been regarded as the crucial unsustainable element in rather few of the episodes considered, though its indicator role in pointing to fundamental problems was relevant in most of them" (OECD 1988, S. 12) "In almost all the episodes considered, it was exchange-rate pressure that brougth matters to a head and determined the timing of the introcution of comprehensive policy measures. This happend because, beyond a certain point, the authorities of countries with a weakening currency could no longer tolerate the inflation implications (and reached the limit to which they were willing or able to carry on losing reserves or incurring foreign indebtedness to support the currency)" (ebd., S. 16).

etlicher Gewerkschaften, andererseits an den höheren Produktivitätszuwächsen in der Bundesrepublik (vgl. Kap. 1, Exkurs 2). Schwachwährungsländer wie Frankreich oder Italien, früher auch Großbritannien, befinden sich permanent in dem Dilemma, Wachstums-, Produktivitäts- oder Inflationsdifferenzen zur Bundesrepublik durch Abwertung ausgleichen zu müssen. Um die Differenz der Inflationsraten gegenüber der Bundesrepublik nicht erneut ansteigen zu lassen, fällt die Abwertung immer relativ gering aus, so daß die Bundesrepublik trotz Aufwertung ihre Unterbewertung behält. Faktisch steuert die Bundesrepublik das ökonomische Expansionstempo im EWS und begrenzt aufgrund ihrer generell restriktiven Ausrichtung expansivere Wirtschaftspolitiken anderer Staaten. Als "Stabilitätsanker" des EWS hat sie dieses (und am EWS orientierte kleinere Länder) in eine Zone restriktiver Wirtschaftspolitik transformiert (vgl. Scharrer 1988, Wypllosz 1988) und wurde darüber auch zu einem weltwirtschaftlichen Problem (vgl. Kap. 1). Sie hat damit den ökonomischen Einigungsprozeß in der EG sicherlich temporär vorangetrieben, allerdings in der Form der Anpassung der anderen Länder an den Maßstab der Bundesrepublik. Seit dem Bestehen des EWS haben sich die Inflationsraten und Inflationsratendifferentiale der beteiligten Länder verringert, und Wechselkursanpassungen innerhalb des EWS sind seltener geworden.
Die Konstellation innerhalb des EWS wird entscheidend dadurch verkompliziert, daß die DM als zweite Weltanlagewährung in einem engeren Substitutionsverhältnis zum Dollar als zu anderen europäischen Währungen steht. Stärken und Schwächen des Dollar schlagen unmittelbar auf die Wechselkurse innerhalb des EWS durch - beispielsweise treiben Vermögensumschichtungen vom Dollar in die DM den Kurs der DM im EWS zum oberen Interventionspunkt bzw. die Kurse der anderen Währungen zum unteren Interventionspunkt.[19] Zur Verhinderung von Abwertungen werden die schwach notierenden Währungen aufgrund der asymmetrischen Anpassungsmechanismen innerhalb des EWS zu restriktiver Politik getrieben, die gänzlich aus der

[19] Der ökonomische Mechanismus ist einfach. Zunächst wird amerikanisches Vermögen in DM transformiert, was den Außenwert der Mark gegenüber dem Dollar erhöht. Hält dieser Prozeß an, so wird es für Vermögensbesitzer günstiger, Dollar beispielsweise in Franc und dann in DM umzutauschen, da sie über diesen Weg mehr DM pro Dollar erhalten. Dies führt einerseits zum Anstieg des Franc gegenüber dem Dollar, obwohl der Franc keinerlei Anlagewährung sein mag, und andererseits zur Schwäche des Franc gegenüber der DM. Die Schwäche des Dollar hat somit zur Schwäche des Franc gegenüber der Mark geführt, die in keiner Weise am Verhältnis zwischen dem Franc und der Mark an sich liegt.

Störung des DM-Dollar-Verhältnisses resultiert. Stärkephasen der DM erzeugen somit restriktiven Druck auf andere EWS-Währungen, während Stärkephasen des Dollar den Spielraum anderer EWS-Währungen erhöhen. Kurz: EWS-Währungen müssen die instabilen Berg- und Talfahrten des Multiwährungsstandards zwischen Dollar, Mark und Yen mitfahren.

Die Dominanz der Bundesrepublik im EWS ist allerdings nicht mit der Hegemonie im System von Bretton Woods seitens der USA zu vergleichen. Die Weltgeldfunktion des Dollar war Teil einer umfassenden Hegemonie der USA, während die Bundesrepublik das EWS im wesentlichen monetär-finanziell dominiert, weil sie für andere Nationen den Maßstab der Preisstabilität setzt (vgl. Russo 1988, S. 284). Frankreich oder Italien sind schon gar nicht allgemeinpolitisch, aber auch in den meisten ökonomischen Indikatoren nicht als Satelliten der Bundesrepublik anzusehen, wenn auch durchaus ein Produktivitätsvorsprung der bundesrepublikanischen Industrie existiert und sie viele technologische Schlüsselstellungen einnimmt (Kap. 4.1.). Dies bedeutet, daß die monetäre Dominanz der Bundesrepublik verlorenginge, wenn sie aufhören würde, den Maßstab für Preisstabilität zu liefern. Aber auch auf politischer Ebene wird der Stand der Bundesrepublik innerhalb Europas schwieriger, wenn die europäischen Staaten den "Stabilitätsanker" Bundesrepublik als zunehmend belastend empfinden. Die Bundesrepublik wird dann zum Blockadefaktor für Europa. Diese Erkenntnis dürfte einer der Schlüssel zum Begreifen der Politik der Bundesrepublik sein, die offensichtlich marktpolitisch als lokale Hegemonialmacht fungieren möchte.

Das EWS und die Bundesrepublik kamen den meisten Regierungen in Schwachwährungsländern um und nach 1980 durchaus gelegen, da sich Inflationsbekämpfung als allgemein akzeptiertes Ziel der westlichen Wirtschaftspolitiken in dieser Phase durchgesetzt hatte. Selbst sozialistische Regierungen konnten sich mit ihren eigenen restriktiven Politiken hinter dem EWS verstecken. Sie hatten eine bequeme Rechtfertigung im Inland - dies war beispielsweise ausgeprägt in Frankreich und Italien der Fall.

Nachdem die "Anpassungen" in den Schwachwährungsländern nun zu einem guten Stück mit hohen internen Opfern vollbracht sind, erscheint das EWS für diese Länder zunehmend als Hemmschuh nationaler Politiken. Auch hat sich in den letzten Jahren ein Anpassungsbedarf innerhalb des EWS aufgestaut, da die DM zunehmend unterbewerteter wird. Die Entwicklung treibt auf einen wirtschaftspoliti-

schen Konflikt zu, da noch offen ist, wieweit die Anpassung über mehr Wachstum der Bundesrepublik, geringeres Wachstum der Schwachwährungsländer oder den Wechselkurs erfolgt, wobei die Mehrheit der EWS-Staaten auf die erste Option setzt. Die Diskussion um die Weiterentwicklung des EWS ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu sehen.

4.2.2. Die gegenwärtige politische Kontroverse zwischen den EG-Staaten

Es gibt drei theoretische Positionen zur Entwicklung des europäischen Währungssystems, die sich jedoch nahezu nahtlos aus den Interessenlagen der verschiedenen Länder ableiten: die Position der Schwachwährungsländer unter der Führung Frankreichs und Italiens, die Position der Bundesrepublik als Hartwährungsland und die Position Großbritanniens.
Die Bundesbank hatte für Schwachwährungsländer, wie betont, nach 1979 die wichtige Funktion, als Stabilitätspol den Weg der eigenen Inflationsbekämpfung zu unterstützen. Das Vertrauen seitens der Vermögensbesitzer in die Währungen der anderen Länder wurde durch das EWS und die "credibility" der Bundesbank, die sich schnell als Führer des EWS herausbildete, gestärkt (vgl. Wyplosz 1988, S. 274 f.). Die Stabilitätspolitik der Bundesrepublik wurde jedoch nach der Rückführung der Inflation auf geringe Raten ein zunehmendes Problem, da diese Länder nicht die Passion der Bundesrepublik für absolute Preisstabilität kennen und generell ein höheres Wirtschaftswachstum als die Bundesrepublik präferieren, zum Teil allein schon aufgrund des relativ höheren Bevölkerungswachstums. Da diese Länder offensichtlich nicht die Hoffnung haben, die Bundesbank direkt zur Lockerung ihrer Stabilitätspolitik bewegen zu können, wird versucht, die Entscheidungen der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik in europäische Institutionalisierungen einzubinden. Nicht mehr die Bundesrepublik bzw. Bundesbank allein, sondern ein gemeinsamer politischer Prozeß soll die Steuerung des EWS übernehmen.[20] Diese Position findet innerhalb der Bundesrepublik

[20] "Less inflation-conscious countries are likely to be dissatisfied with the way Germany exerts its leadership (...). For these countries, and I believe that France is one of them, the first best would be for Germany to adopt less stringent inflation targets, while maintaining the Bundesbank credibility. If the Bundesbank does not see this evolution as desirable, or indeed feasible, second best would be to redefine coordination so as to share the last degree of freedom, rather than entrusting it to

etwa bei den Sozialdemokraten durchaus Sympathie (vgl. Wieczorek 1988), bietet sie doch die Möglichkeit, die Bundesbank, die "beinahe die Stellung einer vierten Gewalt erreicht" (Schmidt 1988), indirekt zu schwächen, wenn nicht gar auszuschalten.[21] Theoretisch vertritt diese Strömung die Position, daß neue währungspolitische Institutionalisierungen die notwendige Voraussetzung für eine weitere handelspolitische und auch allgemeinere Integration der EG seien - am klarsten kommt dieser Gedanke wohl bei Padoa-Schioppa (1988) zum Ausdruck (vgl. Kap. 4.4.8.).
Die Bundesbank sträubt sich gegen derartige Institutionalisierungen, die einen Kompetenzverlust für sie implizieren würden. Dabei spielt nicht nur die Machterhaltung der eigenen Institution eine Rolle, sondern es steht die Rolle der Bundesrepublik als lokale Hegemonialmacht auf dem Spiel, die unmittelbar an die Stabilitätspolitik der Bundesbank gebunden ist. Als theoretisches Argument schiebt die Bundesbank zur Unterstützung ihrer Position die sog. "Krönungstheorie" in den Vordergrund. Danach sollen institutionelle Reformen erst zum Zuge kommen und sinnvoll sein, wenn sich die Wirtschaftspolitiken der EWS-Länder, die sozialen und institutionellen Bedingungen etc. in einschneidender Weise weiter vereinheitlich haben, wobei in dieser Sicht offene Geld- und Kapitalmärkte der entscheidende Hebel sind.[22]
Großbritannien verweigert sich einer Weiterentwicklung des EWS gänzlich und ist auch nicht bereit, das Pfund in absehbarer Zeit institutionell an die EWS-Währungen zu binden. Dies liegt teilweise daran, daß die Thatcher-Regierung schon fast verächtlich auf die Schwachwährungsländer herabblickt, die die Bundesrepublik und das EWS als Stabilitätsanker benötigt hatten.[23] Großbritannien hat

---

Germany" (Wyplosz 1988, S. 275).

[21] Auch der Präsident der Bundesbank ist Sozialdemokrat

[22] "Die volle Teilnahme Großbritanniens am EWS, die Abschaffung der von Beginn an existierenden Sonderregeln und die Herstellung eines freien, integrierten Geld- und Kapitalmarktes in Europa sind die wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Europäische Währungsintegration und damit auch für die Europäische Währung, die am Ende eines solchen Prozesses einmal stehen soll. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wird es sehr schwierig sein, in die sogenannte institutionelle Phase des EWS einzutreten, die ursprünglich schon nach zwei Jahren realisiert werden sollte." (Pöhl 1988, S.106f.).

[23] "Mrs. Thatcher's government has sunk a good deal of political capital into the creation of counter-inflationary credibility without resort to foreign entaglements. (...) Hence we see here a deliberate political choice, to make the conquest of inflation an overtly domelstic policy act, chosen and executed by the governing party. No foreign scapegoats are sought, nor any foreigner to

sich geweigert, die Hegemonialfunktion der Bundesrepublik zu akzeptieren und blieb damit dem EWS-Wechselkursmechanismus fern. Offensichtlich bestehen Ambitionen, das Pfund früher oder später die Mark in ihrer Rolle verdrängen zu lassen. Da die Dominanz der Bundesrepublik nicht primär auf realökonomischer Basis steht, wäre bei einer Aufgabe der Stabilitätspolitik der Bundesrepublik unter den jetzigen institutionellen Bedingungen eine solche Entwicklung nicht auszuschließen.
Aber auch eher auf ökonomische Stimulation orientierende Positionen in Großbritannien sehen keinen Sinn darin, dem EWS beizutreten, weil dadurch der Spielraum für expansive Politik zusätzlich eingeschränkt würde.[24]
Auch in Frankreich wurde nach 1981 der Verbleib im EWS kontrovers diskutiert, wobei dann aufgrund der starken außenwirtschaftlichen Verflechtungen und der hohen ökonomischen und politischen Kosten des Ausstiegs ein Verbleib im EWS unumgänglich schien (vgl. OECD 1988, S. 56 ff.). Unter veränderten Bedingungen ist jedoch in Frankreich - oder anderen Staaten - durchaus eine andere Entscheidung denkbar.

4.2.3. Die Option der Bundesbank: Stabilitätsfestung EG in einer offenen Weltwirtschaft

Hier sollen die Konsequenzen für den Fall verdeutlicht werden, daß sich die Vorstellungen der Bundesbank nach 1992 durchsetzen. Geht es nach deren Willen, so soll nicht nur der Warenverkehr, sondern vor allem der Kapitalverkehr innerhalb der EG gänzlich liberalisiert werden. Die Bundesbank setzt auf die zusätzlich disziplinierenden Effekte unregulierten Kapitalverkehrs, um erst danach in weiter Zukunft Schritte in Richtung einer Währungsunion zu institutionalisieren.[25]

---

share the credit. It follows obviously enough that the EMS has no contribution to make" (Minford 1988, S. 326).

[24] "It would be a mistake to join the Deutsche Mark Club on the very eve of a wave of competetive depreciation and beggar-thy-neighbour policy in the world economy. Britain has experience with adherance to the wrong nominal anchor: In the 1920s the gold standard anchor held the economy firmly to sub-par performance and so did stop-go in the 1960s. Now the political opportunity is there for a turnaround and a go-go policy. To the question of how to disengage in Vietnam a US senator offered a brilliantly obvious answer: "Declare voctory and get out!". The same advice applies to inflation fighting in Britain" (Dornbusch 1987, S. 10).

[25] "Eine weitere wichtige Voraussetzung für einen einheitlichen Währungsraum ist die Herstellung eines integrierten Kapitalmarktes

Die Befürwortung völlig unregulierter internationaler Kapitalmärkte seitens der Bundesbank und Bundesregierung steht unmittelbar im Zusammenhang mit der Rolle der DM als internationaler Anlagewährung. Auf der Ebene der Vermögensmärkte besteht zwischen Dollar und DM ein weitaus engeres Substitutionsverhältnis als zwischen der DM und den anderen europäischen Währungen; bei den Handelsverflechtungen ist die Bundesrepublik dagegen eindeutig in die EG integriert. Nach anfangs - in den siebziger Jahren - zögernder Übernahme der Rolle der DM als eine der führenden Weltreservewährungen wurde diese Rolle in den achtziger Jahren eher aktiv übernommen - sicherlich nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen und politischen Dominanz, die eine solche Funktion ermöglicht. Die Strategie des Erhalts oder gar Ausbaus der dominanten Stellung der DM im EWS und auch weltweit ist nur bei unreguliertem Kapitalverkehr denkbar. Es verwundert deshalb nicht, daß die Bundesbank zum Advokaten unregulierter internationaler Kapitalmärkte sowohl innerhalb des EWS, Europas als auch weltweit wird.[26]

---

in Europa. Wir unterstützen daher voll und ganz die Bestrebungen der Kommission, einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen, dessen wesentlicher Bestandteil auch ein Binnenmarkt für Geld und Kapital sein muß. Von einer Liberalisierung des Geld- und Kapitalverkehrs ging ein wirksamer Zwang zu mehr Konvergenz auf anderen Politikfeldern aus" (Pöhl 1988, S. 105f.). In aller Offenheit äußert dies auch Gleske 1988, S. 3, ebenfalls in einer Führungsposition bei der Bundesbank: "Das Problem der Dominanz der D-Mark im EWS, das für manche unserer Partner und insbesondere für Frankreich auch ein politisch-psychologisches Problem ist, sollte jedenfalls nicht dadurch gelöst werden, daß die Bundesrepublik auf einen Weg gebracht wird, der ihre innere Preisstabilität gefährdet. Das läge nicht in unserem Interesse, aber ebensowenig läge es im Interesse der Gemeinschaft. Die Lösung dieses Problems kann nur darin liegen, daß in der Gemeinschaft ein hinreichend großer Kern von Ländern ein hohes Maß an innerer Stabilität erreicht. Je größer dieser Kern, der bisher im wesentlichen von der Bundesrepublik und den Niederlanden gebildet wurde, um so stärkere positive Wirkungen gehen von ihm auf die übrigen Länder aus. Die Entwicklung in der EG in den letzten Jahren kann hierfür durchaus als beispielhaft gelten. Bei freiem Kapitalverkehr ist der disziplinierende Einfluß, der von einem solchen Kern ausgeht, besonders wirksam." Auch die Bundesregierung vertritt zumindest in weiten Teil diese Position (vgl. Tietmeyer 1988, S. 348).

[26] Die EG-Kommission hat im Rahmen der Deregulierung der Kapitalmärkte innerhalb der EG bestimmte Schutzmaßnahmen zur Kontrolle des kurzfristigen Kapitalverkehrs vorgeschlagen. Dagegen polemisiert die Bundesbank: "Überdies würden die mit einem freien Kapitalverkehr auch angestrebten Zwänge zu einer in allen Ländern auf Stabilität ausgerichteten Politik geschwächt, wenn die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen allzu leicht gemacht würde. Gleiches wäre im Falle noch großzügigerer gemeinschaftlicher Kreditmöglichkeiten zu befürchten. Ein erleichteter Zugang zu Ausweichklauseln wäre im übrigen noch kritischer zu beurteilen, wenn hieraus in schwierigen Situationen

In der Tat würde die gänzliche Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb des EWS den Anpassungsdruck auf die Schwachwährungsländer empfindlich erhöhen und eine nahezu vollkommene Anpassung an die Stabilitätsdoktrin der Bundesbank erzwingen. Die EG würde zur Stabilitätsfestung mit weltwirtschaftlich unterdurchschnittlichem Wachstum, überdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit und stabilstem Preisniveau. Das EWS und einige angrenzende Länder würden im Ergebnis auf die bundesrepublikanische Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung getrimmt.
Ist eine solche Strategie schon für die Bundesrepublik allein als mittlerem Land weltwirtschaftlich blockierend, so müßte diese Wirkung bei einem derartigen Wirtschaftsraum noch entscheidend verschärft werden. Versucht die EG über stabile Preise einen Handelsmerkantilismus wie die Bundesrepublik zu initiieren und folgt der pazifische Raum, was wahrscheinlich ist, der gleichen Strategie, so verbleiben mangels der Unmöglichkeit einer erneuten Verschuldungswelle der Dritten Welt nur die USA, um die Leistungsbilanzüberschüsse aufzunehmen. Daß dies keine stabile weltwirtschaftliche Konstellation ist und die USA früher oder später durch eigene Entscheidung oder durch ökonomischen Zwang - etwa weil sie sich nicht mehr in Dollar verschulden können oder der private Kapitalimport in die USA gänzlich versiegt - ihre Leistungsbilanzdefizite abbauen müssen, versteht sich fast schon von selbst. Für die interne Entwicklung der Bundesrepublik, der EG und der Weltwirtschaft ist die Strategie der Bundesrepublik insgesamt als fatal anzusehen, da sie die Gefahr einer weltweiten Depression erhöht. Insgesamt erscheint es als unwahrscheinlich, daß unter den gegenwärtigen politischen Mehrheitsverhältnissen eine Aufgabe der Machtposition der Bundesrepublik ohne starken wirtschaftlichen und politischen Druck akzeptiert wird. Allerdings dürfte eine Verweigerung der Bundesrepublik gegenüber institutionellen Reformen das Gesamtbestehen des EWS zunehmend gefährden, da das ursprüngliche gemeinsame Interesse der EWS-Länder aufgrund der Funktion der Bun-

---

hauptsächlich oder ausschließlich eine Beschränkung des Kapitalverkehrs mit Drittländern resultieren soll. Ein solches Vorgehen würde einen auf Beschränkungen gerichteten Gleichschritt aller Gemeinschaftsländer verlangen, der für die Bundesrepublik nicht akzeptabel wäre: denn ein weltweit freier Kapitalverkehr ist ein notwendiges Pendant zu der intensiven Verflechtung der Bundesrepublik im Welthandel. All dies macht deutlich, daß die Herstellung vollständiger Freiheit im Kapitalverkehr der Gemeinschaft ohne zusätzliche Regelungen und Zahlungsbilanzhilfen auskommen sollte" (Deutsche Bundesbank 1987, S. 73).

desrepublik als Stabilitätsanker reduziert ist und harte Konflikte über die wirtschaftspolitische Strategie der Gemeinschaft ins Haus stehen. Die Entwicklung ist also durchaus offen.

4.3. Demokratische Optionen für die Währungsintegration der EG

Wenn über die wünschbaren Perspektiven eines europäischen Währungssystems gesprochen werden soll, so gibt es dabei nach unserer Ansicht zwei Optionen.

(1) Es soll angestrebt werden, daß sich Geld- und Fiskalpolitik, Steuerpolitik, Arbeits- und Sozialpolitik, Umweltpolitik etc. innerhalb Europas tendenziell angleichen und darüber auf europäischer Ebene demokratisch entschieden wird. Dieser Weg würde weitgehende Sonderentwicklungen in einzelnen Teilen Europas aussschließen und politisch zu einem Modell eines "Vereinigten Europas" - etwa nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika - führen. Daß auch in einem solchen Rahmen beachtliche Unterschiede der sozialen Lebensverhältnisse regional existieren können, zeigt sich wiederum beispielhaft an den USA. Gleichwohl müssten dann alle makroökonomisch relevanten Entscheidungen auf EG-Ebene getroffen werden. Diese Option impliziert zwingend die Etablierung einer gemeinsamen Zentralbank, die ein einheitliches Geld als gesetzliches Zahlungsmittel ausgibt und die nationalen Währungen beseitigt. Eine Währungsunion mit absolut unveränderlichen Wechselkursen läuft auf das gleiche Modell hinaus und wäre nur als Vorstufe einer europäischen Währung anzusehen. Auch die sofortige Einführung der ECU als gesetzliches Zahlungsmittel neben den verschiedenen nationalen Währungen hat eine einheitliche europäische Währung zum Ziel.

(2) Die zweite Option impliziert die Aufrechterhaltung größerer wirtschaftspolitischer Vielfalt der einzelnen europäischen Staaten und bedarf keines vereinheitlichten Staates. Vielmehr können wichtige Kompetenzen der Fiskalpolitik, der Steuerpolitik etc. auf der Ebene der bisherigen Staaten belassen werden, und auch spezifische nationale Charakteristika der Lohnfindung, der Sozialpolitik etc. brauchen sich nicht, wie bei der ersten Option, auf EG-Ebene weitgehend anzupassen. In diesem Modell müssen nur einige wenige - wenngleich makroökonomisch zentrale - Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Bei der zweiten Option taucht sofort die Kritik auf, warum denn überhaupt auf europäischer Ebene Institutionalisierungen nötig

sind. Warum sollen nicht die einzelnen Staaten jeweils ihre eigenen Ziele verfolgen und die ökonomischen Außenbeziehungen über den Markt regeln lassen?[27] Die Marktlösung ist nach unserer Auffassung unaktzeptabel, da über sie fundamentale Dominanzstrukturen auch innerhalb Europas aufgebaut werden und die ökonomischen Spielräume einzelner Staaten völlig beseitigt werden können. So wäre in keiner Weise auszuschließen, daß nicht eine größere europäische Nation mit restriktiver Wirtschaftspolitik und geeigneten binnenwirtschaftlichen Strukturen für eine Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung (vgl. Kap. 1, Exkurs 2) - wie bislang die Bundesrepublik - die gesamte EG ökonomisch und damit teilweise auch politisch beherrschen würde. Massive Einschränkungen der nationalen Autonomie könnten sich marktmäßig auch über außereuropäische Prozesse ergeben, etwa wenn die USA erneut den Dollar als Weltgeld verteidigen. Dazu kommt, daß flexible Wechselkurse an sich eine Quelle der Instabilität sind (vgl. Kap. 1, Exkurs 6), die es auszuschalten gilt. Schließlich impliziert die zweite Option - wie die erste allerdings auch - , daß ein Beitrag zur Restrukturierung der Weltwirtschaftsordnung geleistet wird, während der ökonomische Kampf aller Nationen gegen alle gerade nicht den Weg in diese Richtung ebnen würde.

Gegenwärtig erscheint es auch als möglich, daß die EG sich in die Richtung entwickelt, daß ein weitgehender wirtschaftlicher Binnenmarkt - insbesondere offene Kapitalmärkte - bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politisch-staatlichen Strukturen realisiert wird. Dies würde darauf hinauslaufen, daß es praktisch keine demokratisch-parlamentarische Wirtschaftspolitik der meisten einzelnen Staaten mehr gäbe und das am restriktivsten agierende (größere) Land innerhalb Europas über die Herrschaft des Kapitalverkehrs die Gesamtentwicklung steuern würde. Dazu käme eine überstaatliche europäische Bürokratie, die allerdings mehr oder weniger als Sachverwalter der dann existierenden ökonomischen Zwänge agieren müßte. Eine solche Perspektive bietet die derzeitige Strategie der Bundesrepublik, die sich aufgrund ihrer bisher schon restriktivsten ökonomischen Ausrichtung innerhalb Europas eine noch verstärkte Dominanz bei unreguliertem Kapitalverkehr und unveränder-

---

[27] Diese Position vertritt beispielsweise die britische Administration, die die Institutionalisierungen des EWS als unnötig hält und nur eine Währungsunion mit absolut unveränderlichen Kursen oder flexible Wechselkurse für ökonomisch sinnvoll erachtet, wobei das erstere Modell aus politischen Gründen als unakzeptabel betrachtet wird (vgl. Minford 1988).

tem EWS ausrechnen kann (vgl. Kap. 4.2. und den Anhang am Ende dieses Kapitels). Gegenüber einer solchen Perspektive wäre es vorzuziehen, für einen europäischen Bundesstaat einzutreten, um überhaupt politische Handlungsmöglichkeiten wiederherzustellen.
Auch wenn sich mittlerweile weitreichende Wirtschaftsverflechtungen innerhalb Europas entwickelt haben (vgl. Kap. 4.1.), erscheint uns die Option eines vereinheitlichten EG-Staates sowohl von ihren Konsequenzen als auch von ihrer Realisierbarkeit her in absehbarer Zeit jedoch übereilt. Mag es zwar für fernere Zukunft erstrebenswert sein, einen derartigen Bundesstaat zu etablieren, so ist es derzeit gleichwohl sinnvoll, wichtige nationale Kompetenzen aufrechtzuerhalten - nicht zuletzt, um die Möglichkeit weitergehender Alleingänge in der Ökologiepolitik, Sozialpolitik etc. in einzelnen Ländern zu erhalten bzw. zu schaffen. Auch scheint es mehr als illusorisch, daß europäische Staaten derzeit ihre Souveränität in weiten Bereichen aufgeben werden. Insgesamt kann es nach unserer Ansicht nur um die Entwicklung eines Währungssystems gehen, das die derzeitigen Nationalstaaten erhält und einen möglichst großen Spielraum auch auf ökonomischem Gebiet bei diesen beläßt.
Bei der Diskussion über ein anzustrebendes Währungssystem muß entschieden werden, welche Kombination von Festigkeit der Wechselkurse - eine Währungsunion mit absolut unveränderlichen Kursen oder ein Bundesstaat erscheint uns in absehbarer Zeit sowieso nicht erreichbar - , Abstimmung der Staaten in der Geldpolitik, Abstimmung in der Fiskalpolitik, Spielräume der Einkommenspolitik[28] und Reguliertheit des Kapitalverkehrs angestrebt wird. Diese makroökonomischen Grundvariablen stehen in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis. So lassen sich völlig unregulierter Kapitalverkehr und Spielräume in der Einkommens-, Geld- und Fiskalpolitik bei festen Wechselkursen nicht verbinden. Erschwerend kommt hinzu, daß bestimmte makroökonomische Grundvariablen sehr schwer und gegebenenfalls nur unter hohen Kosten von nationalen makroökonomischen Instanzen gesteuert werden können. Vor allem beim Einsatz dieser Variablen zur Erhaltung außenwirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und zur Verhinderung kumulativer destabilisierender

[28] Unter Einkommenspolitik wird hier die gesamtwirtschaftlich relevante Beeinflussung der Preisniveauentwicklung durch die Veränderung der Geldeinkommen verstanden. Da neben Geldeinkommen mittelfristig vor allem die Produktivitätsentwicklungen das Preisniveau mitbestimmen - von Auf- und Abwertungen der Währung sei hier abgesehen - , muß somit zur Ansteuerung einer bestimmten Preisänderungsrate über Tarif- und Einkommenspolitik die Produktivitätsentwicklung immer mitberücksichtigt werden.

Effekte zeigt sich, daß sie nicht als beliebig verfügbare makroökonomische Steuerungsinstrumente eingesetzt werden können.
Die Einkommenspolitik ist das "sperrigste" Instrument, da Produktivitätsentwicklungen und Geldlohnerhöhungen von spezifischen nationalen Charakteristika des Arbeitsmarktes und der Gesamtökonomie abhängen, die sich unmittelbarer und insbesondere kurzfristiger Steuerbarkeit entziehen. Gegebenenfalls können Geldlohnerhöhungen nur über die Erzeugung von Erwerbslosigkeit reduziert werden, was allerdings auch dann in aller Regel ein mittelfristiger Prozeß ist. Die siebziger und achtziger Jahre geben hier reichlich Anschauungsmaterial.
Auch die Fiskalpolitik kann nicht umstandslos als in ihrer Wirkung effektiv angesehen werden. Einerseits ist sie ein eher träges Instrument, da fiskalpolitische Entscheidungen politische Willensbildungsmechanismen durchlaufen müssen, andererseits können fiskalische Operationen in ihrer Wirkung durch makroökonomische Kreislaufzusammenhänge neutralisiert werden, etwa beim Anstieg des Budgetdefizits als Folge reduzierten Wachstums aufgrund restriktiver Fiskalpolitik.
Bleiben Kapitalverkehrsregulierungen und Geldpolitik. Erstere, besonders wenn sie langfristig und intensiv angewandt werden müssen, bewirken gesellschaftliche Kosten in der Form von Kontrollaufwand und provozieren vielfältige Umgehungsmechanismen. Besonders bei ökonomisch intern stark integrierten Wirtschaftsräumen wird dies so sein, während das Problem zwischen Gebieten mit geringerer ökonomischer Verflechtung an Schärfe verliert. Verbleibt als schnell einsetzbares und (in restriktiver Richtung) effizient wirkendes Instrument die Geldpolitik. In der Tat wurde (oder mußte) in allen Ländern, die aufgrund interner Inflationsproblematiken, mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Gefahr von Kapitalflucht in währungsmäßige Instabilitäten gerieten, die Geldpolitik als absicherndes Instrument wiederholt eingesetzt werden.
Nach unserer Ansicht kann eine realistische Alternative für ein europäisches Währungssystem nur die Aufrechterhaltung einer Stufenflexibilität der Wechselkurse beinhalten, die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EG nur temporär erlaubt. Angesichts der Unterschiedlichkeit und "Sperrigkeit" der Einkommenspolitik in den verschiedenen europäischen Ländern bleibt faktisch auch kaum eine andere Lösung, es sei denn, enorme ökonomische und soziale Kosten sollen in Kauf genommen werden. Auch spezifische Kapitalverkehrsregulierungen sollten - wie bisher - als legi-

time makroökonomische Instrumente staatlicher Souveränität erhalten bleiben. Stufenflexibilität und Kapitalverkehrsregulierungen senken den Koordinierungsgrad der nationalen Makroökonomien, so daß vor allem bei der Einkommens-, Sozial- und auch Fiskalpolitik beträchtliche nationale Spielräume bestehen bleiben.
Welche Mischung von Stufenflexibilität der Wechselkurse, Kapitalregulierungen und Koordination von Fiskal-, Geld- und Einkommenspolitik zur Funktionserhaltung eines EG-Wirtschaftsraumes unter den Prämissen demokratischer Gestaltung und dem Erhalt nationaler Spielräume nötig ist, läßt sich ex ante schwer bestimmen. Dies ist jedoch auch gar nicht zwingend nötig, sondern kann sich in der praktischen Erfahrung herausstellen. Wichtig erscheint allein, daß als derzeit anzusteuerndes Ziel kein starres Wechselkursgefüge mit völlig freiem Kapitalverkehr und damit uneingeschränkter Dominanz der am restriktivsten agierenden und die besten internen Bedingungen für stabilitätsorientierte Unterbewertung besitzende europäischen Nation entsteht.
Das von uns präferierte Währungssystem sieht wirtschaftspolitische demokratische Entscheidungen auf der Gesamtebene vor, die diskretionär auf spezifische ökonomische Konstellationen reagieren, wobei auch administrative Maßnahmen wie Kapitalverkehrsregulierungen ihren Stellenwert finden. Diese Vorstellung kann sicherlich als unklares "muddling through" mit hohen Ineffizienzen und Reibungsverlusten diffamiert werden. Jedoch präferieren wir gleichwohl diese Option, da andere Optionen noch weitaus höhere Ineffizienzen und teilweise untragbare Kosten implizieren würden. Die Probleme der "klaren" Optionen können kurz am Szenario eines kurzfristig etablierten Bundesstaates oder eines Systems unveränderlicher Wechselkurse und freien Kapitalverkehrs - beides läuft ökonomisch auf ein sehr ähnliches Modell hinaus - verdeutlicht werden. In einem solchen Szenario würden Staaten, die dann zu Regionen eines europäischen Binnenmarktes herabsinken würden, in unmittelbare und durch keinen Wechselkurs gefilterte Konkurrenz mit anderen Staaten treten. Gibt es innerhalb der bisherigen Nationalstaaten gewisse gemeinsame Institutionalisierungen und Strukturen, die eine gewisse Parallelität von Lohnentwicklung, Produktivitätserhöhungen, Sozialabgaben etc. garantieren, so ist zwischen den europäischen Staaten keine vergleichbare Vereinheitlichung vorhanden. Die institutionellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesamtökonomie sind in den südeuropäischen Staaten meist so, daß diese nicht nur höhere Geldlohnerhöhungen aufweisen, sondern

gleichzeitig auch die Produktivitätsentwicklung geringer ist als etwa in der Bundesrepublik oder den Niederlanden.[29] Diese Staaten würden in einen ungeheuren Druck geraten, da ihre internen nationalen Bedingungen innerhalb Europas zwangsläufig wettbewerbsunfähig würden und der Wechselkurs nicht als Filter zwischen den Staaten fungieren könnte. Die Folge wäre in der Tat ein ökonomischer Verfall ganzer Nationen, denen nur übrig bliebe, die Institutionalisierungen der wettbewerbsstarken Ökonomien zu übernehmen oder zu Regionen ökonomischer Stagnation zu werden. Eine solche "competition among rules", also der Konkurrenz zwischen nationalen Institutionalisierungen (von Tarifvertragswesen über Sozialstaat bis hin zu ökologischen Regulierungen) wird nun sicherlich nicht automatisch die gesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen (vgl. Giersch 1987), sondern dürfte zu einer Anpassung solcher Regulierungen nach "unten" führen.

Daß ökonomisch erzwungene Prozesse grundlegender institutioneller Umwälzungen nur mit großen Friktionen, ökonomischen Verlusten und entgegen demokratischen Spielregeln verlaufen können, versteht sich fast schon von selbst. Auch eine wohlwollende demokratisch legitimierte gemeinsame politische Instanz wäre kaum in der Lage, die oben angedeuteten Prozesse sinnvoll zu steuern. Selbst riesige Strukturhilfefonds und ähnliches dürften sich gegen die ökonomischen Gesetzmäßigkeites eines einheitlichen Währungsraumes kaum durchsetzen können. Eine gemeinsame Regierung könnte zwar Mindeststandards für Institutionalisierungen etablieren, jedoch liegt das Charakteristikum vieler nationalspezifischer Institutionalisierungen gerade darin, daß sie nicht schlicht über neue Gesetze veränderbar sind (vgl. Schmid, Deutschmann, Grabher 1988) - etwa das Verhalten der Tarifpartner. Aber auch solche gemeinsamen Mindeststandards würden massiven Anpassungsdruck in verschiedenen Staaten mit den entsprechenden Konsequenzen nicht verhindern. Am negativsten wäre allerdings, wie oben schon betont, ein einheitlicher europäischer Währungsraum ohne gesamteuropäische Reformen - etwa ein unverändertes EWS mit quasi festen Wechselkursen und völlig unreguliertem Kapitalverkehr.

4.4. Das Modell eines reformierten europäischen Währungssystems

[29] Selbstverständlich können südliche Staaten bei kapitalfreundlichen Institutionalisierungen Erfolge verbuchen. Derzeit scheint Spanien diesem ökonomischen Erfolgskonzept zu folgen.

Die von uns präferierte Grundsatzentscheidung der - zumindest in absehbarer Zeit - Beibehaltung möglichst vieler nationaler Kompetenzen hat weitgehende Konsequenzen für das anzustrebende europäische Währungssystem. Folgend sollen die Grundprinzipien der Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems mit dem Ziel der Erhaltung nationaler Kompetenzen sowie der demokratischen Steuerung solcher Bereiche, die unabdingbar auf europäischer Ebene zu entscheiden sind, dargestellt werden. Ein solches System umfaßt folgende Prinzipien, die im Zusammenhang zu sehen sind:

- Politische Steuerung der gemeinsamen Währungspolitik
- Etablierung eines Europäischen Währungsfonds
- Erhalt der Stufenflexibilität der Wechselkurse
- Koordinierung der Geldpolitik und symmetrischer Anpassungsdruck für Überschuß- und Defizitländer
- gemeinsames Außenmanagement des europäischen Währungssystems
- keine privat verfügbare gemeinsame Währung
- kein völlig integrierter gemeinsamer Kapitalmarkt

Die folgend teilweise konkret vorgeschlagenen Institutionalisierungen haben exemplarischen Charakter und sollten auch so verstanden werden. Stellenweise werden auch oben schon angesprochene theoretische Probleme vertieft.

4.4.1. Politische Steuerung der gemeinsamen Währungspolitik

Das existierende EWS hat den entscheidenden Mangel, daß die restriktive Wirtschaftspolitik eines großen europäischen Landes zum Maßstab des gesamten EWS wird und dieses die Wirtschaftspolitik des Systems steuert. Dadurch kann das EWS gegen den Willen der Mehrheit der Staaten in einen "Deflations-Club" verwandelt werden; nämlich immer dann, wenn eines der größeren Länder im EWS, aus welchen Gründen auch immer, eine Leidenschaft für absolute Preisstabilität oder geringes Wachstum entdeckt. Bisher übernahm die Bundesrepublik diese Rolle des Bremsers. Bei einer Umorientierung der bundesrepublikanischen Politik könnten auch andere Länder diese Rolle einnehmen. Um solche Dominanzverhältnisse aufzubrechen, ist es notwendig, daß die Entscheidungen zur gemeinsamen Währungspolitik nicht in weiten Bereichen faktisch einem Land überlassen, sondern demokratisiert werden. Zu diesem Zweck ist ein Gremium zu schaffen, in dem währungspolitische Entscheidungen, die auf Gesamtebene gefällt werden müssen, demokratisch zustandekom-

men. Ein solcher Europäischer Währungsrat könnte sich aus den Zentralbankpräsidenten plus den Finanzministern der teilnehmenden Länder zusammensetzen (vgl. Padoa-Schioppa 1988, S. 75 f.). Er würde zum Machtzentrum der gemeinsamen Währungspolitik werden, wobei dies zwingend Kompetenzverluste der nationalen Zentralbanken auf diesem Gebiet impliziert. Entscheidungen sollten mit einfacher Mehrheit gefaßt werden, wobei die Stimmanteile der verschiedenen Länder entsprechend ihrer Bevölkerungszahl gewichtet sein könnten. Denkbar ist auch eine Gewichtung entsprechend der Wirtschaftskraft - als Maß könnte das Sozialprodukt dienen - , wobei sich im Vergleich zur Bevölkerungszahl dadurch nichts Grundsätzliches ändern würde. Das Gremium hätte im wesentlichen über die Veränderung der Wechselkurse innerhalb des Systems und über Grundsatzentscheidungen zum Währungsmanagement des gesamten Währungsblocks gegenüber der Außenwelt zu entscheiden. Für die konkrete Ausgestaltung der nationalen Geldpolitiken, der Fiskalpolitiken etc. der einzelnen Länder sollte dieses Gremium keine Kompetenzen besitzen.

4.4.2. Etablierung eines Europäischen Währungsfonds

Der bisher existierende Europäische Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit führt ein Schattendasein und ist nicht mehr als eine Clearingstelle zwischen den Zentralbanken. Dieser Fonds sollte zu einer eigenständigen Organisation ausgebaut werden, wobei alle drei bisher existierenden Kreditquellen (vgl. den Anhang zu diesem Kapitel) zur Überbrückung von Zahlungsbilanzproblemen zusammenzufassen wären. Die Verwaltung des Fonds könnte durch vom Europäischen Währungsrat benannte Direktoren erfolgen, die die täglichen Geschäfte wahrnehmen; allerdings sollten die grundsätzlichen Entscheidungen beim Währungsrat verbleiben. Der Währungsfonds hätte zwei große Aufgaben zu erfüllen: die Übernahme und Organisation der inneren Kreditmechanismen zur Verteidigung der Wechselkurse und das externe Währungsmanagement des europäischen Währungsblocks (vgl. weiter unten).[30]
Zur Erreichung dieser Ziele muß die Funktion der ECU als Verrechnungsmittel zwischen den Zentralbanken gestärkt werden. Dies ist nur möglich, wenn ein Großteil der nationalen Währungsreserven dem

[30] Der Fonds sollte auf keinen Fall zur Budgetfinanzierung von EG-Haushalten dienen, wie dies auf nationaler Ebene seitens Zentralbanken manchmal praktiziert wird. Eine solche Regelung bietet sich schon deshalb an, weil die Fiskalpolitik in nationaler Souveränität bleiben soll.

Währungsfonds übergeben wird - und nicht nur geliehen, wie heute - und den nationalen Zentralbanken dafür ECU-Guthaben gutgeschrieben werden. Perspektivisch sollten alle nationalen Währungsreserven auf den Fonds übergehen. Die ECU könnte in ihrer bisherigen Form als Korbwährung bestehen bleiben.

4.4.3. Erhalt der Stufenflexibilität der Wechselkurse

Ein Kernpunkt des Systems müßte die Beibehaltung der Stufenflexibilität der Wechselkurse sein. Da dieses Element des vorgeschlagenen Wechselkurssystems zentral ist, seien dazu einige Erläuterungen erlaubt.
Das existierende EWS braucht in bezug auf Stufenflexibilität, Leitkurse und Bandbreiten, die das maximale Abweichen der Wechselkurse vom Leitkurs definieren, nicht verändert zu werden. Die Anpassung der Wechselkurse sollte das hauptsächliche Schutzinstrument währungsmäßig schwächerer Länder aufgrund höherer Wachstumsraten und/oder ungünstigeren Kostenentwicklungen gegenüber währungsmäßig stärkeren Ländern sein. Wechselkursanpassungen sind auch als "Drohinstrument" gegenüber Ländern mit relativ restriktiver Wirtschaftspolitik zu verstehen. Das Grundprinzip des Wechselkursmechanismus sollte darin bestehen, daß größere Leistungsbilanzungleichgewichte - beispielsweise Überschüsse oder Defizite der Leistungsbilanz von mehr als einem Prozent des Sozialproduktes - mittelfristig durch Wechselkursanpassungen eliminiert werden müssen, was zur bindenden Regel für den Europäischen Währungsrat erhoben werden sollte. "Mittelfristige" Anpassung impliziert in diesem Zusammenhang, daß selbst größere Leistungsbilanzungleichgewichte, sofern sie auf konjunkturelle Nicht-Synchronisation zwischen den Ländern beruhen, nicht zu Wechselkursanpassungen führen müssen, da in diesem Fall ein Ausgleich in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Eine sofortige Anpassung der Wechselkurse sollte auch unterbleiben, weil dem abweichenden Land, also sowohl dem Überschuß- wie dem Defizitland, die Möglichkeit erhalten bleiben soll, über wirtschaftspolitische Instrumente bei unverändertem Wechselkurs eine Anpassung zu erreichen.
Warum die Anpassung primär über den Wechselkurs? In einem institutionalisierten Währungssystem läßt sich der mittelfristige Ausgleich der Leistungsbilanzsalden nur erzielen, wenn (1) bei unveränderlichen Wechselkursen die Wirtschaftspolitiken der beteiligten Staaten abgestimmt, also letztlich von einer höheren Instanz dik-

tiert werden, oder (2) die Wechselkurse angepaßt werden. Dies war genau eine Kontroverse zwischen Keynes und White bei der Institutionalisierung des Systems von Bretton Woods, bei der sich institutionell White, doch ironischerweise bei der konkreten Handhabung des Systems durch die USA Keynes in bezug auf die Starrheit der Wechselkurse durchsetzte (vgl. Kap. 1, Exkurs 1). White bevorzugte schnelle Wechselkursanpassungen bei Leistungsbilanzungleichgewichten, während Keynes solche eher nur in Ausnahmen vorsah und für wirtschaftspolitischen Gleichschritt der Länder plädierte. Wir vertreten in diesem Fall gewissermaßen eine mittlere Position, da zum Erhalt größerer nationaler fiskalischer, sozialer etc. Besonderheiten schon relativ schnell Wechselkursanpassungen erfolgen sollen, jedoch durch verschiedene "Druckinstrumente" durchaus auch ein wirtschaftspolitischer Impuls zum Gleichschritt bestehen bleiben soll.

Doch zurück zum Wechselkurs als Schutzinstrument. Regelmäßige Wechselkursanpassungen verhindern, daß Länder mit höheren Geldlohnerhöhungen und/oder geringeren Produktivitätsraten und/oder stärkerem realen Wirtschaftswachstum (wie im gegenwärtigen EWS und auch bei einem System völlig flexibler Wechselkurse) zu restriktiver Wirtschaftspolitik und folgender Erwerbslosigkeit getrieben werden. Bei unveränderbaren Wechselkursen würden Länder mit relativ hohen Lohnstückkosten und/oder hohem realen Wachstum permanent in Zahlungsbilanzprobleme geraten. Zur Lösung einer solchen Situation gibt es zwei Möglichkeiten. Erstens betreibt das Land mit den höheren Lohnstückkosten so lange Austeritätspolitik, bis die Importe hinreichend abnehmen und/oder die Geldlohnerhöhungen aufgrund von Erwerbslosigkeit abgenommen haben. Zweitens kann das Überschußland zur Expansion gezwungen werden, bis dessen Importe und/oder dessen Inflationsrate hinreichend angestiegen sind. Beides erscheint mittelfristig unattraktiv, da im ersten Fall spezifische nationale Bedingungen den Weltmarktzwängen geopfert werden müssen, während im zweiten Fall das Währungssystem zu einem Inflationsverbund ausarten kann - derzeit ist eine solche Gefahr allerdings gering. Die Anpassung der Wechselkurse erscheint als die eindeutig bessere Lösung. Dies impliziert auch, daß Länder mit eskalierenden Inflationsproblemen ihre Außenwirtschaftsprobleme nicht durch Inflationierung des Gesamtsystems - dieses Privileg hatten die USA potentiell im System von Bretton Woods - lösen können. Allerdings werden sie auch nicht den harten und sofortigen Anpassungsmechanismen unveränderlicher Wechselkurse ausgesetzt.

Auf der anderen Seite ist kein Land in der Lage, als "Stabilitätsanker" das Gesamtsystem zu dominieren und restriktive Wirtschaftspolitik auf das Gesamtsystem zu übertragen.
Das Modell einer Stufenflexibilität erlaubt eine unterschiedliche fiskalpolitische Ausrichtung der am Wechselkurssystem beteiligten Länder. Länder mit stärkerem Wachstum können sich durch periodische Abwertungen vor den Versickerungseffekten ihrer expansiven Politik schützen. Auch steht es Ländern frei, über Umweltpolitik die Kostenstruktur binnenwirtschaftlich (selbst dramatisch) zu verändern. Dadurch eventuell entstehende Kostenschübe oder Produktivitätsminderungen könnten durch eine einmalige Wechselkursanpassung abgesichert werden.
Der institutionalisierte Zwang zur Aufwertung bei Leistungsbilanzüberschüssen verhindert den Export von Erwerbslosigkeit und blockiert damit handelsmerkantilistische Strategien. Ist die Möglichkeit des Handelsmerkantilismus durch erzwungene Aufwertungen zerstört, so ist dies als ein durchaus hartes Druckmittel für die betroffene Nation anzusehen, da sie die Kosten ihrer Stabilitätspolitik nun in bezug auf Beschäftigungseffekte alleine tragen muß. Besteht bei ihr die binnenwirtschaftliche Möglichkeit der Stimulation der Ökonomie, so ist es wahrscheinlicher, daß eine expansivere Politik eingeschlagen wird, da merkantilistische Beschäftigungseffekte unmöglich sind.[31] Wichtig ist an dem Wechselkursmechanismus, daß er auch ein Land mit hoher Präferenz für absolute Preisstabilität integrieren kann, doch ist es dann allein das Problem eben dieses Landes und nicht aller Länder.[32]

---

[31] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die CEPS Policy Group 1987, da sie für Europa deutliche Spielräume für expansive Fiskalpolitik sieht und vor allem Überschußländer zu stimulierenden Politiken auffordert. Falls die Bundesrepublik nicht mitzieht, würde, so die Position, die Aufwertung der DM die Bundesrepublik unter Druck setzen. Allerdings vertrauen die Autoren dabei allein auf Marktprozesse.

[32] Es mag besonders den in Realkategorien Denkenden erscheinen, daß dem Wechselkurs hier eine Aufgabe aufgebürdet wird, die er schwerlich erfüllen kann. Doch sollte beachtet werden, daß im Handel zwischen Industrienationen - also Nationen auf etwa gleichem technologischen Stand - Preiseffekte hinreichend starke Mengenreaktionen auslösen, um auf die Leistungsbilanzen einzuwirken. Die siebziger und achtziger Jahre geben dafür überreichliches Anschauungsmaterial. Im Rahmen sog. J-Kurven-Effekte sind kurzfristig "perverse" Reaktionen der Leistungsbilanz möglich, da beispielsweise bei Aufwertungen trotz beginnender Anpassung des realen Handelsvolumens der Leistungsbilanzsaldo nominell noch temporär anwachsen kann. Zur Überbrückung solcher kurzfristiger Effekte, die im Bereich von maximal zwei Jahren liegen, ist für ausreichende kurzfristige Finanzierungsmittel zu

Sicherlich kann in einem inflationären Klima die Abwertung für ein Land mit Leistungsbilanzdefiziten zusätzliche Probleme erzeugen, jedoch liegt die Problematik dann nicht in der Abwertung an sich, sondern in den binnenwirtschaftlichen Bedingungen des Landes, die die Inflation zum Problem werden lassen. Üblicherweise scheitern solche Länder an einer Abwertungs-Inflations-Spirale, die durch Kapitalflucht dann eine entscheidende Verstärkung erfährt. Da eskalierende Inflationen die Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft zerstören, kann kein Währungssystem solche Länder vor der Bekämpfung ihrer internen Inflationsursachen beschützen. Allerdings verstärkt ein unregulierter Kapitalverkehr die Problematik einer Abwertungs-Inflations-Spirale entscheidend, so daß die Regulierung des Kapitalverkehrs als legitimes Mittel zur Reduzierung des Anpassungsdrucks angesehen werden muß. Darum geht es im Kern bei dem hier vorgeschlagenen System auch gar nicht. Vielmehr soll verhindert werden, daß bei keiner oder vernachlässigbarer Inflation - beispielsweise die Situation der letzten Jahre - ein restriktiv und merkantilistisch agierendes Land andere Länder zu restriktiver Politik zwingen kann, obwohl dies aus deren binnenwirtschaftlichen Konstellationen heraus nicht notwendig ist. Solche Situationen sind für die in ihrer Wirtschaftspolitik abhängigen Staaten dysfunktional und für die internationale Ökonomie potentiell destabilisierend.[33]

4.4.4. Koordinierung der Geldpolitik und symmetrischer Anpassungsdruck für Überschuß- und Defizitländer

Auch bei Stufenflexibilität der Wechselkurse ist davon auszugehen, daß eine völlig unterschiedliche Ausrichtung der Geldpolitik der am Währungssystem beteiligten Staaten zu extremen Belastungen des Systems führen würde. Es ist somit zumindest eine grobe Abstimmung der Zinspolitik der einzelnen Zentralbanken erforderlich. Abstimmung impliziert dabei keinesfalls eine tendenziell gleiche Zinsrate in allen Ländern, sondern bedeutet vielmehr, daß aufwertungsverdächtige Staaten eine relativ niedrige Zinsrate und abwertungsverdächtige Staaten eine relativ hohe Zinsrate aufweisen. Auch kann die Einführung einer Devisenumsatzsteuer die Interdependenz

---

sorgen (vgl. unten).

[33] In der Theorie öffentlicher Güter gesprochen: Es handelt sich um ein negatives internationales öffentliches Gut, das durch Institutionalisierungen auf überstaatlicher Ebene beseitigt werden soll.

zwischen den verschiedenen nationalen Zinssätzen lockern und damit den nationalen geldpolitischen Spielraum von Staaten erhöhen (vgl. Kap. 2.3. und 4.4.7.). Wichtig ist, daß zumindest kurzfristig ein symmetrischer Anpassungsdruck bei Defizit- und Überschußländern bei der Erreichung der Interventionspunkte der institutionalisierten Wechselkurse garantiert ist. Die gegenwärtigen Regelungen des EWS sind in bezug auf diesen Punkt zu modifizieren (siehe unten). Nach kurz- bis mittelfristig quasi institutionell über Interventionsmechanismen automatisch ablaufender Koordination der Geldpolitik sollte jedoch bei generellen Differenzen in der Geldpolitik der Wechselkursanpassungsmechanismus greifen.
Es ist zu hoffen, daß durch regelmäßige Konsultationen der verschiedenen Staaten in einem Europäischen Währungsrat und der Zwang, in öffentlicher Diskussion die eigene Geldpolitik (und auch Fiskalpolitik etc.) zu legitimieren, zu einem solchen nationalen und internationalen politischen Druck führt, daß starke Abweichungen der wirtschaftspolitischen Strategien der einzelnen Staaten die Ausnahme bleiben. Um den Koordinationsdruck zu verstärken, sollte der Europäische Währungsrat gezwungen werden, ökonomische Projektionen für das jeweils nächste Jahr auf Basis der einzelnen nationalen Politikpläne zu erstellen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die vermutlichen Effekte auf den Devisenmärkten gelenkt werden. Eine formelle, über Mehrheitsentscheidung festgelegte Geldpolitik auf der EWS-Ebene halten wir in absehbarer Zeit für zu früh, da dies die Souveränität einzelner Staaten wirtschaftspolitisch drastisch beschneiden würde. Eine solche Option wäre auch nur nötig, wenn die Wechselkurse bei unreguliertem Kapitalverkehr weitgehend starr sein sollen.
Folgend sind die Interventionsmechanismen eines reformierten EWS dargzustellen. Das generelle Ziel dieser Mechanismen ist es, kurz- und mittelfristig symmetrische Anpassungsprozesse von Defizit- und Überschußländern zu induzieren. Das institutionalisierte Interventionsvolumen sollte so groß sein, daß zumindest kurzfristig ein deutlicher Mechanismus zur Vereinheitlichung der Geldpolitik installiert wird. Auch sollten die Kreditbeziehungen zwischen den europäischen Zentralbanken so umfangreich sein, daß auch größere spekulative Kapitalumschichtungen, die den Wechselkurs von seinem Gleichgewichtswert wegbewegen, aufgefangen werden können. Im Zentrum der Kreditmechanismen sollte der Europäische Währungsfonds stehen.
Ohne sich in Details zu verlieren könnte der Kreditmechanismus

beim Europäischen Währungsfonds folgendermaßen aussehen: Anknüpfend an die Regelungen für Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds könnten den teilnehmenden Ländern ECU-Guthaben entsprechend einer bestimmten Quote auf ihrem Konto beim Fonds gutgeschrieben werden. Der Gesamtumfang dieser ECU-Guthaben, also auch deren etwaige Erhöhung oder Senkung, sollte vom Europäischen Währungsrat bestimmt werden. Die Quoten der einzelnen Länder könnten sich nach dem anteiligen Sozialprodukt richten. Dieser Vorschlag impliziert, daß bei der Gründung des Fonds die Guthaben in ECU aus den zugeteilten Quoten plus den eingebrachten nationalen Devisenguthaben bestehen.
Werden innerhalb des Währungssystems Interventionspunkte erreicht, muß das Land mit dem Abwertungsdruck sich beim Fonds Devisen des Landes mit dem Aufwertungsdruck besorgen. Das Land mit dem Aufwertungsdruck sollte - wie bisher - kurzfristig zu unbegrenzter Kreditvergabe gezwungen sein. Jede Intervention des Landes mit der schwachen Währung auf dem Devisenmarkt würde dessen Zentralbankgeldmenge reduzieren, während - über die Kreditvergabe - die Zentralbankgeldmenge des Landes mit der starken Währung ansteigen würde. Bei Marktinterventionen des Starkwährungslandes würde dieser Effekt ebenfalls auftreten, da jeder Kauf einer ausländischen Devise der Zentralbank die interne Geldmenge erhöht. Der Währungsfonds hätte zu überwachen, daß die auftretenden symmetrischen Liquiditätseffekte nicht neutralisiert werden. Das Hartwährungsland dürfte also die Geldmengenerhöhung über den Devisenmarkt nicht durch Geldmengenreduzierung bei anderen Geldentstehungskomponenten - etwa Offenmarktpolitik - ausgleichen, während das Schwachwährungsland die Reduzierung seiner Geldmenge nicht über andere Kanäle kompensieren dürfte.
Anknüpfend an die bisher im EWS existierenden Regelungen könnte vereinbart werden, daß eine solche in der Höhe unbegrenzte Kreditvergabe zeitlich begrenzt ist - beispielsweise maximal auf sechs Monate. Da es sinnvoll erscheint, daß nationale Zentralbanken keine Devisenreserven in nationalen Währungen besitzen und die gesamte Verrechnung zwischen Zentralbanken in ECU über den Europäischen Währungsfonds abläuft, sollten die Kredite des Schwachwährungslandes an den Fonds zurückbezahlt und dem Hartwährungsland dafür ein ECU-Guthaben eingeräumt werden. Auch die Devisen, die das Hartwährungsland bei seinen Interventionen erhält, sollten gegen ECU beim Währungsfonds eingezahlt werden mussen. Dieser Mechanismus hätte den Vorteil, daß die Liquiditätseffekte beim Stark-

wie beim Schwachwährungsland symmetrisch sind und auch nach der Rückzahlung durch die Schuldnerzentralbank nicht beseitigt werden. Diese Institutionalisierung hätte daneben den positiven Effekt, daß der Europäische Währungsfonds Devisen akkumuliert, die er in eigener Regie zur Stabilisierung der Wechselkurse einsetzen kann (beispielsweise anknüpfend an Vorstellungen des Hosomi-Fonds vgl. Kap. 5.2.2.3.). Solche Interventionen hätten den Vorteil, daß dabei keine Liquditätseffekte auftreten.
Eine weitere Verlängerung der Kredite über die sechs Monate hinaus sollte nur entsprechend der ECU-Quote des Landes automatisch erfolgen, wobei die Gesamtsumme der automatisch gegebenen Kredite zu addieren ist. Kredite über die ECU-Quote hinaus sollten nur nach der Entscheidung des Währungsrates darüber erfolgen, ob und inwieweit eine Wechselkursveränderung das Ungleichgewicht beseitigt oder andere Auflagen oder Instrumente anzusetzen sind. Wenn es zu Krediten über die Schuldnerquote hinaus kommt, ist dem Starkwährungsland ein Veto einzuräumen, falls solche Kredite expansive Liquiditätseffekte im Inland auslösen. Es wäre denkbar, daß beim Fonds verschiedene volumenmäßig begrenzte Töpfe für Zwecke der mittel- und längerfristigen Kreditvergabe eingerichtet werden.[34]
Leistungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse bei internen Transaktionen schlagen sich auf den Konten der Länder beim Europäischen Währungsfonds nieder, da alle derart erworbenen Devisen dem Fonds zu übergeben sind. Diese Regelung ist auch für Devisen anzuwenden, die im Leistungsverkehr außerhalb des EWS erzielt wurden. Erworbene Dollarforderungen der Bundesrepublik aufgrund eines Leistungsbilanzüberschusses sind beispielsweise ebenfalls gegen ECU-Guthaben an den Währungsfonds abzugeben. Dieser Mechanismus ist nötig, da der Währungsfonds das Außenmanagement des europäischen Währungsblocks übernehmen soll (s.u.).
Wie ist mit sich möglicherweise kumulierenden ECU-Verbindlichkeiten und Überschüssen einzelner Länder beim Währungsfonds umzugehen? Bei kumulativen Defiziten ist eine Kontrollinstanz eingebaut, da Kredite über der ECU-Quote eines Landes nur mit der Zustimmung des Währungsrates möglich sind. Bei den Überschüssen könnte man auf den Keynesschen Vorschlag zum Bretton-Woods-System zurückkommen. Er sah vor, daß sowohl auf Verbindlichkeiten als auch auf

[34] Sollte es als sinnvoll erachtet werden, daß ein Land an der Peripherie Europas für entwicklungspolitische Zwecke ein Ungleichgewicht der Leistungsbilanz erzielen soll, so könnten die entstehenden Kreditverflechtungen auch über den Europäischen Währungsfonds ablaufen.

Forderungen Zinsen zu zahlen wären (Keynes 1943). So könnten ECU-Guthaben und Verbindlichkeiten beispielsweise mit dem durchschnittlichen Diskontsatz innerhalb der EG verzinst werden, wobei bei Guthaben der Zinssatz als Strafzins fungiert. Auch die Streichung von Forderungen - etwa wenn sie ein Dreifaches der ECU-Quote erreicht haben - wäre als drastisches Instrument denkbar.

4.4.5. Gemeinsames Außenmanagement des europäischen Währungssystems

Ein entscheidendes Element eines in diesem Sinne reformierten europäischen Währungssystem sollte das alleinige Außenmanagement durch den Europäischen Währungsfonds sein. Zu diesem Zweck sind, wie oben schon ausgeführt, auch alle Reserven an Währungen außerhalb des Systems beim Währungsfonds zu konzentrieren. Da im Außenverhältnis keine juristisch fixierten Wechselkurse existieren, bleiben die Interventionen des Währungsfonds auf eine kontrollierte Bewegung der prinzipiell flexiblen Wechselkurse beschränkt. Soll eine Aufwertung des europäischen Währungssystems abgedämpft werden, so impliziert dies den Verkauf von europäischen Währungen, die sich der Währungsfonds in Ermangelung eigener Bestände bei den einzelnen Zentralbanken besorgen muß. Wie bei den internen Interventionen zwischen den Währungen des Europäischen Währungssystems sollte auch hier ein Vetorecht einzelner Zentralbanken bei internen Liquiditätseffekten ab einem bestimmten Volumen existieren, das analog zu den internen Beistandsverpflichtungen geregelt sein könnte. Bekämpfungen von Abwertungen der europäischen Währungen sind durch die außereuropäischen Devisenreserven beim Währungsfonds begrenzt, was die begrenzten Möglichkeiten der Beeinflussung und Regulierung externer Wechselkursbewegungen über solche Interventionen verdeutlicht.
Besondere Spannungen können entstehen, wenn eine Währung aufgrund ihres Anlagecharakters - etwa die D-Mark - zum Dollar oder zum Yen in bestimmten Situationen in einem engeren Substitutionsverhältnis steht als zu den anderen europäischen Währungen. Ein Ansturm international agierender Vermögensbesitzer auf die DM hätte beispielsweise dann den Effekt, daß die DM auch innerhalb des Europäischen Währungssystems unter Aufwertungsdruck gerät. Die vorgeschlagenen Institutionalisierungen hätten in diesem Fall einen doppelten Liquiditätseffekt auf die bundesrepublikanische Zentralbankgeldmenge, da die DM im innereuropäischen Wechselkurssystem an

Interventionspunkte kommt, intern und gleichzeitig extern aufwertet, was den Fonds ebenfalls zu Interventionen motiviert. Der doppelte Liquiditätseffekt kann zur Abwendung einer Spekulationswelle in die DM dabei durchaus positiv wirken.
Es ist illusorisch, ein funktionierendes Währungssystem in dem hier vorgeschlagenen Sinn bei völlig freiem externen Kapitalverkehr aufbauen und erhalten zu wollen. Besonders falls eine der Währungen im Europäischen Währungssystem eine internationale Reserverolle einnimmt, wird die Stabilität des Währungssystems gestört - es sei denn, daß, wie bisher im EWS, das gesamte System die Eskapaden der Reservewährung mitmacht. Da die weitreichenden Liberalisierungen des internationalen Kapitalverkehrs seit den frühen siebziger Jahren nach unserer Meinung eine Sackgasse darstellen und ein Gutteil der Instabilität der Weltwirtschaft in den siebziger und achtziger Jahren erzeugt haben, ist eine Kontrolle des Kapitalverkehrs im Außenverhältnis nicht nur ein notwendiges Schutzinstrument des Europäischen Währungssystems, sondern zugleich ein Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. Für die Bundesrepublik und speziell die Bundesbank im Rahmen ihrer bisherigen Strategie ist eine solche Option eine bittere Pille, da sie den Reservecharakter der DM entscheidend schwächen oder gar zerstören würde.[35] Doch ist der Status des Reservecharakters einer nationalen Währung kein Wert an sich, den es bedingungslos zu verteidigen gilt - zumal dann, wenn dies, wie bei der Bundesrepublik, nur durch überdurchschnittlich restriktive Politik gelingen kann.
Um den Europäischen Währungsfonds handlungsfähig zu machen, sind ihm eindeutige Kompetenzen zur Regulierung des Kapitalverkehrs einzuräumen, die er auch einzelnen Staaten aufzwingen kann.[36]

---

[35] Klar führt dies der Bundesbankpräsident aus: "In dieser Hinsicht werden zuweilen Überlegungen angestellt, die darauf hinauslaufen, in Europa eine integrierte Zone einzurichten, die von der übrigen Welt durch administrative Kontrollen des Kapital- und Devisenverkehrs abgeschottet wird. Für uns wäre dies im Hinblick auf die internationale Rolle der DM völlig inakzeptabel. Heute befinden sich DM-Anlagen in einer Größenordnung von über 400 Mrd. DM in den Händen von Ausländern, für die sich die DM nicht zu einer Mausefallenwährung entwickeln darf, in die man zwar hinein-, aus der man aber nicht wieder herauskommt. Dies wäre für das Ansehen der DM an den internationalen Finanzmärkten und damit für den Wechselkurs der DM verheerend und würde letztlich auch einen sehr negativen Effekt auf andere EG-Währungen haben" (Pöhl 1988, S. 106; vgl. auch Deutsche Bundesbank 1988a).
[36] Zu Kapitalverkehrsregulierungen vgl. Kap. 2.3.

4.4.6. ECU keine privat verfügbare gemeinsame Währung

Von vielen Seiten wird die Etablierung einer einheitlichen Währung als privates Zahlungsmittel - die ECU - angestrebt, wobei auf diesem Weg als sofortiger Zwischenschritt die ECU als Parallelwährung neben die verschiedenen nationalen Währungen als gesetzliches Zahlungsmittel treten soll (vgl. Triffin 1988, Schmidt 1988).
Eine solche Vorstellung scheint uns aus zwei Gründen verfehlt. Die Existenz einer einheitlichen Währung würde unmittelbar einen Bundesstaat implizieren, was von uns derzeit sowohl als unrealistisch als auch ökonomisch, sozial und politisch als ineffizient und gefährlich betrachtet wird (vgl. oblen). Hinter dem Aufbau einer starken europäischen Währung steht jedoch auch die Vorstellung, dem Dollar als Weltgeld ein Gegengewicht gegenüberzustellen, da korrekterweise die DM alleine als dafür zu schwach empfunden wird. Es ist dabei niemals klar, ob es um einen Schutz vor destabilisierenden weltwirtschaftlichen Einflüssen oder um den Versuch des Aufbaus einer europäischen Weltmacht geht.[37] Einer solchen Vorstellung folgen wir nicht. Zwar soll die Unabhängigkeit von außenwirtschaftlichen Einflüssen gewährleistet sein, jedoch nicht über den Weg des Ausbaus der ECU als Weltreservewährung, was dann auch eine private Verfügbarkeit des ECU und unkontrollierten Kapitalverkehr impliziert. Eine freie Konkurrenz zwischen verschiedenen Weltreservewährungen läßt nicht den Schluß auf eine größere Autonomie Europas zu, da der Kampf um Weltgeld eher zu äußerst restriktiver Politik in allen Bereichen führt und die Weltwirtschaft weiter in einen Multiwährungsstandard treibt (vgl. Kap. 1, Exkurs 4).
Dubios ist die Idee mit der Parallelwährung. Würde die ECU als

---

[37] Auch Teile der Sozialdemokratie versprechen sich von einer einheitlichen europäischen Währung ein Gegengewicht zum Dollar und eine bessere Position vor allem im Konkurrenzkampf mit den USA. So etwa Roth 1985, S. 176: "Europa muß die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die bessere Kapitalverwendung schaffen. Der europäische Kapitalmarkt muß zudem für internationale Kapitalanleger zu einer echten Alternative zu Kapitalanlagen im Dollarraum ausgebaut werden." Und noch deutlicher: "Worum es uns aber vor allem geht, ist, durch die Vollendung der europäischen Integration Europas wirtschaftliches und politisches Gewicht in der Welt zu verstärken. Gemeinsam sind wir die größte Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt. Gemeinsam kann Europa auf die Spielregeln für den Welthandel, den Kapital- und Dienstleistungsverkehr und auf die Weltwährungsbeziehungen Einfluß nehmen. Einzeln aber kann jeder europäische Staat nur als Klient in Washington antreten" (Roth 1987). Vgl. auch Schmidt 1986, Mitzscherling 1986, als Gegenposition Scharpf 1986.

Korbwährung als gesetzliches Zahlungsmittel in allen EWS-Ländern neben den nationalen Währungen etabliert, so käme es zur unvermeidlichen Konkurrenz zwischen diesen beiden Geldern, deren Ausgang jedoch schon jetzt klar wäre. Die Währungen, die eine unterdurchschnittliche Stabilität hätten, würden von der ECU verdrängt, denn jeder ökonomisch rational handelnde Agent hält bei freier Wahl die wertstabilere Währung. Ebenso müßte die ECU aus dem gleichen Grunde gegenüber überdurchschnittlich stabilen Währungen im ECU-Währungskorb unterliegen. Die ECU-Parllelwährung wäre damit kein Weg zur Währungsintegration, sondern würde schwache Währungen eliminieren, ohne dabei zur EG-Währung heranzuwachsen.[38]

4.4.7. Kein völlig integrierter Kapitalmarkt

Von Kapitalströmen kann auch innerhalb des Europäischen Währungssystems aufgrund von Spekulationen und Vertrauensfaktoren Druck auf die institutionell fixierten Wechselkurse ausgehen. Soweit solche Kapitalströme die Wechselkurse so zu verändern drohen, daß über den Wechselkursmechanismus kein mittelfristiger Ausgleich der Leistungsbilanzsalden möglich ist, müssen sie als störend und als Instabilitätsfaktoren begriffen werden.
Verschiedene Mechanismen sind bereits ins Währungssystem eingebaut, die solche dysfunktionalen Kapitalströme kontrollieren können. Zunächst sind die Wechselkurse nicht absolut starr, sondern können um die Leitkurse innerhalb einer Bandbreite schwanken und kleinere Störungen abfangen. Wichtiger ist, daß Instabilitäten der Kapitalströme durch ein umfangreiches Interventionsvolumen des Europäischen Währungsfonds aufgefangen und neutralisiert werden können. Allerdings kann es in spezifischen Situationen auch notwendig sein, administrative Kapitalverkehrskontrollen einzusetzen. Bestimmte Kompetenzen sollten in diesem Zusammenhang beim Währungs-

---

[38] Sehr schön bringt dies Issing 1988, S. 13 zum Ausdruck: "In ihrer jetzigen Verfassung setzt die ECU also nicht nur die Existenz der nationalen Währungen voraus, sondern bleibt damit auch zwangsläufig mit dem Makel des 'durchschnittlichen' Wertes behaftet. Einerseits kann sich dieses Konstrukt gegen die Konkurrenz einer wertstabileren (wichtigen) Währung nicht durchsetzen, andererseits gibt es ohne nationale Währungen auch keine ECU. Ein quasi evolutorischer Weg von dieser ECU zu einer europäischen Währung existiert folglich nicht, auch wenn dies in verschiedenen Vorschlägen suggeriert wird; entgegen allen Hoffnungen erweist sich die Einführung der ECU integrationspolitisch daher als ausgesprochene Sackgasse" (vgl. auch Gebauer 1986).

fonds angesiedelt werden. Dieser könnte steuernde Maßnahmen dann beim Schwach- und beim Starkwährungsland anwenden, was die Effizienz solcher Regulierungen entscheidend erhöht.
Zur Unterbindung kurzfristiger Währungsspekulation können eine Devisen- und/oder Zinsausgleichssteuer oder ähnliche Regulierungen institutionalisiert werden (vgl. dazu und zum Gesamtkomplex "Kapitalverkehrsregulierungen" Kap. 2.3.), die gegebenenfalls vom Währungsfonds auch flexibel variiert werden könnte. Es besteht zudem die Hoffnung, daß der längerfristige Kapitalverkehr, der von einer Devisenumsatzsteuer nicht wesentlich berührt wird, tendenziell stabilisierenden Charakter hat. So führt ein Aufwertungsdruck bei Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen in die gleiche Richtung, in der auch die institutionell festgelegten Leitkurse bewegt werden sollen. Es wäre dann möglicherweise allenfalls ein Überschießen der Aufwertung des Überschußlandes zu kontrollieren, was schon im Interesse des Aufwertungslandes liegen dürfte. Für einzelne Staaten sollte jedoch die Freiheit bestehen bleiben, auch den langfristigen Kapitalverkehr administrativ zu kontrollieren. Dazu bräuchten keinerlei neue juristischen Grundlagen eingeführt werden, da dies der Praxis der meisten Staaten während der gesamten Nachkriegszeit entspricht.
Insgesamt ist davon auszugehen, daß innerhalb des EWS nur in Ausnahmesituationen auf Kapitalverkehrskontrollen zurückzugreifen ist, da der flexibel gehandhabte Wechselkursmechanismus zum Erhalt eines mittelfristigen Leistungsbilanzausgleichs und eine Devisenumsatzsteuer schon einen Großteil der gegenwärtigen Grundlage der Spekulation eliminieren. Dazu kommt, daß das Mischungsverhältnis zwischen wirtschaftspolitischer Kooperation, Anpassung der Wechselkurse und Kapitalverkehrsregulierungen nicht ex ante starr festgelegt werden muß, sondern sich nach der historischen Funktionstauglichkeit des azustrebenden europäischen Währungssystems richten kann.

4.4.8. Das Verhältnis unseres Währungsvorschlags zum Padoa-Schioppa-Bericht

Der Padoa-Schioppa-Bericht,[39] der von der EG-Kommission in Auftrag gegeben wurde und Vorschläge zur Integration Europas erarbeiten

[39] Neben Padoa-Schioppa wirkten beim Bericht mit: M. Emerson, M. King, J. Milleron, J. Paelinck, L. Papademos, A. Pastor, F. Scharpf (vgl. Padoa-Schioppa 1988).

sollte, kommt zu durchaus ähnlichen Überlegungen wie wir. Insgesamt betont er jedoch stärker eine gesamteuropäische wirtschaftspolitische Kooperation und eine geringere Autonomie der nationalen Wirtschaftspolitiken. Die Vorstellungen kommen damit dem Keynes-Plan (vgl. Keynes 1943) sehr nahe, der ebenfalls der Koordination der Wirtschaftspolitik den Vorzug vor Wechselkursanpassungen gab. Wir treten demgegenüber für eine schnellere Anpassung von Wechselkursen im Rahmen einer Stufenflexibilität ein, was das Niveau der notwendigen wirtschaftspolitischen Kooperation in der EG reduziert. Dies entspricht an diesem Punkt eher der Position von White bei der Entwicklung des Systems von Bretton Woods (vgl. Kap. 1, Exkurs 1).

Die stärkere Betonung der wirtschaftspolitischen Kooperation im Padoa-Schioppa-Bericht kommt bei der Geldpolitik zum Ausdruck.[40] Das Konzept einer EWS-Gesamtgeldmenge impliziert eine sehr weitgehende wirtschaftspolitische Koordination, da den einzelnen Teilnehmerstaaten eine bestimmte Geldmengenentwicklung vorgeschrieben werden muß. Anknüpfend an Vorstellung von Williamson (1987; vgl. auch Kap. 5.2.2.5.) soll die Geldmengenexpansion nicht starr für jedes Land festgelegt werden, sondern Länder mit starker Währung sollen ein relativ stärkeres Geldmengenwachstum realisieren, während Länder mit schwächerer Währung unterdurchschnittliche Zuwachsraten der Geldmenge anstreben sollten. Auch die Fiskalpolitik sollte flexibel eingesetzt werden und Länder mit schwacher Währung zu fiskalischer Kontraktion und Länder mit starker Wähung zu fiskalischer Expansion veranlassen (vgl. Padoa-Schioppa 1988, S. 75 f., 153 ff.). Damit wird ein doch recht anspruchsvolles kooperatives Regelwerk auf europäischer Ebene anvisiert.

Ein Mangel jeder Geldmengensteuerung - und abgeschwächt auch

---

40 "Was die Zinssätze betrifft, so koordinieren einige Zentralbanken bereits sehr eng Änderungen ihrer Diskontsätze. In 'Phase zwei' könnte die effektive geldpolitische Koordination auf diesen Vereinbarungen aufbauen. Elementare Erfordernisse wären, daß die geldpolitischen Ziele gemeinsam beschlossen oder durch ein gemeinsames Verfahren aufgestellt werden. Planung und Kontrolle dieser Ziele sowie insbesondere Reaktionen auf kurzfristige Störungen durch Erschütterungen auf den internationalen Finanzmärkten müssen ebenfalls eng koordiniert werden. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn als Gemeinschaftsziel eine bestimmte Gesamtgeldmenge für den ganzen Wirtschaftsbereich als geldpolitische Bezugsgröße vereinbart wurde, müssen die Koordinationsregeln erweitert werden, um zu sichern, daß die geldwirtschaftlichen Bedingungen der EWS-Länder im Einklang mit der Verwirklichung des Gesamtziels bleiben" (vgl. Padoa-Schioppa 1988, S. 75f.).

fiskalpolitischen Steuerung - ist die Schwierigkeit für makroökonomische Instanzen, zwischen Mengen- und Preisreaktionen zu diskriminieren (vgl. Herr 1986a, S. 213 ff.). So kann im Extremfall eine Geldmengenerhöhung in einem Land vollkommen in Preiseffekte verpuffen, während in einem anderen Land oder zu einer anderen Zeit die Geldmenge bei stabilen Preisen das reale Wachstum verstärkt. Dahinter steckt letztlich der Sachverhalt, daß keine Zentralbank - wie fälschlich im neoklassischen Monetarismus unterstellt - direkt das Preisniveau über die Geldmenge steuern kann. Dies verweist unmittelbar auf die Rolle der Einkommenspolitik und die unterschiedliche Möglichkeit von Ländern aufgrund spezifischer institutioneller etc. Bedingungen die Geldlohnentwicklung als Steuerungsinstrument des Preisniveaus einzusetzen. Dies ist auch den Verfassern des Padoa-Schioppa Berichts klar, denn sie verwehren sich gegen das Ziel einer Währungsunion und sehen- ähnlich wie Keynes- bei fundamentalen Ungleichgewichten Anpassungen der Wechselkurse vor.[41]
Daneben gibt es eine ganze Reihe von Übereinstimmungen mit dem Padoa-Schioppa-Bericht. So wird eine völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs auch innerhalb Europas abgelehnt und explizit auch eine Devisenumsatzsteuer vorgeschlagen. Allerdings sollten die Kapitalverkehrsregulierungen eher jeweils temporären Charakter haben (vgl. S. 74 f.). Ebenfalls sollen europäische geld- und währungspolitische Beschlüsse in einem "Währungsausschuß", der sich aus den Finanzministern und Notenbankpräsidenten der EWS-Länder zusammensetzt (vgl. S. 75) zustandekommen. Auch soll der EWS-Beistands-Mechanismus als "ein größerer Schutz gegen spekulative Kapitalbewegungen" aufgebaut sowie konsequenter und symmetrischer angewandt werden (vgl. S. 76).[42]

4.5. Die Außenbeziehungen des EWS

Dieser Abschnitt kann kurzgehalten werden, da im nächsten Kapitel

---

[41] "Die Stärkung des EWS und geldpolitische Koordination erfordert nicht die Erreichung des Endziels einer Währungsunion. Insbesondere sollte eine Anpassung der Wechselkurse an Veränderungen von Preis- und Kostenentwicklung, sich ändernden Konsumentenpräferenzen sowie technologischen Änderungen nicht verhindert werden" (Padoa-Schioppa 1988, S. 75).

[42] Etwas unklar bleibt die Position zur Verwendung des ECU als privates Geld (vgl. Padoa-Schioppa 1988, S. 78). Zwar wird eine verstärkte private Verwendung empfohlen, jedoch bleibt offen, ob eine gemeinsame europäische Währung angestrebt wird und wie ein Parallellwährungssystem gerade auf schwache Währungen wirkt.

ausführlicher auf die Probleme einer neuen Weltwährungsordnung eingegangen wird. Das EWS soll, wie oben ausgeführt, nicht mit einer gemeinschaftlichen Währung in Konkurrenz zum Dollar oder Yen um Weltgeldfunktionen treten. Auch sollte möglichst keine Währung innerhalb des Systems eine solche Funktion übernehmen, da dies zu einer empfindlichen Störquelle werden kann. Bei destabilisierenden Kapitalströmen sind, wie oben ausgeführt, Kapitalverkehrsregulierungen anzuwenden.
Die Außenbeziehungen Europas sollten weder durch handelsmerkantilistische Leistungsbilanzüberschüsse noch durch Leistungsbilanzdefizite, die eine Verschuldungsposition aufbauen, gekennzeichnet sein. Auch hier sollte die Norm einer mittelfristig tendenziell ausgeglichenen Leistungsbilanz gelten.
Generell sollte auch in den europäischen Außenbeziehungen der Wechselkurs als Ausgleichsinstrument der Leistungsbilanzsalden fungieren. Falls es nicht gelingt, die Wechselkurse nach den "fundamentals" der Leistungsströme zu regulieren, ist das Instrument des "Protektionismus", also lenkende Eingriffe in die Außenhandelsströme zur Erzielung tendenziell ausgeglichener Leistungsbilanzsalden unumgänglich. Damit ist keinerlei Tendenz zu europäischer "Autarkie" impliziert, da es nur um das letzte Mittel zum Ausgleich von Ungleichgewichten der Leistungsbilanzen geht und Umfang und Intensität des Handels damit nicht tangiert sind.

Anhang: Die institutionellen Grundelemente des existierenden EWS

Das Europäische Währungssystem (EWS) wurde 1979 gegründet und ging aus der zuvor existierenden Europäischen Währungsschlange hervor. Dem EWS gehören außer Spanien und Portugal alle Mitgliedsländer der EG an. Das EWS ist ein System institutionell fixierter Wechselkurse zwischen den beteiligten Nationen, wobei der gesamte Währungsblock gegenüber der Außenwelt - also vor allem gegenüber dem Dollar und dem Yen - flexible Wechselkurse zuläßt. Die Wechselkurse innerhalb des EWS sind auch nicht absolut starr. Vielmehr werden Leitkurse zwischen jeweils einer Währung und allen anderen beteiligten EWS-Währungen fixiert - es entsteht dadurch ein sog. Gitter bilateraler Leitkurse - , die 2,5% über- oder unterschritten werden dürfen, bevor Zentralbanken auf den Devisenmärkten zur Kursverteidigung eingreifen müssen. Auch die Leitkurse sind nicht absolut starr, sondern können durch politische Entscheidungen verändert werden. Faktisch existiert eine Stufenflexibilität. Der institutionelle Wechselkursmechanismus hat seit sei-

ner Gründung zwei wesentliche Ausnahmeregelungen. Zunächst wurde Italien eine größere Schwankungsbreite von +/-6% zugestanden. Fundamentaler ist allerdings, daß Großbritannien, obwohl formal am EWS beteiligt, den Kurs des Pfundes nicht fixiert, sondern flexible Wechselkurse auch gegenüber den übrigen EWS-Währungen zuläßt. Als innereuropäisches Verrechnungsmittel wurde die European Currency Unit (ECU) geschaffen, die wie das Sonderziehungsrecht beim Internationalen Währungsfonds eine "Korbwährung" darstellt. In die ECU gehen alle Währungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein, also auch solche, die ihre Wechselkurse - wie das Pfund - nicht institutionell fixieren. In die Wertbestimmung der ECU gehen die nationalen Währungen im Rahmen eines Gewichtungsschemas nach dem Anteil der Länder am innereuropäischen Handel, am EG-Sozialprodukt und den Beistandsquoten ein.[43] Die Gewichtung soll regelmäßig überprüft werden, bedarf allerdings zur Veränderung der Zustimmung aller Länder. Mit über einem Drittel prägt die Wertentwicklung der DM den Wert der ECU am stärksten. Danach kommt der Franc mit knapp 20%, das Pfund und der Gulden mit jeweils leicht über 10% bis zum Griechischen Drachmen mit 0,8%. Verändert sich der Wechselkurs einer Währung innerhalb des EWS, so verändert sich zwingend der Wert der ECU, wobei die Stärke der Veränderung vom entsprechenden Gewicht der Währung abhängt.
Die ECU ist kein gesetzliches Zahlungsmittel zwischen Privaten, sondern dient nur als Verrechnungsmittel zwischen europäischen Zentralbanken. Zwar gibt es private Schuldtitel, die als Index die Wertentwicklung der ECU verwenden, jedoch muß die Tilgung solcher Titel in nationalen Währungen erfolgen. Die ECU ist somit bisher kein Geld im gebräuchlichen Sinne.
ECU-Guthaben und ECU-Verbindlichkeiten werden beim Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) gehalten, der in ersten Elementen schon 1973 gegründet wurde. 20% der Gold- und Devisenreserven jedes Mitgliedsstaates des EWS werden dem EFWZ geliehen - jeweils für drei Monate, dann wird der Kredit erneuert - , um ein entsprechendes ECU-Guthaben zu erhalten. Der Fonds verwaltet die Gläubiger-Schuldner-Salden der EWS-Staaten und wird vom Ausschuß der Zentralbankpräsidenten geleitet. Er hat bisher keine eigene Organisation, sondern ist der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel angegliedert.
Doch kommen wir zum Mechanismus, der die Aufrechterhaltung der in-

[43] Vgl. unten die Ausführungen über die Schuldner- und Gläubigerquoten.

stitutionell fixierten Wechselkurse garantiert und das das Herz des EWS ausmacht. Erreicht ein Wechselkurs den erlaubten Höchst- oder Niedrigstkurs zwischen zwei Währungen - beides geschieht selbstverständlich immer gleichzeitig - , so müssen beide betroffenen Zentralbanken theoretisch unbegrenzt intervenieren. Nehmen wir als Beispiel den Franc, der gegenüber der DM abwerten und den obligatorischen Interventionspunkt erreichen soll. In diesem Fall muß die Bundesbank auf dem Devisenmarkt Franc gegen DM aufkaufen und erhöht damit automatisch die inländische Zentralbankgeldmenge. Die Banque de France muß ebenfalls DM gegen Franc verkaufen und reduziert dadurch die nationale Zentralbankgeldmenge. Die Bundesbank kann allerdings mit eigenem Geld intervenieren, während die Banque de France sich über Kredit DM besorgen muß. Dieser Mechanismus erhält eine zusätzliche Verschärfung durch den Umstand, daß die EWS-Mitgliedstaaten außer geringen working balances keine Devisenreserven in Partner-Währungen halten dürfen, also schwache Länder sich Interventionswährungen immer nur über Kredit oder Verkauf von Devisenreserven in außereuropäischen Währungen besorgen können. Im Normalfall wird die Banque de France sich somit bei der Bundesbank oder auf dem privaten Kreditmarkt DM für Interventionszwecke ausleihen. In bestimmten Situationen kann die Bundesbank zur Kreditvergabe an andere Zentralbanken gezwungen werden, jedoch, wie sich zeigen wird, nur im Rahmen sehr kurzfristiger Kredite.

In diesem Zusammenhang spielt der EFWZ eine Rolle. Die Bundesbank muß die Franc, die sie bei ihren Interventionen gekauft hat, auf ihr Konto beim EFWZ einzahlen und erhält eine Gutschrift. Der Banque de France wird in der Höhe ihres DM-Kredites von der Bundesbank auf ihrem Konto beim EFWZ eine Schuld eingetragen. Man sieht also: Hartwährungsländer wie die Bundesrepublik bauen über Interventionen auf den Devisenmärkten eine Gläubigerposition auf, während Weichwährungsländer in eine Schuldnerposition gelangen (vgl. Jarchow/Rühmann 1984, S. 265ff., Bofinger 1988).

Die Kreditmodalitäten zwischen den Zentralbanken sind in einem komplizierten Verfahren geregelt (vgl. Deutsche Bundesbank 1986, S. 258ff.). Der sog. sehr kurzfristige Finanzkredit ist quantitativ unbegrenzt, so daß die Schuldner-Zentralbank die Gläubiger-Zentralbank zur Kreditgewährung zwingen kann. Er kommt nur dann zum Tragen, wenn die obligatorischen Interventionspunkte erreicht sind. Allerdings sind Kredite dieser Art spätestens nach 3 1/2 Monaten zurückzuzahlen. Eine weitere Hinausschiebung der Rückzahlung

erfolgt bis zum Doppelten der Schuldnerquote automatisch; bei bei einem Überschreiten dieser Grenze muß die Gläubigerbank zustimmen (vgl. Deutsche Bundesbank 1987, S. 67f.). Eine weitere Verlängerung des Kredits um drei Monate ist möglich, aber auch hier muß die Gläubigerzentralbank zustimmen. Danach müssen Kredite im Rahmen des kurzfristigen Finanzkredits zwingend getilgt werden.
Quantitativ relevanter als die obligatorischen Interventionen sind die sog. intramarginalen Interventionen (Bofinger 1988, S. 7ff.). Bei diesen greifen die Zentralbanken schon vor den obligatorischen Interventionspunkten ein, um auch innerhalb der Bandbreiten die Wechselkurse zu stabilisieren oder antizipativ obligatorischen Interventionen zuvorzukommen. Bei diesen Interventionen auf den Devisenmärkten bedarf die agierende Zentralbank der Zustimmung der Zentralbank, mit deren Währung interveniert wird. In unserem Beispiel muß die Banque de France also zur Stützung eines schwachen Franc, der noch innerhalb der Bandbreiten liegt, die Bundesbank um Erlaubnis fragen. Selbst wenn die Bundesbank zustimmt, impliziert dies nicht, daß sie einen Kredit an die französische Zentralbank vergibt. Bisher war es allgemeine Praxis, daß intramarginale Interventionen durch eigene Kreditaufnahme seitens der intervenierenden Zentralbank durchgeführt wurden. Für die Zentralbank der starken Währung hatte dies den Vorteil, daß durch solche intramarginalen Interventionen die heimische Zentralbankgeldmenge nicht erhöht wurde. Mit Beschränkungen wurde der intramarginale Mechanismus Ende 1987 etwas symmetrischer vereinbart, da die Gläubiger-Zentralbank bis insgesamt zur doppelten Höhe der Schuldnerquote Kredite an die Schuldner-Zentralbank gehen soll. Falls dies geschieht, haben intramarginale Interventionen den gleichen expansiven Liquiditätscharakter bei dem Gläubigerland wie obligatorische Interventionen. Allerdings kann eine Gläubigerzentralbank einer solchen Kreditvergabe widersprechen (vgl. Deutsche Bundesbank 1987, S. 69f.).
Die Währungszusammensetzung der Rückzahlung der sehr kurzfristigen Finanzkredite ist genau festgelegt. Soweit die Schuldner-Zentralbank Devisen in Gläubigerwährung über den working balances besitzt, sind diese zu benutzen. Der Rest kann in ECU bezahlt werden, wobei die Gläubiger-Zentralbank nur 50% ihrer Forderungen in ECU annehmen muß. Der Rest muß in Währungsreserven entsprechend der Zusammensetzung der gesamten Reservenbestände der Schuldner-Zentralbank (ohne Gold) getilgt werden. Für probeweise zwei Jahre wurden Ende 1987 die Rückzahlungsmodalitäten erleichtert, da Gläu-

bigerbanken bis zu 100% Rückzahlungen in ECU akzeptieren sollen (vgl. Deutsche Bundesbank 1987, S. 71). Dies hat für die Schuldnerzentralbank den Vorteil, daß sie ohne Kreditaufnahme durch Benutzung ihrer ECU-Guthaben beim EFWZ die Forderungen der Gläubigerzentralbank tilgen kann.
Der sehr kurzfristige Finanzierungsmechanismus ist nur ein begrenztes Instrument zur Kursstabilisierung. Zu seiner Unterstützung wurde der schon 1970 institutionalisierte sog. kurzfristige Währungsbeistand in das EWS integriert. Dieser Währungsbeistand sieht grundsätzlich vor, daß ein Land in der Höhe der Schuldnerquote Kredite erhalten kann, die entsprechend der Gläubigerquoten von den restlichen beteiligten Ländern aufgebraucht werden. Die Schuldnerquote eines Landes entspricht immer der Hälfte der Gläubigerquote und drückt die Höhe der Kredite aus, die vom Währungsbeistand mehr oder weniger automatisch gegeben werden.[44] Zur Erhöhung des Kreditspielraumes gelten Zusatzfinanzierungen ohne Quotenbindung - sog. Rallongen - in der Höhe von 8800 Mill. ECU. Sowohl eine Gläubigerbank als auch eine Schuldnerbank kann zusätzlich zu ihrer Quote in der Höhe der Rallonge in Extremfällen Kredite vergeben bzw. aufnehmen. Der kurzfristige Währungsbeistand soll nur bei vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen aufgrund von Zufälligkeiten oder unterschiedlichen Konjunkturentwicklungen erfolgen. Er hat eine Laufzeit von drei Monaten, wobei maximal eine zweimalige Verlängerung möglich ist. Die Kreditgewährung erfordert einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses aller EG-Zentralbankpräsidenten und kann somit nicht gegen den Willen einer Gläubigerbank durchgeführt werden.
Schließlich gibt es noch den mittelfristigen finanziellen Beistand, der 1971 ins Leben gerufen wurde und dem die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft angehören. Dieser Fonds hat ein Volumen von ca. 14 Mrd. ECU. Die Kreditlaufzeiten betragen zwei bis fünf Jahre, wobei Kredite nur unter wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt werden. Über die Kreditvergabe entscheidet der Ministerrat (vgl. Jarchow/Rühmann 1984, S. 28ff.).
Was ergibt sich aus diesen bis ins Detail festgelegten Kreditmoda-

---

[44] Seit dem 1. Januar 1986 gelten für die EG-Notenbanken folgende Schuldnerquoten im kurzfristigen Währungsbeistand (in Mill. ECU): Deutsche Bundesbank: 1740; Bank of England: 1740; Banque de France: 1740; Banca d'Italia: 1160; Banco de Espana: 725; Banque Nationale de Belgique: 580; Nederlandsche Bank: 580; Danmarks Nationalbank: 260; Bank of Greece: 150; Banco de Portugal: 145; Central Bank of Ireland: 100. Ein ECU entspricht derzeit etwa 2 DM.

litäten des EWS? Zunächst ist festzuhalten, daß ein Gläubigerland - hier vor allem die Bundesrepublik - durch die Interventionsmechanismen zur internen Erhöhung der Zentralbankgeldmenge gezwungen ist. Dies führt zu einem expansiven monetären Impuls und zu einem symmetrischen Anpassungsdruck im Gläubigerland. Ein solcher Druck ist jedoch nur sehr kurzfristig gegen den Willen der Gläubigerbank möglich. Dazu kommt, daß die expansiven monetären Impulse der Interventionsregeln durch Offenmarktgeschäfte, Mindestreserveerhöhungen etc. in aller Regel leicht neutralisiert werden können - eine Praxis, die in der Bundesrepublik eine lange Tradition hat und erfolgreich praktiziert wurde.
Von temporären Ausnahmen abgesehen laufen die Institutionalisierungen des EWS darauf hinaus, daß sich das Schuldnerland, als das Land mit Defiziten in der Leistungs- und/oder Kapitalverkehrsbilanz, anpassen muß. Der Anpassungsdruck wird bei einer Zahlungsbilanzschwäche zunehmend stärker, da zunächst sehr kurzfristig Kredite vom Schuldnerland leicht aufgenommen werden können, sich die Kreditbedingungen jedoch schon nach wenigen Monaten laufend drastisch verschlechtern. Dies heißt, daß der wirtschaftspolitische Gleichschritt der Nationen, der in einem System fixer Wechselkurse angelegt ist, im EWS durch eine Restriktion der Schuldnerländer und in keiner Weise durch eine Expansion der Gläubigerländer erzwungen wird. Da die Bundesrepublik im Durchschnitt das am restriktivsten agierende Land im EWS ist, diktiert sie somit die Wirtschaftsentwicklung des gesamten EWS und damit eines großen Teils Europas. Die asymmetrisch wirkenden Institutionalisierungen des EWS stärken somit die regionale Hegemonie der Bundesrepublik und machen das EWS in seiner Substanz zu einer Absicherung des DM-Blocks.[45]
Die Hegemonie der DM ist im EWS aber nicht direkt institutionalisiert, sondern ergibt sich über Marktkräfte. Falls im Stabilitätswettlauf eine andere Nation die Bundesrepublik verdrängen sollte, so würde diese das EWS dominieren. Daraus

---

[45] "The asymmetrical rules of the EMS and the predominant intervention practices of the central banks with weak currencies have contributed to a hegemony of the country with the strongest currency, which can never be exposed to serious pressure to deviate from its own policy targets (...). The Deutschemark being on average the strongest currency of the system this institutional analysis offers an explanation of the hegemonic position of the German currency which differs from the arguments in the literature" (Bofinger 1988, S. 7; vgl. auch Wyplosz 1988, S. 275f.).

folgt, daß das EWS in seiner jetzigen Form keinen Schutz vor dysfunktional restriktiven Politiken einzelner Nationen bietet und zu einer "Deflationsgemeinschaft" degenerieren kann.[46]
Bei anhaltendem Druck auf die Wechselkurse und aufgrund ungenügender symmetrischer Anpassungsmechanismen werden Wechselkursanpassungen innerhalb des EWS - sog. Realignments - unvermeidlich. Veränderungen der institutionell fixierten Kurse können nur einstimmig beschlossen werden, wobei die Regierungen der am Wechselkursmechanismus beteiligten Länder - nicht die Zentralbanken - die Entscheidungsgewalt besitzen. Für Helmut Schmidt war 1979 das EWS in diesem Zusammenhang ein geschickter Zug gegenüber der Bundesbank, durch den er wenigstens teilweise die Kontrolle über die Wechselkurse - wie im System von Bretton Woods - wieder in die Gewalt der Regierungen zurückbrachte, was damals auch die massive Kritik der Bundesbank gegenüber dem EWS provozierte.

[46] Die Bundesbank leugnet zwar die Asymmetrie des EWS, bürdet jedoch im gleichen Atemzug den Schwachwährungsländern besondere Anstrengungen auf. "Die Vorstellung, daß es im Wechselkursverbund des EWS primär nur Anpassungslasten für Schwachwährungsländer gibt, entspricht jedoch nicht den Realitäten. Gerade die Bundesrepublik ist im EWS wegen der zentralen Rolle der D-Mark immer wieder von Geldzuflüssen aus den Partnerländern betroffen, die eine unerwünschte Ausweitung der Geldmenge und bei Erreichen der Limitkurse Interventionen zur Folge haben. Solche den nationalen Zielsetzungen unter Umständen stark zuwiderlaufende Entwicklungen lassen sich nur verhindern oder auf ein erträgliches Ausmaß reduzieren, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in allen Partnerländern am Gebot der Geldwertstabilität ausgerichtet ist und weitgehend parallel verläuft. Dies verlangt naturgemäß von Ländern, die Preisstabilität noch nicht erreicht haben, eine besondere Anstrengung. Es ist also die Asymmetrie der Ausgangslage und nicht die Lastenverteilung im System, welche einzelne Länder zu besonderen Anstrengungen zwingt (Deutsche Bundesbank 1987, S. 71f.).

5. Wege zu einer neuen Weltwährungsordnung

5.1. Die Ausgangsbedingungen

Die Diskussion über Schritte zu einem neuen Weltwährungssystem sollte von folgenden Voraussetzungen ausgehen (vgl. Kap. 1.5.). Die Tendenz zu einem polyzentrischen Weltsystem wird sich in absehbarer Zukunft fortsetzen. Dabei spielen nicht nur die drei "westlich" orientierten, intern jeweils relativ eng verflochtenen Wirtschaftsräume (Europa, USA und Nachbarländer, Japan),[1] sondern vermutlich auch die beiden sozialistischen Blöcke (Sowjetunion und China mit Einflußzonen), die sich derzeit dem Weltmarkt weiter öffnen, und relevante Nationen der Dritten Welt (etwa Indien oder die arabische Welt) eine wichtige Rolle. Es ist somit immer weniger von einer Hegemonialstruktur in der Weltwirtschaft auszugehen. Die ökonomischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind fundamental. So wird es keine weltweiten Hegemonialstrukturen mehr geben, die neben ihren herrschaftsbezogenen negativen Effekten auch stabilisierend wirken, da der Hegemon aus Eigeninteresse für die Stabilität "seines" Systems durch Bereitstellung einer Leitwährung, Übernahme der Rolle als lender of last resort etc. primär aus machtpolitischen Gründen zumindest partiell weltwirtschaftliche Verantwortung übernimmt (vgl. Kapitel 1, Exkurs 4). Auf Basis der beschriebenen Entwicklung ist es in absehbarer Zeit unmöglich, daß eine nationale Währung Weltgeldfunktionen übernehmen kann; vielmehr ist eine anhaltende Tendenz zu einem Multiwährungsstandard zu erwarten. Die wahrscheinlichen alternativen Entwicklungen der überschaubaren Zukunft sind einerseits durch die Fortschreibung des jetzigen Systems mit freiem Kapitalverkehr, tendenziell restriktiver Wirtschaftspolitik, Währungskonflikten, latenter Instabilität der Weltwirtschaft etc. oder andererseits der relativen Abschottung der verschiedenen Wirtschaftsräume umschrieben, wobei der Druck in Richtung Dissoziation mit der Instabilität der Weltwirtschaft wächst (vgl. Kap. 1.5.)
Eine Grundanforderung an währungspolitische Alternativkonzeptionen muß daher darin bestehen, daß sie auch tauglich sind, wenn von dem denkbar ungünstigsten Fall - nämlich Nicht-Kooperation zwischen

---

[1] Japan ist bisher - wie die Schwellenländer der Region - sehr stark auf die USA fixiert, was sich bei eventuellen Abschottungstendenzen der USA allerdings schnell ändern könnte. Ob es Teilen Südamerikas gelingt, eine eigenständige Entwicklung ohne die USA durchzumachen, ist zumindest derzeit nicht absehbar.

Staaten oder Blöcken - ausgegangen wird. Besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit und auch ein ökonomischer und politischer Druck, innerhalb der EG ein kooperatives demokratisches Modell zu etablieren (vgl. Kap. 4), so ist dies auf Weltebene entscheidend unplausibler. Dies gilt insbesondere auch, weil intern so unterschiedliche Blöcke wie westliche Industriestaaten, Entwicklungsländer und sozialistische Staaten am Weltmarkt partizipieren.
In der aktuellen Diskussion über die gewünschte Entwicklung des Weltwährungssystems lassen sich drei Strömungen unterscheiden: Vorschläge zur Regelbindung nationaler Politik bei unreguliertem Kapitalverkehr, Vorschläge zur weltwirtschaftlichen Kooperation bei freiem Kapitalverkehr und Vorschläge zur Reduzierung der Interdependenz vor allem der Finanzmärkte (vgl. Dornbusch 1987b). Diese drei Strömungen sollen kurz diskutiert werden, wobei sich schon aus unseren Vorstellungen zu EG/EWS ergibt, daß wir die Reduzierung der Interdependenz präferieren.

5.2. Währungsvorschläge ohne Rücknahme der monetären Interdependenz

5.2.1. Regelbindungen nationaler Politik

Die Positionen, die nationale Regelbindungen der Fiskal- und vor allem der Geldpolitik befürworten, gehen davon aus, daß die Turbulenzen auf den Währungsmärkten das Resultat sich schnell ändernder wirtschaftspolitischer Strategien der einzelnen Länder sind. Solche Strategiewechsel werden sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern als auch für die Weltwirtschaft als schädlich angesehen, da sie als "Schocks" interpretiert werden, die die ansonsten stabile Ökonomie verarbeiten muß. Nationale Regelbindungen haben den Zweck, Erwartungen zu stabilisieren und schnelle Erwartungsänderungen zu verhindern. Auf internationale Kooperation ist diese Position nicht angewiesen, da für sie die Regelbindung auch im nationalen Interesse begründet liegt und als Folgeeffekt die Währungsbeziehungen stabilisiert. Je mehr Staaten dann so "vernünftig" sind, sich einer nationalen Regel zu unterwerfen, desto stabiler wird das Währungsgeschehen.

5.2.1.1. Die nationale Geldmengenregel

Auf Basis des neoklassischen Monetarismus ergibt sich der Vor-

schlag einer nationalen Geldmengenregel. Wirtschaftspolitische Schocks, rationale Erwartungen,[2] stabilisierende Spekulation sowie Wechselkursbewegungen greifen für diese Position unmittelbar ineinander. Zentraler Baustein der Theorie ist die stabilisierende Spekulation, das heißt, eine Spekulation, die sich an den langfristigen (neoklassischen) "fundamentals" der Ökonomie orientiert. Diese werden durch "reale" Faktoren gegeben und durch monetäre Prozesse nur temporär gestört. Insbesondere wird davon ausgegangen, daß Geldmengenänderungen bei flexiblen Wechselkursen exogen von der Zentralbank gesteuert werden und langfristig nur auf das Preisniveau wirken. Der Wechselkurs garantiert langfristig auch den Ausgleich der Leistungsbilanz. Da Wirtschaftssubjekte auf Basis rationaler Erwartungen die längerfristigen Wechselkurse schon in der Gegenwart antizipieren, können sie dieses Wissen zu Spekulationszwecken ausnutzen, was den Wechselkurs sofort zum neuen Gleichgewichtskurs bringt und somit stabilisierend wirkt.[3] Währungsturbulenzen sind nach dieser Variante das Resultat diskretionärer nationaler Wirtschaftspolitik, wobei das System flexibler Kurse deren Schaden minimiert.

Ein System fester Wechselkurse wird als schädlich betrachtet, da es unerwünschte diskretionäre Politiken direkter und stärker als bei flexiblen Kursen auf andere Staaten überträgt.[4] Das beste Mit-

---

[2] Rationale Erwartungen beinhalten nichts anderes, als daß sich die Wirtschaftssubjekte bei einer Veränderung beispielsweise der Geldpolitik die langfristigen Konsequenzen für Preisniveau, Produktionsmenge, Wechselkurs etc. ausrechnen und ihre Handlungen darauf einstellen. Hier beginnt jedoch schon das Problem. Selbst wenn die Wirtschaftssubjekte entsprechend eines langfristigen Zeithorizonts agieren, können sie zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, da etwa ein "Monetarist" bei Geldmengenänderungen langfristig nur Preisreaktionen erwartet, während ein "Keynesianer" auch Mengenreaktionen annehmen kann. Rationale Erwartungen verhindern somit nicht, daß sich Menschen über die Zukunft ein gänzlich unterschiedliches Bild machen können (vgl. auch Kap. 1, Exkurs 6).

[3] Diese Theorie entspringt dem neoklassischen Monetarismus, wie er vor allem von M. Friedman nach dem II. Weltkrieg entwickelt wurde. Zur Darstellung und Kritik vgl. beispielsweise Riese 1986. Der sofortige Sprung des Wechselkurses zu einem neuen Gleichgewicht kann verkompliziert werden, wenn die Güterpreise langsamer reagieren als die Preise der Finanzaktiva. In diesem Fall kommt es zu kurzfristig überschießenden Wechselkursen und damit gewissen Währungsturbulenzen (vgl. Dornbusch 1976). Zur Kritik der monetären neoklassischen Währungstheorie vgl. auch Herr 1987b.

[4] "Nach aller historischen Erfahrung sind die großen "Misalignments" von Wechselkursen stets durch Misalignments der Wirtschaftspolitik in den beteiligten Ländern entstanden. Das gegenwärtige System des Floating kann zwar nicht verhindern, daß wirtschaftspolitische Experimente negative Rückwirkungen für andere Volkswirtschaften haben können. Aber es hat den großen Vorzug, den

tel zur Stabilisierung der Wechselkurse ist eine "kontinuierliche" Wirtschaftspolitik in den einzelnen Nationen. Die von Friedman (beispielsweise 1976) vorgeschlagene Geldmengenregel, bei der es weniger auf die Wachstumsrate der Geldmenge, sondern vielmehr auf deren Konstanz und Publizität ankommt (vgl. Herr 1986), würde somit unmittelbar auch die Wechselkurse stabilisieren. Entscheidend ist, daß nationale Geldmengenregeln "die geldpolitische Unsicherheit radikal ausschalten würden. Die kurzfristige Geldmengenunsicherheit und die längerfristige Preisunsicherheit würden gleichermaßen auf ein kleines Maß beschränkt" (Brunner 1988).[5]
Die Vorstellung der monetären Neoklassik entbehrt jeder Grundlage, da die Spekulation gerade nicht stabilisierend ist. Dies hat seinen Grund darin, daß Spekulationen einen teilweise extrem kurzfristigen Zeithorizont haben und Spekulationsgewinne möglich sind, selbst wenn der Spekulant glaubt, daß der Wechselkurs sich von seinem langfristigen Gleichgewicht wegbewegt. Aber auch bei rationalen Erwartungen und einem langfristigen Zeithorizont ist keinesfalls gesichert, daß ökonomische Agenten das neoklassische Modell im Kopf haben, da auch andere Interpretationsmuster der Ökonomie existieren, die das Gleichgewicht der Wechselkurse anders definieren (vgl. Exkurs 6). Es überrascht somit nicht, daß nach aller empirischen Erfahrung sich die Wechselkurse nicht entsprechend den neoklassischen "fundamentals" verhalten.[6] Als weitergehende Kritik dieses Ansatzes kommt hinzu, daß gerade nicht von einer inhärenten Stabilität der "Realsphäre" auszugehen ist, sondern institutionelle Regulierungen und diskretionäre Wirtschaftspolitik in ver-

---

betroffenen Ländern einen Spielraum für eine Politik der Schadensbegrenzung zu verschaffen, den sie in einem anderen Währungssystem nicht hätten" (Neumann 1988).

[5] Die monetaristische Position führt zu einer heftigen Kritik an den USA: "Die Antwort auf die Frage nach einer besseren Währungsordnung ist voll und ganz im Bereich der amerikanischen Politik angesiedelt. Vorab die USA als bedeutende Wirtschaftsmacht sind verantwortlich für eine Neugestaltung der internationalen Währungspolitik. Notwendig ist vor allem eine langfristig orientierte geldpolitische Strategie. Diese müßte auf die Formulierung einer klaren, leicht verständlichen geldpolitischen Linie ausgerichtet sein" (Brunner 1988).

[6] Eine vernichtende Kritik dieser Theorie gibt Dornbusch 1987b, S. 10: "Most importantly, for present purposes, in no case was the predictive performance impressive compared to the total variation in the exchange rate. The clear conclusion is that exchange rates are moved largely by factors other than the obvious, observable, macroeconomic fundamentals. Econometrically, most of the "action" is in the error term. This conclusion tends to undermine any defense of exchange rate variability made on the grounds that it is appropriate given changes in monetary policy."

schiedensten Formen die Reproduktion einer Marktökonomie überhaupt erst ermöglichen, indem sie destabilisierende Marktprozesse regulieren und begrenzen.

5.2.1.2. Die nationale BIP-Regel

Die zweite Variante einer nationalen Regelbindung kann als nominelle BIP-Regel bezeichnet werden, d.h., ein Staat versucht, eine bestimmte nominelle Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erzielen und darüber die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu stabilisieren. Als nationale Geldmengenregel hat die BIP-Regel den Vorteil, daß Schwankungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes oder auch andere "Schocks" - etwa die Veränderung der Investitionsnachfrage - wirtschaftspolitisch ausgeglichen werden können. Die BIP-Regel impliziert somit beim Auftreten von Störungen diskretionäre Wirtschaftspolitik und weicht in diesem Punkt von der Geldmengenregel ab. Dies ist auch der Grund, warum sich sowohl bei Monetaristen als auch Keynesianern Befürworter einer BIP-Regel finden (vgl. zur Diskussion dieser Regel Dornbusch, Frankel 1987b, S. 32f.). Doch auch diese Regel kann nicht befriedigen, da hinter ihr seitens der Monetaristen der Glaube steht, mit einer (durch Wechsel der Umlaufsgeschwindigkeit modifizierten) Geldmengenregel das nominelle Bruttoinlandsprodukt zu steuern, und seitens der Keynesianer, das gleiche Ziel mit diskretionärer Geld- und Fiskalpolitik zu erzielen. Beides ist unrealistisch.
Wie bei der simpleren Geldmengenregel stellt sich auch hier das Problem, daß sich auch nach der eigenen Theorie die Stabilität der Währungsbeziehungen nur dann einstellt, wenn zumindest alle wichtigen Nationen einer BIP-Regel - wenn auch nicht zwingend der gleichen - folgen.[7] Verfolgt nämlich nur ein Land eine BIP-Regel

[7] Vgl. exemplarisch Weizsäcker 1988: "Kann aber das so leidige Problem der starken Wechselkursschwankungen mit Hilfe der BIP-Zielsetzung besser gelöst werden als bisher? Es war ja nicht zuletzt dieses Problem, das zu Abweichungen von den Geldmengenzielen geführt hat. Wenn zwei Länder einigermaßen konsequent eine BIP-Regel verfolgen, dann ist zu erwarten, daß der Wechselkurs der beiden Währungen in ruhigeres Fahrwasser gerät. Das ist nicht zu erwarten für den Wechselkurs zweier Währungen, wenn nur eine unter einem BIP-Regime steht, die andere aber nicht. Hier gilt die inzwischen allgemein akzeptierte Erfahrung, daß die Wechselkurse dazu tendieren, stark zu schwanken, wenn Unklarheit über die künftige Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder besteht. Voraussagbarkeit der Wechselkurse setzt Voraussagbarkeit der Wirtschaftspolitik voraus. Sofern die BIP-Regel zu dieser Voraussagbarkeit der Politik beiträgt, trägt sie auch zu stabileren Wechselkursen bei."

und betreiben die anderen Länder Wirtschaftspolitiken mit wechselnden wirtschaftspolitischen Strategien, so verbleibt nur der Wechselkurs und/oder die Leistungsbilanz als äußerst variable Größen, um eine invariable BIP-Regel binnenwirtschaftlich zu realisieren.
Nationale Geldmengen- und BIP-Regeln haben eine gemeinsame Schwäche, die auch dann nicht verschwindet, wenn unterstellt wird, daß die Ökonomie entsprechend den Vorstellungen der unterlegten Theorien binnenwirtschaftlich stabilisiert wird. Die interne Kontinuität und Stabilität impliziert externe Diskontinuität und Instabilität, da entweder der Wechselkurs stark schwanken muß und/oder große Leistungsbilanzungleichgewichte auftreten. Es muß dann allerdings bei unreguliertem Kapitalverkehr sehr bezweifelt werden, ob externe Prozesse nicht jegliche interne stabile Regel zerstören müssen - etwa wenn eine Abwertung zu Kapitalflucht führt oder eine Aufwertung ein kumulatives Leistungsbilanzdefizit erzeugt. Es ist davon auszugehen, daß Turbulenzen auf dem Weltmarkt vielmehr auf die nationalen Ökonomien destabilisierend zurückwirken.
Stabilität des Währungssystems tritt, wie betont, auch nach den Vorstellungen der Vertreter diverser Regeln nur ein, wenn alle (wichtigen) Nationen einer Regel, wenn auch nicht derselben, folgen. Von dieser Erkenntnis ist es nur noch ein kleiner Schritt zu weltwirtschaftlichen Kooperationsmodellen.

5.2.2. Weltwirtschaftliche Kooperationsmodelle

Die Kooperationsvorschläge gehen von einer weltwirtschaftlich suboptimalen Situation bei Nicht-Kooperation aus; bei Kooperation können somit potentiell alle ihre Lage verbessern. Prinzipiell kann dieser Situationsbeschreibung durchaus zugestimmt werden.
Alle Vorschläge laufen dann auch darauf hinaus, die weltwirtschaftliche "Rationalitätsfalle" durch Etablierung bestimmter weltwirtschaftlicher Institutionalisierungen und Kooperationsmechanismen zu überwinden. Mit der Kooperation ist immer eine Kompetenzübertragung an eine internationale Institution und/oder die Bindung an eine international definierte wirtschaftspolitische Regel verbunden.

5.2.2.1. Der Hankel-Plan einer Weltzentralbank

Der weitgehendste Vorschlag besteht in der Etablierung eines neuen

institutionalisierten Weltwährungssystems mit fixen Wechselkursen und einer Weltzentralbank an der Spitze. Der Hankel-Plan knüpft mehr oder weniger an den Keynes-Plan zum System von Bretton Woods an und impliziert die Einführung eines weltweiten Kunstgeldes als Verrechnungsmittel zwischen Zentralbanken, da eine nationale Währung als Weltgeld als Instabilitätsfaktor der Weltwirtschaft deduziert wird, zumal wenn es sich um den geschwächten Dollar handelt.[8] Der Hankel-Plan umfaßt in seiner Grundstruktur folgende Elemente (vgl. Hankel 1984, S. 181ff.). Die Sonderziehungsrechte, die ähnlich der ECU eine Korbwährung darstellen und als Verrechnungsmittel zwischen Zentralbanken fungieren, sollen ausgebaut werden und den Dollar ersetzen. Zentraler Baustein des Plans ist die Kontrolle der Leistungsbilanzungleichgewichte der einzelnen Staaten. Diese sollen auf ein Maß beschränkt werden, das eine Überschuldung von Nationen verhindert.[9] Im wesentlichen soll eine abgestimmte Geldpolitik der Staaten dieses Ziel erreichen, da nur in Ausnahmefällen Wechselkursveränderungen vorgesehen sind. Die Weltzentralbank definiert zu diesem Zweck zunächst das Wachstum der Weltgeldmenge in Sonderziehungseinheiten und schafft dadurch, wie bei der monetaristischen Geldmengenregel, Berechenbarkeit.[10] Die jährlich dergestalt wachsende Weltgeldmenge wird entsprechend der Sonderziehungskontingente auf die einzelnen Staaten aufgeteilt. Damit soll offensichtlich sowohl für die Einzelstaaten als auch für die Welt insgesamt der nominelle Zuwachs des Weltsozialproduktes bestimmt werden.[11] Über diese Institutionalisierung ist nach Hankel ein Gleichschritt der nationalen Wirtschaftspolitiken garantiert, nationale makroökonomische Politik wird damit beim

---

8 Nach Hankel impliziert die gegenwärtige Situation "eine Fehlkonstruktion im Weltwährungssystem, das die Funktion der (n.ten) Leitwährung einem - notgedrungen 'egoistischen' und dem 'demokratischen' Primat seiner Binnenpolitik unterworfenen - Land zuschreibt statt einer autonomen Weltzentralbank, einer unpolitischen Bundesbank auf Weltebene" (Hankel 1988, S. 14).

9 "Defizite werden nur noch in der Höhe kreditiert, wie ihre Rückzahlung durch demnächstige Überschüsse der Schuldner 'sicher' ist, womit jedes Spekulationsmotiv für Währungsabwertungen entfällt" (Hankel 1984, S. 196).

10 "Die Geldmengenziele der neuen supranationalen Weltzentralbank zeigen klar und unmißverständlich an, was in der Neuen Weltwirtschaft finanziert werden kann und was nicht. Wenn alle Finanziers (Staaten wie Banken) um ein für alle Nationen vorgegebenes Geldangebot konkurrieren müssen, werden auch alle Finanzierungspreise wieder fest und berechenbar" (Hankel 1984, S. 196).

11 Implizit unterstellt Hankel, daß Überschußstaaten keine Sterilisierungspolitik von Devisenüberschüssen praktizieren. Es müßten also Zwangsmechanismen zur Verhinderung solcher Politiken installiert werden.

Hankel-Plan faktisch eliminiert.[12]
Der Hankel-Plan geht nach unserer Meinung sowohl von seiner theoretischen Fundierung als auch von seiner politischen Durchsetzbarkeit an den ökonomischen und politischen Gegebenheiten vorbei und wirkt dadurch eher desorientierend für alternative Politik. Neben unserer generellen Kritik an weltwirtschaftlichen Kooperationsmodellen (vgl. Kap. 5.3.) ist bei Hankel insbesondere die Stabilitätsvorstellung eines "internationalen Monetarismus" zu hinterfragen.[13] Es ist in keiner Weise zu erwarten, daß Weltwirtschaft und Nationalökonomien über Geldmengenvorgaben gesteuert werden können, da Geldmengenveränderungen oftmals endogen erfolgen - also von den Zentralbanken überhaupt nicht gesteuert werden können (vgl. Herr 1986a) - , mit Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes konfrontiert sind und keinerlei Aussagen über Mengen- und/oder Preiswirkungen zulassen. Ein Welt-Monetarismus läßt keine Stabilität der Weltwirtschaft erwarten - es sei denn, man folgt dem neoklassischen Monetarismus, der Geld als Störfaktor einer ansonsten stabilen "Realsphäre" begreift.[14]
Ebenso bedenklich ist, daß durch einen Weltmonetarismus die privaten Kapitalströme stabilisiert werden sollen. Dieses Problem hat zwei Dimensionen. Hankels Weltzentralbank kann nicht verhindern,

---

[12] "Die Weltzentralbank stellt mit den SZR-Kontingenten ein Mittel letzter Liquidität zur Verfügung, das keinerlei monetäre Verschuldung mehr begründet: weder eines Landes noch einer Bank. Empfänger der Weltliquidität sind die Zentralbanken der Mitgliedsländer, die insoweit ein klares Orientierungsdatum erhalten, wieweit sie zu Hause mit ihrer inneren Refinanzierung volkswirtschaftlicher Real- und Expansionsprozesse gehen können. Insoweit bedeuten die Liquiditätsvorgaben der Weltzentralbank sowohl eine Einbindung wie Gleichrichtung der nationalen Geldmengenziele und Expansionsspielräume. Der monetäre und reale Gleichschritt in den Mitgliedsländern wird somit vorprogrammiert durch internationale statt nationale (in SZR ausgedrückte) 'Geldmengenziele'. Wir ersetzen dadurch - wenn Sie so wollen - den nationalen 'Monetarismus' durch einen Vollbeschäftigung und weltweite Kooperation sichernden 'internationalen Monetarismus!'" (Hankel 1984, S. 199).

[13] Es wundert nicht, daß Hankel mit dem unten noch darzustellenden McKinnon-Modell liebäugelt (vgl. Hankel 1984, S. 216).

[14] Hankel geht davon aus, daß die Xeno-Märkte die Kontrolle über die Weltgeldmenge übernommen haben. "In der Post-Bretton-Woods-Ära ist die Funktion des Weltzentralbankiers von einem Land (den USA) und seiner Zentralbank (der FED) auf eine staatenlose Gruppe exterritorialer und anonymer Geschäftsbanken übergegangen - die Xeno-Banken und -Kreditmärkte. Deren Kreditgeschäft bestimmt seitdem, wieviel internationale Reserveliquidität entsteht, zu wessen Gunsten und zu welchen Konditionen" (Hankel 1984, S. 184). Als "Weltmonetarist" muß er die somit postulierte Instabilität der Entwicklung der Weltgeldmenge geißeln. Die Xeno-Märkte sind bei ihm dann auch eine wesentliche Instabilitätsquelle der siebziger und achtziger Jahre. Zur Kritik vgl. Kap. 1, Exkurs 3.

daß privater Kapitalverkehr zeitweise riesige und letztlich destabilisierende Leistungsbilanzdefizite finanziert, da ein solcher Prozeß zunächst ohne Liquiditätsdruck auf Defizitländer und bei unveränderten Wechselkursen ablaufen kann. Gleichermaßen verhindert sein Modell nicht, daß Staaten, deren Währungen aufgrund von politischen oder anderen Gründen ihre Vermögenssicherungsqualität einbüßen und mit Kapitalflucht konfrontiert sind, außenwirtschaftliche Spielräume gänzlich verlieren. Der Keynes-Plan (vgl. Kapitel 1, Exkurs 1) war sich dieser Problematiken bewußt und sah gegebenenfalls einschneidende Kapitalverkehrskontrollen vor. Auch Hankels Vorschlag kann realistischerweise nicht auf Kapitalverkehrsregulierungen verzichten, da ansonsten die Weltzentralbank eine machtlose Institution bliebe. Es muß verwundern, daß Hankel diesen Punkt des Keynes-Plans nicht betont.
Hankels Modell impliziert einen weitgehenden Gleichschritt der Wirtschaftspolitiken der an der Weltzentralbank beteiligten Länder. Angesichts der unterschiedlichen Präferenzen der Staaten für Wachstum, Preisstabilität etc. erscheint auch auf dieser Ebene ein Weltwährungssystem mit weitgehend festen Wechselkursen unbefriedigend.[15]

5.2.2.2. Die Wiederbelebung des Goldstandards

Eine eher kleine Minderheit, die nach kurzer Renaissance Mitte der achtziger Jahre in den USA auch schon wieder an Einfluß verloren hat, plädiert zur Rückkehr zum klassischen Goldstandard mit den Kernpunkten, daß Gold Weltgeld wird, jede nationale Währung in Gold konvertibel sein muß und fixe Wechselkurse existieren (vgl. Lehman/Paul 1982). Nach dieser Auffassung würde ein Goldstandard als Regel- und Disziplinierungssystem stabilisierend auf die Weltwirtschaft wirken, ohne daß es zur formellen Kooperation zwischen den Staaten kommen muß. Die Staaten müßten sich ausschließlich auf den Goldstandard mit den damit unterstellten Regelungen verständigen.[16]

---

[15] Eine abgeschwächte Version des Hankel-Plans wäre die Übertragung des jetzigen EWS auf die Länder Japan, USA und Bundesrepublik (vgl. Bofinger, Gerberding 1988a). Die Problematik eines solchen Vorschlags besteht darin, daß ein Welt-Dollar-Block, ein Welt-Yen-Block oder ein Welt-DM-Block entstehen kann, wobei jeweils das Land mit der härtesten Restriktionspolitik die Marschroute für die Weltwirtschaft diktiert (vgl. dazu auch die Analyse und Kritik in Kap. 4.).

[16] Mit gefährlicher Romantik wird von Vertretern dieser Strömung

Diese Position verkennt jedoch gänzlich, daß der klassische Goldstandard trotz des Goldes im Kern ein Pfund-Standard war. Dessen Stabilität - Stabilität ausschließlich in bezug auf außenwirtschaftliches Gleichgewicht, nicht etwa Preisstabilität oder Vollbeschäftigung - lag an der Hegemonie Großbritanniens, das diskretionäre Geld- und Kreditpolitik betrieb, und nicht am Gold, das eher störend wirkte (vgl. Kap. 1, Exkurs 4). Es ist auch in keiner Weise erklärlich, wie ein Goldstandard die Instabilität des privaten Kapitalverkehrs, Ungleichgewichte der Leistungsbilanz und Wettläufe restriktiver Politiken - etwa wenn eine Nation beginnt, über Leistungsbilanzüberschüsse den Weltgoldschatz aufzuhäufen - verhindern könnte.

5.2.2.3. Hosomis unabhängiger Stabilisierungsfonds

Hosomi (1985) schlägt die Gründung eines internationalen Stabilisierungsfonds der Wechselkurse vor, der durch Einlagen der größten westlichen Industrieländer entstehen und gemeinsam von den einzahlenden Zentralbanken verwaltet werden soll. Konkret sollen die USA 100 Mrd. Dollar sowie Japan und die Bundesrepublik je 50 Mrd. Dollar einlegen oder gegebenenfalls zumindest Kreditzusagen in dieser Höhe in eigener Währung geben. Unter Umständen wäre auch Großbritannien als Mitglied aufzunehmen. Auf Grundlage des so begründeten Vertrauens in diesen Fonds sollte dieser nun eigene Schuldverschreibungen in den zentralen Weltreservewährungen mit verschiedener Laufzeit und normaler Verzinsung an Private ausgeben (vgl. Hosomi 1988). Entscheidend ist nun, daß bei Währungsturbulenzen der Fonds sein Portefeuille benutzt, um die Wechselkurse zu stabilisieren.[17]

---

der Goldstandard betrachtet: "Die Geschichte der funktionierenden internationalen Marktmechanismen führt uns zur multilateralen Währungskonvertibilität. Die Logik führt uns außerdem zur Konvertierbarkeit der Währung in Gold, denn sie ist die einzige erprobte institutionelle Regelung der modernen Geschichte, welche die Schaffung einer effizienten, weltweiten gemeinsamen Währung ermöglicht. Gold ist nicht nur ein unabhängiger Maßstab, sondern der einzige, der mit dem außergewöhnlichen Aufstieg des Westens zu industrieller Vorherrschaft zusammenhängt. Objektiv betrachtet, ist Gold zudem der am wenigsten mangelhafte Währungsstandard der realen Welt, ist es doch erwiesen, daß die Goldproduktion langfristig die stabilste und am stärksten marktverbundene Angebotsregelmäßigkeit aufweist, stabiler als das von Zentralbanken geschaffene Geld oder irgendeine Handelsware beziehungsweise ein Korb von Handelswaren. Nur Gold garantiert eine ehrliche und taugliche Einlösung der Papierwährungen" (Lehrman 1988).

[17] "Würden die Behörden übereinstimmend feststellen, daß die

Unklar ist, wieweit der Fonds bei seinen Interventionen auch gegen den Willen einzelner Zentralbanken intervenieren kann. Die Wirksamkeit des Fonds zur Stabilisierung bzw. Anpassung der Wechselkurse auf ein gleichgewichtiges Niveau setzt letztlich wirtschaftspolitische Kooperation voraus. Hosomi sieht den Fonds daher eher als Instrument zur Organisation der Kooperation als zu deren Ersetzung.[18]

5.2.2.4. McKinnons Weltmonetarismus

McKinnon schlägt für die drei zentralen Währungen Dollar, Yen und DM seit geraumer Zeit (vgl. McKinnon 1974) eine gemeinsame aggregierte Wachstumsrate der Geldmenge vor, die auf Basis der neoklassischen monetären Theorie das Weltpreisniveau stabilisieren soll. Von anderen neoklassischen Positionen setzt sich McKinnon jedoch dadurch ab, daß er ein System fixierter und unveränderlicher Wechselkurse zwischen den drei dominanten Weltwährungen präferiert und eine Regel angibt, die bestimmte Störungen aufzufangen versucht. Ohne das Wachstumstempo der Weltgeldmenge zu verändern, sollen nämlich schwache Währungen eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate der Geldmenge realisieren, während Länder mit starker Währung ihre Geldmenge entsprechend stärker ausweiten sollen. Der Effekt wäre das Entstehen einer positiven Zinsdifferenz zwischen Schwachwährungs- und Starkwährungsländern, die die Wechselkurse verteidigt.[19] Implizit unterstellt McKinnon also ein Währungssystem mit fixen Wechselkursen und symmetrischen Anpassungsprozessen bei De-

---

Wechselkurse der drei (oder vier) Währungen in einer 'negativen Zone' liegen, so können die IMSA-Portefeuillewerte derart umgelagert werden, daß sich die Devisenkurse stabilisieren. Koordinierte Aktionen dieser Art, die von großen Geldmitteln getragen sind, sollten aller Voraussicht nach einen wesentlichen Einfluß auf die Märkte ausüben" (Hosomi 1988).

18 "Eine feste politische Verpflichtung zur Koordinierung wäre Voraussetzung für einen solchen Plan. Tatsächlich stellt die äußerst wirksame Formalisierung einer solchen politischen Verpflichtung den überzeugenden Aspekt des IMSA dar. Hier liegt auch einer seiner Vorzüge gegenüber dem Plaza-Louvre-Akkord: der Fonds wäre eine viel wirkungsvollere Manifestation des politischen Willens und dürfte daher auf die Marktteilnehmer einen stärkeren psychologischen Einfluß ausüben" (Hosomi 1988).

19 "Um die Wechselkurse in die gewünschte Richtung zu lenken, müßte das Land mit schwacher (unterbewerteter) Währung den inländischen Geldzuwachs verlangsamen - falls nötig durch Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze gegenüber dem Ausland - , während die Geldpolitik in den Ländern mit starker Währung vergleichsweise expansiver zu gestalten wäre. Dadurch bliebe die Geldmenge insgesamt mehr oder weniger unverändert" (McKinnon 1988).

visenmarktinterventionen der Zentralbanken - ein Goldwährungssystem ohne Gold und ideal konstruiert, wie es aber historisch nie bestand.
Der Mangel des McKinnon-Modells besteht darin, daß faktisch nur Veränderungen der Geldnachfrage bzw. Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in den einzelnen Staaten ausgeglichen werden können und somit offensichtlich nur dieser Faktor als Störquelle der Ökonomie deduziert wird. Insbesondere geht McKinnon entsprechend der monetaristischen Doktrin von der Stabilität der "Realsphäre" aus. So hat etwa schon expansive Fiskalpolitik in einem der drei Zentren kontraproduktive Wirkungen, da die expansive Fiskalpolitik eines Pols dort die Geldmenge erhöhen, die anderen Pole zu restriktiver Geldpolitik zwingen und die Zinssätze weltweit erhöhen würde (vgl. Dornbusch, Frankel 1987b, S. 44). Entstehende Leistungsbilanzdefizite des expansiver agierenden Pols würden bei privater Finanzierung keinen wirtschaftspolitischen Gleichschritt erzeugen, während dies bei Leistungsbilanzdefiziten, die durch symmetrische Interventionen der Zentralbanken auftreten, der Fall wäre. McKinnon muß also implizit private Kapitalbewegungen unterstellen, die die Leistungsbilanzen im Gleichgewicht belassen. Auch eine Koodination der Fiskalpolitik ist bei seinem Vorschlag unterstellt bzw. die Annahme, daß eine solche aufgrund der Stabilität der "Realsphäre" sowieso unterbleiben sollte. Diese Problematik führt uns zu einem differenzierteren Kooperationsmodell.

5.2.2.5. Williamsons Zielzonenkonzept

Williamson verbindet mit seinem Kooperationsvorschlag faktisch die nationale BIP-Regel (vgl. Kap. 5.2.1.2.) mit einer Steuerung der Leistungsbilanzsalden durch den Wechselkurs. Als nationale und kooperativ abgesteckte Politik werden das Wachstum der nominellen inländischen Nachfrage in den einzelnen Staaten sowie ein realer Wechselkurs definiert, der die Leistungsbilanzsalden reguliert.[20] Die Bestimmung der nominellen Wachstumsziele der einzelnen Nationen sollte auf Basis makroökonomischer Prinzipien erfolgen, die ein internes Gleichgewicht bewirken. So hat ein Land mit relativ

[20] "We suggest that the Group of 7 should agree on a pair of (intermediate) targets that each member of the group would pursue. One would be a target for the growth rate of nominal domestic demand. The other would be a target for the real effective exchange rate" (Williamson 1988, S. 217; vgl. Williamson, Miller 1987).

hoher Erwerbslosigkeit, Leistungsbilanzüberschüssen oder geringer Inflationsrate eine vergleichweise hohe Wachstumsrate anzustreben, während ein Land, das sich durch die umgekehrten Charakteristika auszeichnet, eine geringere Wachstumsrate anzielen sollte. Das Weltzinsniveau ist als Instrument zur Regulierung der Weltwachstumsrate einzusetzen, während die Zinsstruktur zwischen den Ländern der Regulierung der Wechselkurse dienen soll (vgl. Williamson 1988, S. 218f.).

Das Ziel gleichgewichtiger realer Wechselkurse soll nach Williamson durch gleitende Zielzonen der nominellen Wechselkurse erreicht werden. Im wesentlichen sind die Zielzonen den Inflationsdifferenzen zwischen den Staaten anzupassen.[21] Aber auch bei anderen Faktoren - etwa wenn ein Land aufgrund geringen Bevölkerungswachstums oder spezifischer Präferenzen eine permanent unterdurchschnittliche Wachstumsrate realisiert - kommt eine Anpassung der Zielzone in Frage. Die Zielzone sollte nach Williamson zumindest zunächst nicht zu eng gewählt werden und Bewegungen von +/- 10% um den angestrebten nominellen Wechselkurs durchaus einschließen.

Zur Realisierung des internen Wachstums- sowie auch des Wechselkursziels schlägt Williamson den gesamten Kasten makroökonomischer Instrumente vor. Neben der Regulierung des Weltzinsniveaus und der Zinsstruktur zwischen den Staaten ist auch die Fiskalpolitik aktiv zur Erreichung der Wachstumsziele einzusetzen.[22]

Williamson bietet ein ausgefeiltes internationales Kooperationsmodell an, das zwar einen gewissen Druck auf makroökonomischen Gleichschritt beinhaltet, jedoch durchaus auch Sonderwege einzelner Nationen in bezug auf Inflationsrate, Wachstumsrate etc. erlaubt. Ein weiterer entscheidender Vorteil seines Vorschlags besteht darin, daß er auch diskretionäre Wirtschaftspolitik zur Steuerung der Ökonomien vorschlägt und explizit der Fiskalpolitik einen positiven Stellenwert beimißt. Insoweit ist sein Vorschlag

---

[21] "The nominal zones will need to be adjusted regularly to offset differential inflation in order to keep the target zones constant in real terms" (Williamson 1988, S. 219).

[22] "The fiscal stance (i.e., cyclically-adjusted budget surplus or deficit) should be altered if this seems necessary to come close to achieving the target growth rate of nominal domestic demand... This is similar to the flexible use of fiscal policy embodied in the German Growth and Stability Law. Such a 'Keynesian' use of fiscal policy is feasable and sensible provided that it is operated within a medium-term framework designed to ensure that over a period of years the structural budget deficit can be financed by the private sector's net savings and that the debt/GNP ratio remains within prudent bounds" (Williamson 1988, S. 219).

von allen vorgestellten weltweiten Kooperationsmodellen nach unserer Meinung am sympathischsten und von den Politikinstrumenten her am fundiertesten. Überraschen muß allerdings, wie selbstverständlich Williamson die Steuerungskompetenz der Wirtschaftspolitik mittels makroökonomischer Instrumente unterstellt. Aber gerade beim privaten Kapitalverkehr kann der Zinssatz als Steuerungsinstrument bei Portfolioumschichtungen international agierenden Geldvermögens versagen. Dann notwendig werdende massive Devisenmarktinterventionen kommen mit den internen BIP-Regeln in Konflikt. Vor allem bei politisch bestimmter Kapitalflucht ist unklar, wie das Kooperationsmodell von Williamson bei unreguliertem Kapitalverkehr aufrechterhalten werden kann. Auch ist eine Zielzone, die +/- 10% um den angestrebten nominellen Wechselkurs zuläßt. als extrem breit anzusehen, da auch Schwankungen innerhalb der Zonen schon beachtliche Störungen erzeugen können, die dann nicht hinreichend bekämpft werden. Auf binnenwirtschaftlicher Ebene wird - wie bei den meisten der präsentierten Vorschläge - nicht geklärt, wie verhindert werden kann, daß eine nominelle Nachfragesteuerung nicht ausschließlich in Inflation verpufft. Vor allem wird nicht angesprochen, daß Makrosteuerung (bei Vollbeschäftigung) einer funktionierenden Einkommenspolitik bedarf. Schließlich unterstellt der Vorschlag, daß die einzelnen Staaten prinzipiell kooperationsbereit sind und sich davon individuelle Vorteile versprechen. Einem solchen Verhalten stehen jedoch massive ökonomische und politische Hürden entgegen. Dies führt uns zur generellen Kritik der Kooperationsmodelle im nächsten Punkt.

5.3. Die Unwahrscheinlichkeit stabiler weltwirtschaftlicher Kooperation

Es lassen sich drei Bereiche identifizieren, die weltwirtschaftliche Kooperation in einer interdependenten Welt sinnvoll erscheinen lassen, da sie die Entwicklung der Weltwirtschaft positiv beeinflussen können (vgl. Horne, Masson 1988, S. 265ff.). Erstens kann ein Mangel an Informationen sowohl über die wirtschaftspolitischen Strategien der anderen Staaten als auch über die nationalen und weltwirtschaftlichen Effekte der eigenen oder anderen Strategien zu suboptimalen Ergebnissen führen. Dies trifft selbst dann zu, wenn sich die Aktionen der einzelnen Staaten potentiell zu einer harmonisch funktionierenden Weltwirtschaft zusammenaddieren würden, der Weltmarktprozeß also keine Externalitäten aufweist. Ein

Beispiel für diesen Fall wäre, wenn innerhalb der neoklassischen Gedankenwelt die verschiedenen Staaten in Unwissenheit über die nationalen und internationalen ökonomischen Mechanismen permanent diskretionäre Geldpolitik betreiben und die nationale Ökonomie sowie die Weltwirtschaft anhaltend destabilisieren würden. Zweitens kann die Existenz von Externalitäten des Weltmarktes zu suboptimalen Ergebnissen führen. In diesem Fall führt das rationale Verhalten der einzelnen Staaten - selbst bei vollkommenem Informationsstand - zu einer weltwirtschaftlichen "Rationalitätsfalle" oder einem weltwirtschaftlichen "Gefangenendilemma". Ein Beispiel dafür wäre, wenn kein Staat zu expansiver Wirtschaftspolitik trotz interner Spielräume bereit ist, weil er die Konsequenzen einer eventuell entstehenden negativen Leistungsbilanz scheut und nicht ausschließen kann, daß andere Staaten als "free rider" von seiner Politik profitieren. In diesem Fall ist es individuell attraktiver, selbst ebenfalls eine Trittbrettfahrerstrategie zu verfolgen, was dann eben insgesamt in die weltwirtschaftliche "Rationalitätsfalle" führt. Externalitäten bilden den Standardfall der Vorteilhaftigkeit von Kooperation, da das weltwirtschaftliche Wohlfahrtsniveau erhöht werden kann und dadurch potentiell alle gewinnen - zumindest keiner verliert (vgl. Oudiz, Sachs 1984). In unserem Beispiel würde eine gemeinsam geplante Expansionspolitik offensichtlich allen Staaten nutzen, zumindest keinem schaden. Schließlich verbleibt als dritter Punkt die weltwirtschaftliche Unvereinbarkeit der wirtschaftspolitischen Strategien der einzelnen Nationen. So ist es beispielsweise unmöglich, daß alle Staaten einen positiven Leistungsbilanzsaldo realisieren oder alle gleichzeitig ihre Devisenreserven aufbauen. In diesem Fall existieren Nullsummenspiele, bei denen ein "Spieler" nur auf Kosten anderer gewinnen kann. Selbst wenn durch Kooperation weltwirtschaftlich suboptimale Ergebnisse erzielt werden, kann das Resultat für einzelne Staaten dann durchaus optimal sein.

In den ersten beiden Bereichen - Informationsmangel und Externalitäten - bestehen eher "technische Probleme" für die Etablierung von Kooperation. Diese können jedoch beachtliche Schwierigkeiten bereiten. Kooperation zwischen Staaten unterstellt die Einigung auf ein gemeinsames Modell der Funktionsweise der Ökonomie und damit auch auf ein geeignetes Instrument zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles. Vor allem bei der Einschätzung der Wirkungen der Geldpolitik bestehen jedoch beachtliche Meinungsunter-

schiede.[23] Gleiches gilt bei den Sichtweisen zur gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung ökonomischer Variablen. Allerdings sollten diese Punkte nicht überbetont werden, da bei massiven weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten und Konflikten über die ökonomischen Optionen der einzelnen Staaten sowie deren Wirkung mehr oder weniger Klarheit herrscht. Politische Entscheidungsträger dürften sich durchaus auf ein einfaches makroökonomisches Modell einigen können, bei dem zumindest über die grobe ökonomische Wirkung Einigkeit erzielt werden kann. So war auf den verschiedenen Summits Ende der siebziger Jahre und nach 1985 allen klar, daß eine expansivere Fiskalpolitik in Europa und Japan die Leistungsbilanzdefizite der USA bzw. die Schwäche des Dollars gemindert hätte.
Bei der Überwindung von Externalitäten taucht immer das Problem auf, daß Kooperation die Überwachung der einzelnen Teilnehmer und gegebenenfalls auch Sanktionen bei Verletzung der getroffenen Vereinbarungen bedingt, da gegenseitiges Vertrauen nicht vorausgesetzt werden kann. Die Kosten der Lösung dieser Probleme in bezug auf tatsächlichen Ressourcenaufwand und potentiell verspätetem Handeln aufgrund zeitraubender Verhandlungen können die Vorteile der Kooperation durchaus übersteigen. Allerdings dürfte dieses Problem nur verstärkt bei dem Versuch einer wirtschaftspolitischen "Feinsteuerung" auftreten und weniger bei mittelfristigen Abstimmungen der wirtschaftspolitischen Strategien, die allein sinnvoll sein können. Problematischer ist, daß es auf internationaler Ebene keine unmittelbaren Sanktionsmittel gibt, die bei Nichteinhaltung von Kooperationsvereinbarungen eingesetzt werden können. Dabei gibt es durchaus Anreize zum Bruch von Vereinbarungen. Abgesehen von geplantem Hintergehen der Kooperationspartner kann es sinnvoll sein, eine zunächst geplante Politikstrategie bei veränderter Umwelt später nicht einzuhalten. So kann die Verpflichtung eines Landes zu restriktiver Geldpolitik über Erwartungseffekte bei den Tarifpartnern etc. die Inflationsrate unmittelbar ohne Durchführung der restriktiven Politik senken, und es ist dann unnötig, die restriktive Politik tatsächlich durchzuführen (vgl. Kydland, Prescott 1977). Auch verändert sich nach Ablauf einer bestimmten Zeit-

[23] Frankel 1987 hat gezeigt, daß bei 12 relevanten ökonometrischen Weltmodellen zwar bei Output-, Preis- und Wechselkurseffekten ähnliche Ergebnisse entstehen, bei der Geldpolitik in bezug auf die Leistungsbilanz jedoch total unterschiedliche Ergebnisse entstehen. So ist unklar, wieweit expansive Geldpolitik über eine Abwertung die Leistungsbilanz verbessert oder über die Stimulierung der Ökonomie und den entstehenden Importsog die Leistungsbilanz verschlechtert.

spanne die faktische Entscheidungsgrundlage für ein Land, so daß strategische Entscheidungen nicht unabhängig von der Zeitperiode sind. Zwischen Glaubwürdigkeit eines Landes und Effizienz des Handelns kann also durchaus ein Konflikt entstehen (vgl. Reszat 1986, S. 281f.).[24] Auch solche Kooperationshemmnisse lassen sich jedoch noch relativ leicht ausräumen. Wiederholtes bewußtes Unterlaufen von Vereinbarungen führt zur Zerstörung der Vertrauenswürdigkeit eines Landes, was den zukünftigen Politikspielraum einengen würde. Länger andauernde Kooperationsprozesse lassen deshalb vermuten, daß selbst ohne direkte Sanktionsmöglichkeiten die Einhaltung von Vereinbarungen gewährleistet ist (vgl. Canzoneri, Henderson 1988). Auch lassen sich Kooperationsformen finden, die auf sich ändernde ökonomische Prozesse flexibel reagieren.
Die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Kooperation sinkt mit der Anzahl der Teilnehmer, da sowohl der Abstimmungsbedarf als auch der Zeitaufwand zur Einigung und vermutlich auch die Unterlaufungsmöglichkeiten von Vereinbarungen zunehmen. Dies ist auch ein Argument dafür, daß etwa eine europäische Kooperation weitaus wahrscheinlicher als eine weltweite ist.[25]
Ohne die so benannten "technischen Probleme" zu verharmlosen, muß dennoch davon ausgegangen werden, daß eine Kooperation zustandekommt, wenn die Vorteile des Informationsaustausches und der Überwindung von Externalitäten große Wohlfahrtsgewinne aller Staaten bedingt. Zumindest sind die "technischen Probleme" von ihrer Anlage her reduzier- und lösbar. Der weitaus härtere Faktor, der Kooperation erschwert oder meist verhindert, besteht darin, daß sich einzelne Staaten durch Kooperation selbst bei einer suboptimal funktionierenden Weltwirtschaft keinen Vorteil erhoffen oder gar ihre Lage schlechter einschätzen. Bei einer solchen Konstellation ist Kooperation schwerlich zu erreichen, und die Weltwirtschaft stellt sich als prinzipiell konfliktträchtig dar. In diesem Zusammenhang wurde gezeigt, daß Kooperation den Wohlstand einzelner

---

[24] Als Beispiel kann auch die Verpflichtung der Bundesrepublik auf dem Summit 1978 gelten, expansivere Fiskalpolitik durchzuführen. Nachdem die Schmidt-Regierung die expansive Politik gerade eingeleitet hatte, veränderte sich das weltwirtschaftliche Umfeld - wesentlich aufgrund der Nicht-Kooperation der Bundesbank - schlagartig und engte den Spielraum expansiver Fiskalpolitik ein (vgl. Kap. 1.3.2.).

[25] "The costs of coordination are likely to rise with the number of participants, so that limited cooperation, whether among the larger industrial countries or within regional groups, is more likely than cooperation on a global basis" (Horne, Masson 1988, S. 284).

Nationen nur geringfügig erhöht (vgl. Oudiz, Sachs 1984) oder gar kontraproduktiv sein kann (vgl. Rogoff 1985).
Das größte Hindernis für Kooperation besteht jedoch darin, daß etliche weltwirtschaftliche Zusammenhänge als Nullsummenspiel aufgefaßt werden müssen. Das wohl deutlichste Beispiel eines solchen Nullsummenspiels dreht sich primär um die merkantilistische Strategie eines Leistungs- und noch besser Handelsbilanzüberschusses, wobei die stabilitätsorientierte Unterbewertung als die erfolgreichste und durchschlagendste Strategie zur Erzielung eines solchen Resultates anzusehen ist. Es gibt eine Reihe von rationalen ökonomischen wie politischen Gründen dafür, daß ein Staat Leistungs- bzw. Handelsbilanzüberschüsse anstrebt (vgl. Guerrieri, Padoan 1986). Der wohl wichtigste Punkt ist der, daß ein Land mit anhaltenden Leistungsbilanzüberschüssen in eine (Netto-)Gläubigerposition gerät, die sowohl ökonomische als auch politische Effekte bewirkt, die für das Land von Vorteil sind (vgl. Kap. 1, Exkurs 2). Angesichts dieser ökonomischen und politischen Vorteile von Leistungsbilanzüberschüssen fällt es schwer, Argumente für eine generelle Bereitschaft zur Kooperation zu finden, wie sie bei den Weltkooperationsmodellen unterstellt ist. Staaten, die in der Lage sind, Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, erfahren eher den Impuls, die Situation so zu belassen. Zwar wollen dann die "unterliegenden" Staaten kooperieren, jedoch bewirkt dies wenig.
Wir gehen davon aus, daß ein Weltkooperationsmodell, abgesehen von den "technischen Problemen", zwingend an den ökonomischen und noch wichtiger machtpolitischen Interessen der Einzelstaaten oder Blöcke scheitern muß, da die Weltökonomie in etlichen - nicht allen - Punkten ein Nullsummenspiel ist. Es spricht nichts dafür, daß die bislang nichtkooperativen Strategien der dominanten Weltmarktakteure plötzlich in Kooperation umschlagen. Damit ist auch nicht davon auszugehen, daß Regierungen Kompetenzen auf Weltinstitutionen übertragen oder sich auch nur an ein System fester wirtschaftspolitischer Regeln halten werden.[26] Jede realistische währungspolitische Option ist gut beraten, in absehbarer Zeit von

[26] "There is no reason to believe that any change in the unwillingness to sacrifice autonomy has occurred since the 1960s.On the contrary, were it not for the risk of dollar collapse and protection we might not see the little collaboration that is there. A system that does not have teeth is unlikely to generate collaboration which is perceived as inconvenient if not costly" (Dornbusch, Frankel 1987b, S. 42).

einem Regime weltwirtschaftlicher Nichtkooperation auszugehen und auf dieser Basis ihre Vorstellungen zu entwickeln.

5.4. Ein alternatives Weltwährungs-Szenario

5.4.1. Ein Plädoyer für die Dissoziation der international integrierten Kapitalmärkte

Ohne die Existenz einer eindeutigen Hegemonialmacht, die aufgrund ihrer politischen und realökonomischen Kraft die Weltwirtschaft und damit auch das Weltwährungssystem, die weltwirtschaftlichen Kapitalströme, die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden etc. steuert, fällt die Weltwirtschaft in eine der Tendenz nach restriktive und instabile Konstellation. Im Rahmen einer polyzentrischen Welt und integrierter internationaler Kapitalmärkte kommt es zur harten Konkurrenz zwischen verschiedenen nationalen Währungen, die potentiell Weltgeld werden können. Ökonomische Dominanz ist in einem solchen Multiwährungsstandard über die weltweit restriktivste Stabilitätspolitik und den Aufbau einer Gläubigerposition mittels Leistungsbilanzüberschüssen möglich. Weltwirtschaftlich stabilisierende Funktionen - wie die eines lenders of last resort - fehlen in einem solchen Szenario (vgl. Kap. 1.). Die Weltwirtschaft, wie sie sich seit den siebziger Jahren verstärkt herausbildet, zeigt Strukturzusammenhänge, die einem Multiwährungsstandard entsprechen. Zwar sind die USA und der Dollar noch bei weitem der stärkste Wirtschafts- und Währungspol, jedoch läßt sich schwerlich noch von einer US-Hegemonie auf ökonomischem Gebiet sprechen, da andere Pole weder von den USA zu einer spezifischen Wirtschaftspolitik gezwungen werden können, noch die USA als "Führer" auf freiwilliger Basis akzeptiert werden. Eine neue Hegemonialstruktur auch nur innerhalb der westlichen Welt ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß sich in der Weltwirtschaft noch deutlicher polyzentrische Strukturen herausbilden. Prinzipiell gibt es drei Möglichkeiten zur Veränderung der derzeitigen weltwirtschaftliche Konstellation:

(1) Kooperation zwischen den zentralen weltwirtschaftlichen Blöcken mag es zwar an bestimmten Punkten geben, jedoch muß eine stabile und durchgreifende Kooperationslösung der Weltwirtschaft als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden (vgl. Kap. 5.3.), so daß eine wirtschaftspolitische Strategie realistischerweise von der Nichtkooperation ausgehen muß. Weitreichende weltweite Institutio-

nalisierungen, die zur Kontrolle der Konkurrenz der Währungen letztlich alle strikte Regulierungen des Kapitalverkehrs beinhalten müßten, scheinen nach unserer Meinung derzeit und in absehbarer Zukunft nicht erreichbar zu sein.

(2) Bliebe die Flucht nach vorne zur Etablierung einer irgendwie gearteten Weltregierung mit einheitlicher Währung, gemeinsamer Geld- und Fiskalpolitik etc. Selbstredend wären hier die Probleme störender internationaler Kapitalbewegungen, Blockaden der Weltwirtschaftspolitik etc. beseitigt, und es gäbe "nur" noch - vermutlich gewaltige - Strukturprobleme bestimmter Regionen (vgl. dazu die Diskussion über das europäische Währungssystem in Kap. 4.). Auch schon innerhalb der westlichen Welt springt die Realitätsferne - ganz abgesehen von der Wünschbarkeit - einer solchen Option unmittelbar ins Auge.

(3) So verbleibt die Stärkung der wirtschaftspolitischen Autonomie der sich herausbildenden Wirtschaftsregionen mittels Dissoziation der internationalen Kapitalmärkte.[27] Der Zweck einer solchen Dissoziation ist die Brechung der derzeit immer bestimmenderen "Herrschaft des Kapitalverkehrs" (Sievert 1986) und die Regeneration der politischen Steuerungskapazität der einzelnen Länder und Wirtschaftsräume. Eine Entwicklungstendenz der Weltwirtschaft läuft sowieso auf die Bildung mehrerer intern relativ eng ökonomisch und politisch verbundener Blöcke hinaus - besonders deutlich bei der EG und bei der zunehmenden ökonomischen Integration der USA, Kanadas und Teilen Süd- und Mittelamerikas - , so daß diese Tendenz gegenüber der weiteren Integration und Globalisierung der Kapitalmärkte im Grunde nur verstärkt werden müßte.

Der Orientierung auf größere Wirtschaftsräume unterliegt die Einschätzung, daß kleinere und auch mittlere Nationalstaaten als eigenständige Pole der sich entwickelnden polyzentrischen Weltwirtschaft zu klein sind - anders ist dies selbstverständlich bei großen Staaten, etwa den USA, die alleine einen Block bilden könnten. Dies bezieht sich nicht nur auf die wirtschaftliche Effizienz

---

[27] Genau diesen Punkt arbeitet Tobin (1978, S. 154) heraus: "There are two ways to go. One is toward a common currency, common monetary and fiscal policy, and economic integration. The other is toward greater financial segmentation between nations or currency areas, permitting their central banks and governments greater autonomy in policies tailored to their specific economic institutions and objectives. The first direction, however appealing, is clearly not a viable option in the foreseeable future, i.e. the twentieth century. I therefore regretfully recommend the second" (Tobin 1978, S. 154, vgl. auch Dornbusch, Frankel 1987b).

innerhalb größerer Wirtschaftsräume bei (auch ökologisch sinnvoller) Produktion, technologischen Entwicklungen, Forschungsbemühungen etc., sondern auch auf den Erhalt politischer Unabhängigkeit. Zwar bliebe die Möglichkeit, daß sich ein kleines Land in eine "Nische" begibt und über Außenhandel die gleichen Effizienzvorteile wie ein großer Wirtschaftsraum erzielt, jedoch würde eine solche Option die Weltwirtschaft als elementaren potentiellen Destabisierungsfaktor bestehen lassen. Kleine Länder koppeln sich in ihrer Wirtschaftspolitik folglich immer an ein großes Land oder einen Währungsblock an. Für die Bundesrepublik, die zwar weltwirtschaftlich in erster Linie aufgrund ihrer erfolgreichen handelsmerkantilistischen Strategie eine zentrale Rolle spielt, jedoch gleichwohl zu den "mittleren" Ländern mit vielen technologischen Spitzenstellungen gehört, verbleibt sowohl ökonomisch als auch politisch nach unserer Sicht nur die Option der Integration in eine demokratisch strukturierte EG (vgl. Kap. 4).
Da zumindest mittelfristig aufgrund unterschiedlicher weltwirtschaftlicher Strategien und Interessen keine stabile wirtschaftspolitische Kooperation zwischen den Blöcken und auch keine machtvolle internationale Organisation zur Regulierung der Weltwirtschaft zu erwarten ist - im Gegenteil, die USA als Hegemonialmacht verlieren diese Rolle zunehmend - , bleibt zur Stabilisierung der europäischen Ökonomien und zur Erhaltung bzw. zum Wiederaufbau politischen Handlungsspielraums nur die Dissoziation einer intern demokratisch strukturierten EG vom globalisierten internationalen Kapitalmarkt (vgl. Kap. 4.).
Die Regulierung des Kapitalverkehrs zwischen den weltwirtschaftlichen Blöcken kann durch verschiedene Instrumente erzielt werden. Zu denken ist an die Einführung einer Devisenumsatzsteuer oder Zinsausgleichssteuer, die die kurzfristige Spekulation verhindert. Solche indirekten Kapitalverkehrsregulierungen haben die größte Effizienz bei gleichzeitigen Maßnahmen beim Ab- und Zuflußland von Kapital. Da eine solche Zweiseitigkeit der Maßnahmen im Außenverhältnis des EWS nicht generell zu unterstellen ist, die wirtschaftspolitische Kooperation zwischen den Blöcken geringer ausfallen dürfte als innerhalb und der langfristige Kapitalverkehr schwerlich durch eine Devisenumsatzsteuer abgeschreckt wird, sind auch direktere Regulierungen des Kapitalverkehrs nicht zu umgehen. Xeno-Markt-Zentren innerhalb des EWS wären - auch schon aus inneren Gründen - den nationalen Regulierungen wieder zu unterwerfen, um auch bei ihnen administrative Maßnahmen durchsetzen zu

können. Ein europäischer Block sollte sein politisches Gewicht daneben weltweit für die Beseitigung der Xeno-Zentren einsetzen. Ein Problem bilden "blockübergreifende" Konzerne, die es bisher im wesentlichen nur bei Produktionsunternehmen gibt. Deren Entflechtung und eine generelle Kontrolle der Konzentrationsentwicklung in der Ökonomie erhöhen nicht nur die Effizienz von Kapitalverkehrsregulierungen, sondern dienen gleichzeitig auch ordnungspolitischen Zielen (vgl. Kap. 2.3.). In den wenigen Bereichen, in denen Forschung und Entwicklung blockübergreifend sinnvoll erscheinen, bedarf es keiner multinationalen Konzerne, um dieses Ziel zu erreichen. Forschungskooperation zwischen Staaten und/oder einzelnen Unternehmen erscheint hier wenigstens ebenso geeignet.

5.4.2. Ein Weltwährungssystem ohne Dominanz- und Abhängigkeitsstrukturen

Ein Weltwährungssystem in einer polyzentrischen Welt - so wie sie sich konkret derzeit entwickelt - muß den Rahmen für das gleichberechtigte Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsräume und -systeme abgeben. Da in dieser Welt sich kein Wirtschaftspol durch andere anhaltend dominieren läßt, wird schon aufgrund dieses Sachverhalts die relative Eigenständigkeit und gesamtwirtschaftliche Binnenzentriertheit der großen Regionen erzeugt.
Ein Weltwährungssystem muß auch ein Nebeneinander von Wirtschaftsblöcken erlauben, die intern äußerst unterschiedlich strukturiert sind. Diese Anforderung ergibt sich auch aus dem Umstand, daß sowohl die Sowjetunion und China als auch große Entwicklungsländer wie Indien etc. sich vermutlich verstärkt in den Weltmarkt integrieren, ohne sich allerdings in Abhängigkeit begeben zu wollen. Eine Weltwirtschaftsordnung und ein Weltwährungssystem sollten die intern unterschiedliche Entwicklung dieser Regionen erlauben und keinen Anpassungsdruck über Weltmarktprozesse beinhalten, der in die Richtung eines einheitlichen "Weltmodells" tendiert. Im letzteren Fall würden sich einzelne Regionen letztlich von jeglicher weitergehenden Weltmarktintegration abwenden.
Die ökonomische Grundanforderung an ein gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsblöcke ist die politische Norm mittelfristig grundsätzlich ausgeglichener Leistungsbilanzen. Dies impliziert, daß gegebenenfalls als notwendig erachtete Ungleichgleichgewichte der Leistungsbilanzen ebenfalls politisch gesteuert sein sollten. Tendenziell und mittelfristig ausgeglichene Lei-

stungsbilanzen verhindern sowohl den Im- und Export von Erwerbslosigkeit als auch den Aufbau von Gläubiger-Schuldner-Position zwischen Staaten. Beides impliziert unseres Erachtens Dominanzverhältnisse zwischen Wirtschaftsblöcken bzw. Wohlfahrtsgewinne wie - verluste über spezifische Beschäftigungseffekte. Die Norm tendenziell ausgeglichener Leistungsbilanzen führt zur Dominanz der Gütermärkte gegenüber den Kapital- und Vermögensmärkten.
Die Standardtheorie - vor allem die Neoklassik - , die zum Ergebnis eines harmonischen ökonomischen Zusammenwirkens der Staaten kommt, betont die letztliche Dominanz der Gütermärkte und hält Vermögensmärkte über das Postulat stabilisierender internationaler Spekulation etc. mittelfristig für untergeordnet. Dieser Auffassung folgen wir nicht. Wir gehen unter heutigen Bedingungen bei internationalen ökonomischen Prozessen von der Dominanz der Vermögensmärkte aus, so daß vor allem im System mehrerer konkurrierender Weltwährungen die internationalen Vermögensmärkte kontrolliert werden müssen, um Güter- und Arbeitsmärkte gesellschaftlich regulieren zu können.
Unregulierte internationale Kapitalmärkte sind nicht in der Lage, einen mittelfristigen Ausgleich der Leistungsbilanzen zu bewerkstelligen. Dies zeigt die historische Entwicklung der Weltwirtschaft ab den siebziger Jahren, die quantitativ im Vergleich zu früheren Phasen einzigartigen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden erzeugt haben. Steuerung und gegebenenfalls Kontrolle von internationalen Kapitalmärkten ist die unumgängliche Voraussetzung des Erhaltes der ökonomischen und politischen Autonomie ganzer Wirtschaftsblöcke und der Beseitigung destabilisierender Leistungsbilanzungleichgewichte. Auch eine internationale Lösung weltwirtschaftlicher Kooperation und Steuerung, etwa die Wiederbelebung der ursprünglichen Vorstellungen des Bretton-Woods-Systems (vgl. Kap.1, Exkurs 1), würde ohne die Regulierung des Kapitalverkehrs nicht auskommen.
Prinzipiell sollte die Steuerung der europäischen und der nationalen Außensalden über die Regulierung der Wechselkurse erfolgen, was unmittelbar schon die Notwendigkeit der Regulierung des Kapitalmarktes verdeutlicht. Protektionismus - speziell in selektiver und temporärer Form - hat daneben einen durchaus berechtigten Platz, falls Wechselkursbewegungen die Leistungssalden nur ungenügend ausgleichen sollten. Auf alle Fälle sollte deutlich sein, daß die EG keine merkantilistischen Strategien anderer Blöcke er-

möglicht.[28] Dies könnte unmittelbar die Strategien anderer Blöcke tangieren, die - zumindest bezogen auf die EG - dann ebenfalls eine binnenzentrierte Strategie verfolgen müssen. Dies wird die Kooperationsbereitschaft insgesamt erhöhen.
Eine Weltwirtschaft, die die internationalen Vermögensmärkte kontrolliert und den mittelfristigen tendenziellen Ausgleich der Leistungsbilanzsalden erzwingt, sagt noch nichts über die Intensität internationalen Handels aus (vgl. Kap. 2.). Im Gegenteil, die Kontrolle der internationalen Vermögensmärkte kann sich als Voraussetzung erweisen, um überhaupt den Welthandel aufrechtzuerhalten. Zumindest hat die Regeneration der internationalen Vermögensmärkte in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts zusammen mit der Währungskonkurrenz zwischen Pfund und Dollar in den dreißiger Jahren zum Zusammenbruch des Welthandels geführt. Der Grund war eindeutig die Instabilität der internationalen Vermögensmärkte und die politische Unwilligkeit bzw. Unfähigkeit - im wesentlichen aufgrund der politischen Blockade zwischen den damals relevanten Weltmächten - , diese zu kontrollieren.
Eine EG, die sich aus der Instabilität der internationalen Vermögensmärkte durch Außenregulierungen des Kapitalverkehrs abkoppelt, ist auch ein entscheidender Beitrag zum Aufbau einer neuen stabileren internationalen Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung. Je mehr Wirtschaftsräume ihre externen Leistungsbilanzsalden kontrollieren und nicht mehr dem Einfluß internationaler Kapitalbewegungen überlassen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, auch weltweite Regulierungen installieren zu können.
Die EG sollte ihre Kooperationsbereitschaft allen anderen Ländern und Wirtschaftsräumen anbieten, die die Institutionalisierungen des EWS - ausgeglichene Leistungsbilanz und Regulierungen des Kapitalverkehrs - akzeptieren. Intensiver Handel ist dadurch mit allen Ländern und Regionen möglich, und dies unabhängig von deren konkreter interner ökonomischer Strukturierung.
Eine internationale Geldwirtschaft mit dominierenden Kapital- und Vermögensmärkten bedarf als Funktionsvoraussetzung eines stabilen Weltgeldes (vgl. Kap. 1, Exkurs 4). Die Instabilität der Weltwirt-

[28] Um Mißverständnisse zu vermeiden: bislang war die extreme Restriktionspolitik der Bundesrepublik und des EWS ein zentraler Störfaktor in der Weltwirtschaft, der durch eine andere Orientierung hierzulande beseitigt wäre. Es bliebe aber erstens die Möglichkeit, daß andere die freiwerdende Stelle des "Stabilitätsankers" einnehmen, und zweitens die grundlegende Instabilität unregulierter Märkte, woraus sich die Notwendigkeit äußerer Abschirmung ergibt.

schaft seit den siebziger Jahren ist denn auch zu einem guten Teil der Erosion des Weltgeldes Dollar geschuldet (vgl. Kap. 1). In einer Weltwirtschaft nach unseren Vorstellungen verliert Weltgeld in seiner Funktion als Medium internationaler Liquidität und Inhalt internationaler Schuldverträge seitens weltweit agierender privater Agenten sein Gewicht. Da die Stabilität der Weltwirtschaft durch Regulierungen des Kapitalverkehrs erzielt und die Kreditverflechtung zwischen den Blöcken eher reduziert werden soll, bedarf es auch keines privat frei verfügbaren Weltgeldes.
In einer internationalen Geldwirtschaft kann privates Weltgeld nur eine nationale Währung sein, die von Vermögensbesitzern besonders präferiert wird. In einem Hegemonialsystem stellt der Hegemon mit seiner nationalen Währung Weltgeld zur Verfügung, das zu einem Medium der Absicherung und Betätigung seiner Vormachtstellung wird. In einem Multiwährungsstandard, wie er sich derzeit herausbildet, führt die Konkurrenz nationaler Weltanlagenwährungen zu instabilem Weltgeld, das zu einem eigenen Störfaktor der Weltwirtschaft wird. Die Überwindung der Widersprüche eines Multiwährungsstands in die Richtung der Etablierung eines allgemeinen privat verfügbaren Weltgeldes setzt eine Weltregierung voraus. Dies ist sowohl illusorisch als auch in absehbarer Zeit nicht wünschenswert.
Faktisch bleibt deshalb nur die Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, um zerstörerische Marktinstabilitäten zu verhindern und weitergehende politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.
Internationales Kunstgeld - beispielsweise die Sonderziehungsrechte beim Währungsfonds - sind ein gänzlich anderes Phänomen, da es sich dabei nur um Verrechnungsmittel zwischen Zentralbanken handelt. Der Ausbau solcher Kunstgelder als Verrechnungsmittel sollte durchaus vorangetrieben werden. Jedoch liegen die Probleme der Weltwirtschaft nicht am Fehlen solcher Kunstgelder, da sie die Instabilität von Kapitalbewegungen nicht beheben würden. Sie können allenfalls als Kooperationsmedien zwischen Zentralbanken fungieren.

5.4.3. Eine Chance für die Dritte Welt

Die Dritte Welt könnte durch ein europäisches Währungssystem, das nicht mehr in merkantilistischer Weise Länder der Dritten Welt nur als Exportmärkte sieht, ihre außenwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven entscheidend verbessern. Neben dem Abbau der Außen-

verschuldung, die ab Anfang der achtziger Jahre verstärkt entwicklungshemmend wirkt (vgl. Kap. 1.4.), und internen Strukturreformen, die die wesentlichste Entwicklungsvoraussetzung sind (vgl. Kap. 1, Exkurs 7), sollte ein europäischer Block ausreichend Exportmärkte für die Dritte Welt bieten, damit diese sich die notwendigen Importe ohne Verschuldung erwirtschaften können, ohne jedoch dadurch den rein exportorientierten Entwicklungsstrategien seitens Teilen der Dritten Weltvorschub zu leisten.
(Netto-)Ressourcentransfers in die Dritte Welt sollten nur in der Form von Geschenken oder allenfalls öffentlichen Krediten stattfinden. Insgesamt kann jedoch auch für die Dritte Welt gelten, daß eine tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanz die günstigste Voraussetzung einer gleichberechtigten Integration in den Weltmarkt bietet. Dahinter steht die Überzeugung, daß Ressourcentransfers in die Dritte Welt keine interne Entwicklungsdynamik erzeugen können und auch nur in spezifischen Fällen sinnvoll erscheinen (vgl. Kap. 1, Exkurs 7). Öffentliche Kredite - soweit sie als entwicklungsfördernd erachtet werden - könnten durchaus seitens übernationaler demokratischer Institutionen reguliert werden. So könnte die Weltbank entwicklungspolitische Finanzierungen übernehmen, wenn die Lösung der Schuldenproblematik den Weg dafür freimachen würde.

Literatur

Abelshauser, W., 1983: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt

Aldcroft, D.H., 1978: Die zwanziger Jahre, München

Altvater, E., 1984: Das Ende vom Anfang der Verschuldungskrise. In: WSI-Mitteilungen, Vol. 37

Altvater, E., 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg

Altvater, E., u.a., 1987: Die Armut der Nationen, Berlin

Aschinger, F.E., 1973: Das Währungssystem des Westens, Frankfurt

Berghahn, V., 1985: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt

Bliss, C., 1985: The Rise and the Fall of the Dollar. In: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 2

Bofinger, P., 1988: New Rules for the European Monetary System? In: Geld und Währung, Vol. 4, H.1/2

Bofinger, P., Gerberding, C., 1988a: Das EWS als Modell für die Weltwährungsordung ? In: Wirtschaftsdienst, Vol. 68

Borchert, K., Cipolla, C.M. (Hrsg.), 1980: Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart, New York

Brunner, K., 1988: Geldmengenregel als effizientes Ordnungsprinzip. In: Neue Zürcher Zeitung vom 17.8.

Calleo, D.P., 1980: Inflation and American Power. In: Foreign Affairs, Vol. 5

Calleo, D.P., 1981: Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr, Bonn

Calleo, D.P., 1987: Beyond American Hegemony. The Future of the Western Alliance, New York

Calleo, D.P./Cleveland, van H.B./Silk, L., 1988: The Dollar and the Defence of the West. In: Foreign Affairs, Vol. 66

Canzoneri, M.B., Henderson, D.W., 1988: Strategic Aspects of Macroeconomic Policymaking in Interdependent Economies, Washington

Cecchini, P., 1988: Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden

CEPS Macroeconomic Policy Group, 1987: The Two-Handed Growth Strategy for Europe- External Autonomy through Flexible Cooperation, Centre for European Policy Studies, Brüssel

Czempiel, E.-O., 1966: Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949, Berlin

Czempiel, E.-O. u.a., 1985: Politik und Wirtschaft in den USA, Strukturen-Probleme-Perspektiven, Köln

Davidson, P., 1980: The Dual Facetted Keynesian Revolution. In: Journal of Post-Keynesian Economics, Vol. 3

Davidson, P., 1982: International Money and the Real World, London

Davis, M., 1986: Phönix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den 80er Jahren, Berlin

Debray, R., 1986: Die Weltmächte gegen Europa, Reinbek

Deutsche Bundesbank, 1981: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1981, Frankfurt

Deutsche Bundesbank, 1986: Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 3, Frankfurt

Deutsche Bundesbank, 1987: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1987, Frankfurt

Deutsche Bundesbank, 1988: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1988, Frankfurt

Deutsche Bundesbank, 1988a: Geschäftsberichte für das Jahr 1987, Frankfurt

Deutschmann, C., 1987: Die japanische Aufwertungskrise - Lehren für die Arbeitsmarktpolitik, Discussion Paper IIM/LMP 87-14, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Donges, J.B., 1981: Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik, Berlin u.a.

Dornbusch, R., 1976: Expectations and Exchange Rate Dynamics. In: Journal of Political Economy, Vol. 84

Dornbusch, R., 1980: Exchange Rate Economics: Where Do We Stand? In: Brookings Papers on Economic Activity

Dornbusch, R., 1986: Unemployment: Europe's Challenge of the '80s. In: Challenge, September-October

Dornbusch, R., 1986a: Flexible Exchange Rates and Excess Capital Mobility. In: Brookings Papers on Economic Activity

Dornbusch, R., 1987: Prosperity or Price Stability. In: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 31

Dornbusch, R., 1987a: Exchange Rate Economics: 1986. In: The Economic Journal, Vol. 97

Dornbusch, R., Frankel, J., 1987b: The Flexible Exchange Rate System: Experience and Alternatives, Revised Paper for a Conference on "Survival and Growth in a Polycentric World Economy", Basel

Emminger, O., 1976: Deutsche Geld- und Währungspolitik im

Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht 1948-1975. In: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt

Emminger, O., 1986: D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Die Erinnerungen eines Bundesbankpräsidenten, Stuttgart

Engels, W., 1985: Über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; Kritik des Wohlfahrtsstaates, Theorie der Sozialordnung und Utopie der sozialen Marktwirtschaft, Bad Homburg

Fischer, J., Herr, H., Voy, K., 1983: Der Weg der Dollarmacht. Zur Entwicklung des Weltwährungssystems nach dem II. Weltkrieg. In: Kommune 9

Frankel, J., 1987: Ambiguous Macroeconomic Policy Multipliers, in Theory and in Twelve Econometric Models. Working Paper 8725, University of California, Berkeley

Franzmeyer, F., 1970: Stufenpläne zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG. In: DIW-Wochenbericht 16

Franzmeyer, F., 1970a: Bandbreitenverengung bei Stufenflexibilität - ein Schritt zur EWG-Währungsunion? In: DIW-Wochenbericht 47

Friedman, M., 1953: The Case for Flexible Exchange Rates. In: M. Friedman, Essays in Positive Economics, Chicago

Friedman, M., 1976: Die Rolle der Geldpolitik. In: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays, Frankfurt

Fröbel, F., Heinrichs, J., Kreye, O., 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek

Fröbel, F., Heinrichs, J., Kreye, O., 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek

Gebauer, W., 1986: ECUnomics, Perspectiven einer europäischen Geldverfassung. In: Kredit und Kapital, Vol. 19

Gleske, L., 1988: Die Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems. In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 15, März 1988

Glisman, H.H., Horn, E.-J., Nehring, S., Vaubel, R., 1980: Weltwirtschaftslehre. Eine problemorientierte Einführung, München

Giersch, H., 1987: Internal and External Liberalisation for Faster Growth, Economic Paper, Kommission der EG

Guerrieri, P., Padoan, P.C., 1986: Neomercantilism and International Economic Stability. In: International Organization, Vol. 38

Hankel, W., 1984: Gegenkurs: Von der Schuldenkrise zur Vollbeschäftigung, Berlin

Hankel, W., 1984a: Legt den Geld-Alchimisten das Handwerk. Helmut

Schmidt anläßlich seiner Amtseinführung als erster Präsident der Weltzentralbank (WZB). In: Leviathan, Sonderband

Hankel, W., 1987: Die weltweite Beschäftigungskrise: Ein monetäres Regulierungsdefizit. Ein Plädoyer für eine Neuinterpretation des Keynesianismus. In: Leviathan, Sonderband

Hankel, W., 1988: Hintergründe der internationalen Schuldenkrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 33-34/88, 12.8.

Hansen, A.H., 1952: The Influence of Keynesian Thinking in the United States. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 69

Hardach, K., 1979: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen

Hanrieder, W., 1981: Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München

Herr, H., 1986: Geld - Störfaktor oder Systemmerkmal. In: Prokla 63, Vol. 16

Herr, H., 1986a: Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien - die Vision einer Geldwirtschaft, München

Herr, H., 1986b: Zentralbank und Spielräume alternativer Geldpolitik. In: Projektgruppe Grüner Morgentau (Hrsg.), Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik

Herr, H., 1987: Der Euro-DM-Markt: Theoretische Erfassung, empirische Entwicklung und Einfluß auf die nationale Geldpolitik, Discussion Paper IIM/LMP 87-7, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Herr, H., 1987a: Zur Stabilisierung ökonomischer Prozesse durch institutionelle Regulierungen, Discussion Paper IIM/LMP 87-13, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Herr, H., 1987b: Ansätze monetärer Währungstheorie- eine keynesianische Kritik der orthodoxen Theorie. In: Konjunkturpolitik, Vol. 33

Herr, H., 1987c: Zunehmender Aufbau instabiler Potentiale der Weltwirtschaft. In: Kommune 12

Herr, H., 1988: World Money, the Monetary System, and the Instability of Economic Development in the 1970s and 1980s, Discussion Paper FS I/88-4, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Herr, H., 1988a: Der Goldstandard und die währungstheoretische Diskussion der Klassik. In: Konjunkturpolitik, Vol. 34

Herr, H., Westphal, A., 1988b: Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa? In: WSI Mitteilung, Vol. 41

Hickel, R., 1979: Die theoretischen Grundlagen des Memorandums. In: Argument Sonderband 35, Alternative Wirtschaftspolitik

Hiss. D., 1988: Geld- und währungspolitische Implikationen einer Globalisierung der Finanzmärkte. In: Wirtschaftsdienst, Vol. 68

Horne, J., Masson, P.R., 1988: Scope and Limits of International Economic Cooperation and Policy Coordination. In: International Monetary Fund Staff Papers, Vol. 35

Hosomi, T., 1985: Towards a More Stable International Monetary System. In: Hosomi, T., Fukao, M., A Second Look at Foreign Exchange Market Interventions, Tokyo

Hosomi, T., 1988: Ein Stabilisierungsfonds für die Wechselkurse. In: Neue Zürcher Zeitung vom 5.10.

Hübner, K., Mahnkopf, B., 1988: Ecole de la Regulation. Eine kommentierte Literaturstudie, Discussion Paper FS II 88-201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Hübner, K., 1988a: Flexibilisierung und die Verselbständigung des Weltmarktes. In: Prokla, Vol. 18

IG Metall (Hrsg.), 1988: Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln. Wirtschaftspolitische Alternativen, Köln

Issing, O., 1988: Europäische Notenbank - ein Phantom. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.3.1988

Jaeger, H., 1988: Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland, Frankfurt

Jarchow, H.-J., Rühmann, P., 1984: Monetäre Außenwirtschaft, Bd.II. Internationale Währungspolitik, Göttingen

Johnson, H.G., 1972: The Case for Flexible Exchange Rates. In: H.G. Johnson, Further Essays in Monetary Economics, London

Kennedy, P., 1987: The Rise and the Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York

Keohane, R.O., 1984: After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton

Keynes, J.M., 1913: Indian Currency and Finance, London

Keynes, J.M., 1926: Das Ende des Laissez-faire. Abgedruckt in: H. Mattfeldt (Hrsg.), Keynes - Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985

Keynes, J.M., 1931: Vom Gelde, Berlin

Keynes, J.M., 1933: Nationale Selbstgenügsamkeit. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Vol. 57

Keynes, J.M., 1935: The Future of the Foreign Exchange. In: Lloyds Bank Limited Monthly Review, No. 68

Keynes, J.M., 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin

Keynes, J.M., 1943: Proposals for an International Clearing Union.

In: J.K. Horsefield (ed.), The International Monetary Fund 1946-1965. Twenty Years of International Monetary Cooperation, Vol. 3: Documents, Washington, D.C. 1969

Kidron, M., 1971: Rüstung und wirtschaftliches Wachstum. Ein Essay über den westlichen Kapitalismus nach 1945, Frankfurt

Kindleberger, C.P., 1973: Die Weltwirtschaftskrise, München

Kindleberger, C.P., 1981: Dominance and Leadership in the International Economy. In: International Studies Quarterly, Vol. 25

Kindleberger, C.P., 1985: The Dollar Yesterday, Today, and Tomorrow. In: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, Vol. 38

Kindleberger, C.P., 1986: International Public Goods without International Government. In: American Economic Review, Vol. 76

Knapp, M., 1978: Politische und wirtschaftliche Interdependenzen im Verhältnis USA - (Bundesrepublik) Deutschland 1945-1975. In: M. Knapp u.a., Die USA und Deutschland 1918-1975, München

Kommission der EG, 1987: Europäische Wirtschaft (Statistischer Anhang), Vol. 34, Nov.

Krasner, S.P., 1975: State Power and the Structure of International Trade. In: World Politics, Vol. 27

Kregel, J.A., 1980: Market and Institution as Features of a Capitalist Production System. In: Journal of Post-Keynesian Economics, Vol. 3

Krupp, H.-J., 1982: Ziffer 150 im Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1982

Kydland, F., Prescott, E., 1977: Rules Rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans. In: Journal of Political Economy, Vol. 85

Lechner, H.H., 1988: Währungspolitik, Berlin, New York

Lehrman, L.E., 1988: Zurück zum klassischen Goldstandard. In: Neue Zürcher Zeitung vom 31.8.88

Lehrman, L.E., Paul, R., 1982: The Case of Gold, Washington

Loth, W., 1980; Die Teilung der Welt 1941-1955, München

Luik, W., 1939: Monetäre Unabhängigkeit. Untersuchungen der Vorschläge J.M. Keynes für unabhängige nationale Wirtschaftssysteme, Leipzig

Lutz, B., 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt, New York

Marx, K., 1890: Das Kapital, Erster Band. Abgedruckt in Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1973

McKinnon, R., 1974: A New Tripartite Monetary System or a Limping Dollar Standard. In: International Finance Section, Princeton University, Princeton Essays in International Finance, No. 106

McKinnon, R., 1988: Ein Währungsstandard für Industrieländer. In: Neue Zürcher Zeitung vom 21.9.

Menzel, U., 1985: Die ostasiatischen Schwellenländer. Testfälle für die entwicklungstheoretische Diskussion. In: Prokla, Vol. 15

Menzel, U., 1988: Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas, Frankfurt

Menzel, U., Senghaas, D., 1986: Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt

Mertens, H.-J., Kirchner, Ch., Schanze, E., 1980: Wirtschaftsrecht, Opladen

Metcalf, D., 1986: Labour Market Flexibility and Jobs: A Survey of Evidence From OECD Countries with Special Reference to Great Britain and Europe, Discussion Paper No. 254, Centre of Labour Economics, London School of Economics

Minford, P., 1988: The EMS - What is Wrong With It? In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.) Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Mitzscherling, P., 1986: Mehr Macht für den ECU. In: Die Zeit vom 7.11.

Neumann, M.J.M., 1988: Wechselkurs im Spiegel rationaler Erwartungen. In: Neue Zürcher Zeitung vom 10.8.

OECD 1988: Why Economic Policies Change Course, Paris

Oudiz, G., Sachs, J., 1984: Macroeconomic Policy Coordination among the Industrial Economies. In: Brookings Papers on Economic Activity

Padoa-Schioppa, T., 1988: Effizienz, Stabilitäts- und Verteilungsgerechtigkeit, Wiesbaden

Padoan, P.C., 1986: International Financial Instability, London

Pescatore, P., 1986: Die "Einheitliche Europäische Akte". Fortschritt oder Rückschritt bei der EG-Reform? In: Neue Zürcher Zeitung vom 16.3. und 19.3.

Pöhl, K.-O., 1988: Voraussetzungen für die Schaffung einer europäischen Währung. In: O. Franz (Hrsg.), Europäische Währung - eine Utopie?, Sindelfingen

Polster, W., Voy, K., 1988: Zu einfache Weltsicht. Von Irrtümern in der Schuldendiskussion. In: Kommune 9

Reszat, B., 1986: Wirtschaftliche Interdependenz und internationale Koordination. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Vol. 31

Riese, H., 1978: Strukturwandel und unterbewertete Währung in der

Bundesrepublik Deutschland. In: Konjunkturpolitik, Vol. 24

Riese, H., 1984: Das Dilemma der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Vol. 17

Riese, H., 1986, Theorie der Inflation, Tübingen

Riese, H., 1986a: Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie - Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema. In: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 4: Entwicklungsländer und Weltmarkt

Riese, H., 1987: Strategien der Wirtschaftspolitik: Wohlfahrtsimport versus Wachstumsimport. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3

Riese, H., 1988: Die monetäre Politik der Bundesrepublik Deutschland. Diskussionspapier Nr. 1/88, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin

Riese, H., 1988a: Geldpolitik als Grundlage der ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Diskussionspapier Nr. 3/88, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin

Rogoff, K., 1985: Can International Monetary Policy Coordination be Counterproductive. In: Journal of International Economics, Vol. 18

Roth, W., 1985: Der Weg aus der Krise. Umrisse einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, München

Roth, W., 1987: Bundesregierung hemmt die europäische Integration. In: Handelsblatt vom 31.12.

Ruloff, D., 1988: Weltstaat oder Staatenwelt. Über die Chancen globaler Zusammenarbeit, München

Russo, M., 1988: Cooperation and Coordination in the EMS- The System at a Crossroad. In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.) Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Sachs, J., 1985: The Dollar and the Policy Mix: 1985. In: Brookings Papers on Economic Activity

Sachverständigenrat, 1978: Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn

Scharpf, F.W., 1986: Ein Sprengsatz für die Gemeinschaft. Plädoyer gegen eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. In: Die Zeit vom 12.12.

Scharpf, F.W., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt, New York

Scharrer, H.-E., 1988: Das EWS - Ein Beispiel erfolgreicher Wirtschaftskooperation? In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.), Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche

Entwicklung, Baden-Baden

Scheide, J., 1987: Die deutsche Konjunkturpolitik in den fünfziger Jahren. In: Konjunkturpolitik, Vol. 33

Schmid, G., Deutschmann, C., Grabher, G., 1988: Die neue institutionelle Ökonomie. Kommentare aus politologischer, soziologischer und historischer Perspektive, Diskussion Paper FS I 88-14, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Schmidt, H., 1985: Eine Strategie für den Westen, Berlin

Schmidt, H., 1986: Europa braucht mehr Mut. Die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft muß vorankommen. In: Die Zeit vom 26.12.

Schmidt, H., 1988: Blockiert von Kleinmütigen. Wer einen europäischen Binnenmarkt will, muß auch eine gemeinsame Währung schaffen. In: Die Zeit vom 22.4.

Schulmeister, S., 1987: An Essay on Exchange Rate Dynamics, Discussion Paper IIM/LMP 87-8, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Senghaas, D., 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt

Senghaas, D., 1886; Die Zukunft Europas. Probleme der Friedensgestaltung, Frankfurt

Senghaas, D., 1988: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt

Sievert, O., 1986: Gibt es eine Alternative zu flexiblen Wechselkursen? In: Wirtschaftsdienst, Vol. 66

Snidal, D., 1985: The Limits of Hegemonic Stability Theory. In: International Organization, Vol. 39

Spahn, H.-P., 1983: "Überschüssige" Ersparnisse und Profite als Ursache der Stagnation? In: WSI Mitteilungen, Vol. 36

Spahn, H.-P., 1986: Stagnation in der Geldwirtschaft. Dogmengeschichte, Theorie und Politik aus keynesianischer Sicht, Frankfurt, New York

Spahn, H.-P., 1988: Währungskonkurrenz zwischen D-Mark und Dollar, Diskussionspapier Nr. 2/88, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin

Spahn, H.-P., 1988a: Bundesbank und Wirtschaftskrise, Geldpolitik, gesamtwirtschaftliche Finanzierung und Vermögensakkumulation der Unternehmen 1970-1987, Regensburg

Spiller, H., u.a., 1984, Internationales Finanz- und Währungsrecht. Finanz- und Währungsbeziehungen zu nichtsozialistischen Ländern, Berlin(Ost)

Stadermann, H.J., 1986: Verteidigung und Verlust monetärer Autonomie in einem Multiwährungssystem mit Leitwährung. In: Ökonomie und Gesellschaft, Entwicklungsländer und Weltmarkt,

Frankfurt, New York

Stadermamm. H.-J., 1987: Der unaufhaltsame Abstieg eines Leitwährungslandes. In: Kredit und Kapital, Vol. 20

Stützel, W., 1983: Über unsere Währungsverhältnisse, Vorträge und Aufsätze, Walter Eucken Institut, 91, Tübingen

Tetzlaff, R., 1980: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer? Zur Geschichte und Struktur der modernen Weltgesellschaft, München, London

Thomasberger, C., 1988: Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa, Manuskript Berlin

Tietmeyer, H., 1988: Das Spannungsverhältnis zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Sachzwängen. In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.) Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Tobin, J., 1978: A Proposal for International Monetary Reform. In: The Eastern Economy Journal, Vol. 4

Tobin, J., 1988: Sand im Räderwerk der Devisenspekulation. In: Neue Zürcher Zeitung vom 12.10.

Tomann, H., 1982: Bundesbank, Leistungsbilanz und Staatsverschuldung. In: Konjunkturpolitik, Vol 28

Triffin, R., 1961: Gold and the Dollar Crisis. The Future of Convertibility. Rev. ded., New Haven, London

Triffin, R., 1985: Vorschläge zur Stärkung des Europäischen Währungssystems. In: ifo-schnelldienst 17-18

Triffin, R., 1988: Establishing of a European Monetary Authority. In: O. Franz (Hrsg.), Europäische Währung- eine Utopie?, Sindelfingen

Van der Wee, H., 1984: Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1980, München

Veit, O., 1969: Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt

Volcker, P.A., 1978: The Political Economy of the Dollar. In: FRBNY Quarterly Review, Winter 1978/79

Wallich, H.C., 1955: Triebkräfte des Deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt

Wichtige Wirtschaftsverwaltungs- und Gewerbegesetze, 1987: Herne/Berlin

Weede, E., 1955: Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft, Opladen

Wegner, M., 1988: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit für die Gemeinschaft. Ein Diskussionsbeitrag zum Padoa-Schioppa-Bericht. In: ifo-schnelldienst 11

Weizsäcker, C.C., 1988: Plankoordination mittels eines BIP-Zieles. In: Neue Zürcher Zeitung vom 24.8.

Welzk, St., 1988: Vom Börsencrash zur Wirtschaftskrise, Köln

Wieczoreck, N., 1988: EG-Binnenmarkt und Sozialraum Europa: Wirtschafts- und währungspolitische Reformperspektiven für die EG. In: IG Metall (Hrsg.), Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln, Köln

Wiesenthal, H., 1988: Rehe am Weltmarkt. Zum Weltbildproblem linker Wirtschaftspolitik. In: Kommune 9

Williamson, J., 1988: The Case for International Monetary Reform. In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.), Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Williamson, J., Miller, M., 1987: Targets and Indicators: A Blueprint for the International Coordination of Economic Policy, Policy Analysis in International Economics, No. 22, Institute for International Economics, Washington, D.C.

Wyplosz, C., 1988: The EMS - From Success to Transition. In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.), Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Ziebura, G., 1984: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931, Frankfurt

Zinn, K.G., 1983: Was regeneriert die Krise? In: J. Hoffmann (Hrsg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression, Hamburg

Zinn, K.G., 1988: Wirtschaftspolitische Perspektiven aus wissenschaftlicher Sicht: Die Zukunft des Keynesianismus. In: IG Metall (Hrsg.), Soziales Wirtschaften durch solidarisches Handeln, Köln

Publikationen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

Das IÖW veröffentlicht die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit in einer Schriftenreihe, in Diskussionspapieren sowie in Broschüren und Büchern. Des Weiteren ist das IÖW Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“, die allvierteljährlich im oekom-Verlag erscheint, und veröffentlicht den IÖW-Newsletter, der regelmäßig per Email über Neuigkeiten aus dem Institut informiert.

Schriftenreihe/Diskussionspapiere

Seit 1985, als das IÖW mit seiner ersten Schriftenreihe „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ suchte, veröffentlicht das Institut im Eigenverlag seine Forschungstätigkeit in Schriftenreihen. Sie sind direkt beim IÖW zu bestellen und auch online als PDF-Dateien verfügbar. Neben den Schriftenreihen veröffentlicht das IÖW seine Forschungsergebnisse in Diskussionspapieren – 1990 wurde im ersten Papier „Die volkswirtschaftliche Theorie der Firma“ diskutiert. Auch die Diskussionspapiere können direkt über das IÖW bezogen werden. Informationen unter *www.ioew.de/schriftenreihe_diskussionspapiere*.

Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“

Ausgabe 2/2010

Das IÖW gibt gemeinsam mit der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) das Journal „Ökologisches Wirtschaften“ heraus, das in vier Ausgaben pro Jahr im oekom-Verlag erscheint. Das interdisziplinäre Magazin stellt neue Forschungsansätze in Beziehung zu praktischen Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft. Im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft stellt die Zeitschrift neue Ideen für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften vor. Zusätzlich bietet „Ökologisches Wirtschaften online“ als Open Access Portal Zugang zu allen Fachartikeln seit der Gründung der Zeitschrift 1986. In diesem reichen Wissensfundus können Sie über 1.000 Artikeln durchsuchen und herunterladen. Die Ausgaben der letzten zwei Jahre stehen exklusiv für Abonnent/innen zur Verfügung. Abonnement unter: *www.oekom.de*.

IÖW-Newsletter

Der IÖW-Newsletter informiert rund vier Mal im Jahr über Neuigkeiten aus dem Institut. Stets über Projektergebnisse und Veröffentlichungen informiert sowie die aktuellen Termine im Blick – Abonnement des Newsletters unter *www.ioew.de/service/newsletter*.

Weitere Informationen erhalten Sie unter *www.ioew.de* oder Sie kontaktieren die

IÖW-Geschäftsstelle Berlin
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin
Telefon: +49 30-884 594-0
Fax: +49 30-882 54 39
Email: *vertrieb(at)ioew.de*

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

GESCHÄFTSTELLE BERLIN
MAIN OFFICE
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin
Telefon: + 49 – 30 – 884 594-0
Fax: + 49 – 30 – 882 54 39

BÜRO HEIDELBERG
HEIDELBERG OFFICE
Bergstraße 7
69120 Heidelberg
Telefon: + 49 – 6221 – 649 16-0
Fax: + 49 – 6221 – 270 60

mailbox@ioew.de
www.ioew.de